

Fritz Breuss et al.

Österreich im Sog des internationalen Konjunkturabschwungs

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 1991

Die österreichische Wirtschaft ist 1991 in einen Konjunkturabschwung eingetreten. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) wuchs real um 3% (nach +4,6% 1990 und +3,7% 1989) und damit etwas langsamer als in Westdeutschland (+3,4%; Brutto-Sozialprodukt +3,1%), allerdings weiterhin kräftiger als in Westeuropa (+1,2%). Die Wachstumsraten waren in beiden Halbjahren mit 3% gleich hoch. Dahinter verbirgt sich aber eine stetige saisonbereinigte Abwärtsentwicklung seit dem Frühjahr. Der Bau- und Tourismusboom verhinderte einen stärkeren Wachstumseinbruch.

Die Wachstumsimpulse durch die deutsche Wiedervereinigung ermöglichten es Österreich, sich vorübergehend vom internationalen Konjunkturabschwung abzukoppeln. 1990 bildeten die Bundesrepublik Deutschland und Österreich eine „Konjunkturinsel Mitteleuropa“. Zu Anfang löste der Vereinigungsschock in Ostdeutschland – finanziell durch Transfers aus dem Westen abgesichert – einen Konsumboom nach Westwaren aus. Da die westdeutsche Wirtschaft an Kapazitätsgrenzen gestoßen war, konnte die zusätzliche Nachfrage nur durch Importe befriedigt werden, wovon Österreich vorrangig profitierte. In der zweiten Phase setzten Investitionen in den neuen Bundesländern ein (Infrastruktur, neue Betriebe usw.). Diese Aktivitäten wurden und werden vorrangig von westdeutschen Unternehmen getragen. Gleichzeitig

Nach dem Abklingen der Nachfrageimpulse aus der deutschen Wiedervereinigung geriet Österreichs Wirtschaft 1991 zunehmend in den Sog des internationalen Konjunkturabschwungs. Gedämpft wurde die Abwärtsentwicklung durch den Boom der Bauwirtschaft und im Tourismus. Während die Warenexporte nach Westeuropa (mit Ausnahme Deutschlands) und nach Übersee absolut zurückgingen, stieg die Ausfuhr nach Ost-Mitteleuropa mit zweistelligen Raten. Das Auseinanderlaufen von Inlands- und Auslandsnachfrage bewirkte eine Verschlechterung der Handels- und Leistungsbilanz. Die Inflationsbeschleunigung blieb verhalten. Der Arbeitsmarkt wurde durch Eintrittsbarrieren für ausländische Arbeitskräfte entlastet.

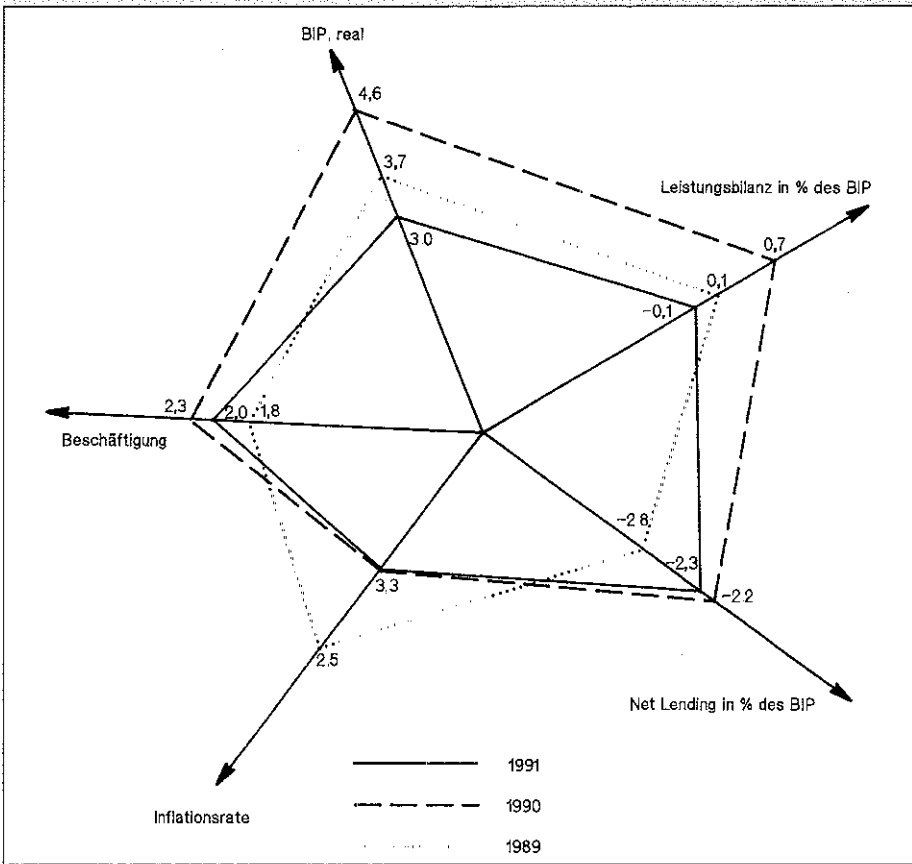
stiegen die „Kosten“ der Wiedervereinigung. Der zunehmende Kapitalbedarf und die Inflationsgefahr ließen die Zinsen anziehen und die Geldpolitik restriktiver werden. Zum anderen mußten die zunehmenden Transferlasten durch Steueranhebungen finanziert werden. Insgesamt klangen im Laufe des Jahres 1991 die positiven Nachfrageeffekte für Drittstaaten ab, und die negativen Effekte auf Investitionen und Konsum infolge höherer Zinsen und Kaufkrafteinbußen gewannen in Westdeutschland die Oberhand. Österreichs Wirtschaft geriet damit wieder in den Sog der weltweiten Konjunkturlaute. Die Aufschwungshoffnungen nach dem raschen Ende des Golfkrieges im Februar 1991 hatten sich in den USA bis zur Jahres-

wende 1991/92 nicht erfüllt. Die übrigen westeuropäischen Länder verharrten in der Rezession. Neben der abklingenden deutschen Nachfrage gingen die kräftigsten Impulse für Österreichs Exporte von der boomartigen Nachfrage in Ost-Mitteleuropa aus. Nachlassenden Warenexporten standen stark expandierende Tourismuseinnahmen gegenüber.

Die Konjunkturverschlechterung in Österreich läßt sich auch daraus ablesen, daß 1991 vier von fünf wichtigen Zielvorgaben der Wirtschaftspolitik (Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Net Lending des Staates, Leistungsbilanz; Abbildung „Wirtschaftspolitische Zielgrößen“) schlechter erfüllt wurden als 1990. Nur die Inflationsrate hielt den Wert von 1990. Ersetzt man die Beschäftigung durch die Arbeitslosenquote (Indikator für Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt), so fällt die Zielgröße „Arbeitsmarktentwicklung“ 1991 noch etwas ungünstiger aus.

Im längerfristigen Wohlstandsvergleich hat Österreich längst „Europa-reife“ erlangt. Aufgrund der jüngsten Berechnungen der OECD liegt in Österreich (zu Kaufkraftparitäten von 1990 gerechnet) das BIP pro Kopf (16.620 \$) um 7 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EG 12 (15.608 \$) und um nur noch 10 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Niveau (18.291 \$). Im Jahr 1970 war Österreich noch um 3½ Prozentpunkte unter der EG und 23 Prozent-

Wirtschaftspolitische Zielgrößen
„Magisches Fünfeck“



Eine Entwicklung weg vom Mittelpunkt bedeutet eine Annäherung an das entsprechende Ziel. Die allgemeine Konjunkturverschlechterung 1991 spiegelt sich in einem Schrumpfen des „Pentagons“. Vier von fünf Zielen wurden schlechter erreicht als 1990.

punkte unter Westdeutschland gelegen (Abbildung „Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf“). Noch etwas stärker ausgeprägt sind die Abstände gemessen am realen BIP pro Kopf (zu Preisen und Wechselkursen von 1985). Demnach rangiert Österreich um 9 Prozentpunkte über der EG und um 16 Prozentpunkte unter Westdeutschland

Der bereits 1989 und 1990 – im Zuge der Vorbereitung auf die für 1992 vorgesehene Vollendung des EG-Binnenmarktes – auch in Österreich feststellbare Trend, den Internationalisierungsgrad zu steigern, setzte sich 1991 – wenngleich in abgeschwächter Form – fort. Gemessen an den Direktinvestitionsströmen laut Zahlungsbilanz betragen die Direktinvestitionen Österreichs im Ausland 1991 0,8% des BIP (nach 1% 1990 und 0,7% 1989). Das stark zunehmende Auslandsengagement der Banken war allerdings nicht immer von Erfolg gekrönt. Die Austrian Industries, die 1990 zu zwei Dritteln die Internationa-

lisierungsaktivitäten bestimmt hatten, schränkten ihre Auslandsinvestitionen 1991 ein. Die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich nahmen weiter ab (1989 und 1990 jeweils 0,4% des BIP, 1991 0,2%), sodaß der positive Saldo zwischen ausländischen und inländischen Direktinvestitionen weiter ausgebaut werden konnte

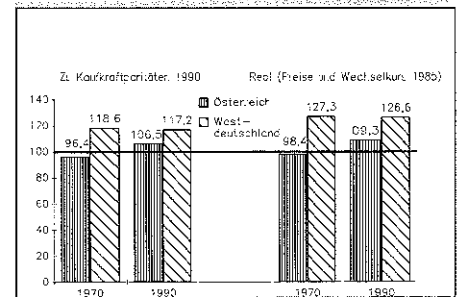
Wirtschaftspolitik auf Europakurs

Österreichs Wirtschaftspolitik bleibt auf Europakurs. Kurzfristig muß Österreich durch die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (Eini-gung zwischen EG und EFTA über die Schaffung des EWR am 22. Oktober 1991), der ab 1. Jänner 1993 zeitgleich mit dem EG-Binnenmarkt gelten soll, den größten Teil des EG-Rechts (Acquis Communautaire) übernehmen. Dazu gehören u. a. Bestimmungen des Wettbewerbsrechtes (Subventionen bzw. Beihilfen) sowie Änderungen im Zusammenhang mit der Frei-

zügigkeit (Ausländerbeschäftigungsgesetz, Arbeitsrecht usw.). Österreich hat bereits vorzeitig den grenzüberschreitenden Zahlungs- und Kapitalverkehr analog zu den EG-Richtlinien vollständig liberalisiert (4. November 1991) und ist damit manchen EG-Ländern zuvorgekommen. Die Geld- und Wechselkurspolitik Österreichs ist durch die enge Bindung des Schillings an die DM („Hartwährungspolitik“) de facto in das Europäische Währungssystem (EWS) „passiv“ integriert. Auch hinsichtlich einer künftigen Teilnahme an der Europäischen Währungsunion (als Abschluß der ökonomischen Integration der EG) ist Österreich aus wirtschaftlicher Sicht gut gerüstet. Während innerhalb der EG nur drei Länder (Dänemark, Frankreich und Luxemburg) derzeit den strengen Eintrittskriterien, die auf dem EG-Gipfel in Maastricht am 9. Dezember 1991 aufgestellt wurden, entsprechen, würde Österreich allen diesen Kriterien genügen (Inflationsrate unter 4,3%, Net Lending unter 3% des BIP, Staatsverschuldung unter 60% des BIP und Niveau der langfristigen Zinsen unter 11,4%).

International driftete die Geldpolitik weiter auseinander. Infolge der anhaltenden Rezession in den USA und des Konjunkturabschwungs in Japan wurde sie immer expansiver, in der Bundesrepublik Deutschland wegen der möglichen Inflationsgefahren der Wiedervereinigung immer restriktiver. Die USA senkten den Diskontsatz in mehreren Schritten von 6,5% Anfang 1991 auf 3,5% im Dezember 1991 (den

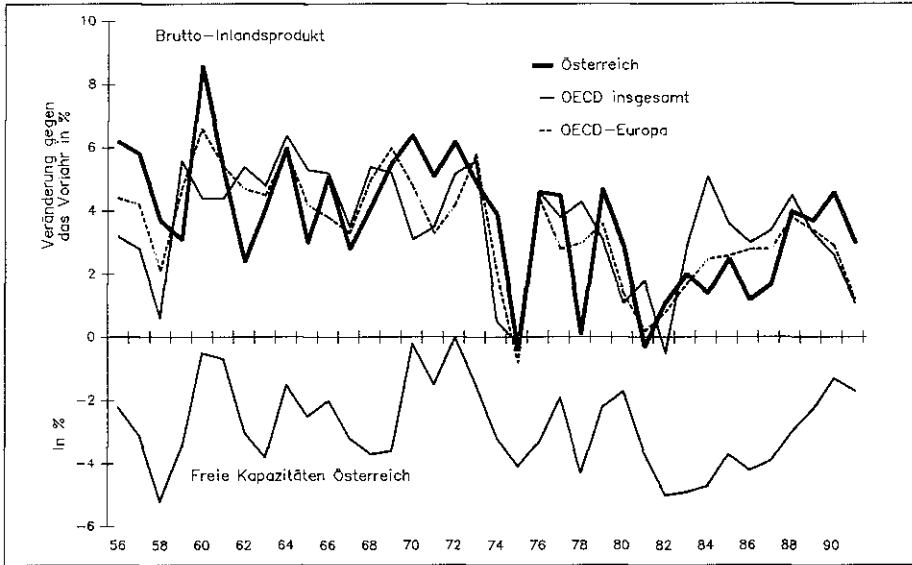
Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf



Nach jüngsten Berechnungen der OECD hat Österreich 1990 das Wohlstandsniveau der EG 12 bereits um 7 Prozentpunkte überschritten. Zu Kaufkraftparitäten von 1990 berechnet betrug das BIP pro Kopf 1990 in Österreich 16.620 S. Real lag das BIP pro Kopf zu Preisen und Wechselkursen von 1985 sogar um mehr als 9 Prozentpunkte über jenem der EG und um 16 Prozentpunkte unter jenem Westdeutschlands.

Konjunkturzyklen

Reales Brutto-Inlandsprodukt und Kapazitätsauslastung



1990 verlängerte die deutsche Wiedervereinigung den Konjunkturaufschwung in Österreich. Der „Wiedervereinigungseffekt“ dürfte ungefähr 1/2% des realen BIP ausgemacht haben. Im Laufe des Jahres 1991 geriet auch Österreich in den internationalen Abwärtssog. Nicht nur die reale Wachstumsrate des BIP hat sich verringert, auch die Kapazitätsauslastung (BIP in Prozent des Potenti- al Output) ist 1991 gefallen. Freie Kapazitäten sind als Kapazitätsauslastung minus 100 definiert.

agierte aber – angesichts der nachlassenden Konjunkturdynamik – zugleich antizyklisch. Die geplante Senkung des Nettodefizits des Bundes von 3,5% 1990 auf 3,3% (62,7 Mrd S nach 62,9 Mrd S) gelang im wesentlichen auf der Einnahmenseite und durch Auflösung von Rücklagen und Reserven (von mehr als 22 Mrd S). Gemessen am Anstieg des BIP-relevanten Defizits um 15 Mrd S auf 69,8 Mrd S wirkte der Bundeshaushalt 1991 expansiv. Die Verschuldung des Bundes hat damit sowohl absolut (von 861,6 Mrd S 1990 auf 937,7 Mrd S) als auch relativ zum BIP (von 48,1% auf 48,9%) wieder zugenommen. 1991 machten die Zinsausgaben für die Finanzschuld bereits 22,5% der Netto-Steuererinnahmen aus (1990 21,2%).

Stabile Inlandsnachfrage dämpft Konjunkturabschwung

Angesichts einer nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage fungierte die Inlandsnachfrage (Jahresdurchschnitt 1991 real +3,2%) – vor allem die boomartige Entwicklung der Bauinvestitionen – als Stütze des Wirtschaftswachstums. Der Lageraufbau trug 1991 0,1 Prozentpunkt zum BIP-Wachstum bei. Insgesamt übertraf das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen das Wachstum des realen BIP um 0,3 Prozentpunkte.

Das Abklingen der Kaufkrafteffekte aus der Steuerreform 1988/89, die allgemeine Konjunkturverschlechterung

niedrigsten Wert seit 27 Jahren) Japan folgte diesem Schritt: Der Diskontsatz wurde erstmals im Juli 1991 um 1/2 Prozentpunkt auf 5,5% herabgesetzt. Zuletzt sank er im Dezember auf 4,5%. Dem stand die immer restriktiver agierende Deutsche Bundesbank gegenüber. Anfang Februar, Mitte August und zuletzt Mitte Dezember 1991 wurden die Leitzinsen hinaufgesetzt (zuletzt der Diskontsatz auf 8% und der Lombardsatz auf 9,75%, die höchsten Werte seit der Währungsreform 1948).

wicklung unterstreicht die gewonnene „Glaubwürdigkeit“ der Währungspolitik. Im Jahresdurchschnitt 1991 wertete der Dollar gegenüber dem Schilling um 2,7% auf. Der Schilling-DM-Kurs blieb unverändert auf 7,04 S je DM. Der effektive Wechselkurs des Schillings stieg 1991 leicht: nominell-effektiv um 0,2%, real-effektiv (preisbereinigt) um 1,2% (nach +2,5% bzw. +1,2% 1990).

Die Budgetpolitik war zwar auch 1991 dem Konsolidierungskurs verpflichtet,

Bedingt durch die Währungspolitik der Oesterreichischen Nationalbank (DM-Orientierung des Schillings) folgte Österreich der Zinsentwicklung in Deutschland. Seit Mitte August 1991 sind die Leitzinsen in Österreich gleich hoch wie in Deutschland. Der Liquiditätsanspannung begegnete die OeNB mit einem flexiblen und teilweise neuen Instrumentarium (Anhebung des Refinanzierungsplafonds, Sonderoffenmarktoperationen mit Zinstender). Das Zinsdifferential zwischen Österreich und Deutschland für Taggeld ist weiter zurückgegangen (von +0,6 Prozentpunkten 1990 auf +0,3 Prozentpunkte 1991), für Sekundärmarktrenditen ist es im Jahresdurchschnitt verschwunden (nachdem es 1990 noch -0,2 Prozentpunkte betragen hatte). Diese Ent-

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,6	+ 2,8
Öffentlicher Konsum	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,5	+ 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 3,1	+ 6,0	+ 5,4	+ 6,5	+ 5,0
Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 0,9	+ 5,6	+ 7,2	+ 6,4	+ 3,7
Bauten netto ¹⁾	+ 5,4	+ 6,4	+ 4,4	+ 6,6	+ 6,1
Inländische Endnachfrage	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,2
(Lagerbildung)	(A) - 0,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1
	(B) (7,4)	(18,0)	(19,0)	(29,6)	(31,1)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 2,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 4,7	+ 3,3
Exporte i w S	+ 2,4	+ 8,9	+ 10,2	+ 9,7	+ 6,1
Importe i w S	+ 4,7	+ 9,4	+ 8,6	+ 9,7	+ 6,5
Außenbeitrag	(A) - 0,9	- 0,3	+ 0,6	- 0,1	- 0,2
Brutto-Inlandsprodukt	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,6	+ 3,0
Industrieproduktion ²⁾	- 1,2	+ 8,9	+ 4,5	+ 5,5	+ 2,2
Primärsektor	+ 2,2	+ 2,6	- 1,5	+ 3,3	- 5,5
Sekundärsektor	+ 0,9	+ 5,7	+ 4,7	+ 4,9	+ 3,2
Tertiärsektor	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,8	+ 3,5

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten – (B) Mrd S zu Preisen von 1983
¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer – ²⁾ Reale Wertschöpfung

und Sondereffekte (Jugoslawienkrise) dämpften das Wachstum des privaten Konsums von real 3,6% 1990 auf 2,8% 1991. Angesichts einer ähnlichen Verlangsamung der Zunahme des real verfügbaren Einkommens blieb die Sparquote mit 13,3% nahezu unverändert. Die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich wesentlich lebhafter als die private Konsumnachfrage. Dieses Auseinanderklaffen erklärt sich aus der unterschiedlichen statistischen Zuordnung der Tourismusausgaben und -einnahmen. Nach dem raschen Ende des Golfkrieges nahmen die Deviseneinnahmen ausländischer Touristen in Österreich wieder stark zu. Sie werden aber in der Statistik vom privaten Konsum (Inländerkonzept) abgezogen. Dem standen (insbesondere infolge der Entwicklung in Jugoslawien) zurückhaltende Devisenausgaben von Österreichern im Ausland gegenüber (sie werden dem privaten Konsum zugerechnet). Zur Jahreswende bewirkte die Ankündigung der Umstellung von einem erhöhten Mehrwertsteuersatz auf Pkw (32%) auf eine Normverbrauchsabgabe per 1. Jänner 1992 Vorziehkäufe insbesondere von Pkw mit überdurchschnittlichem Kraftstoffverbrauch.

Das Abklingen der Nachfrageimpulse durch die deutsche Wiedervereinigung verlangsamte auch die Dynamik der Brutto-Anlageinvestitionen (von real +6,4% 1990 auf +3,7% 1991). Während die Bauinvestitionen (real +6,1%) nahezu ungebremst weiter wuchsen, war die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen (+3,7%) durch Sondereffekte überlagert. Die stetige Abkühlung im Jahresverlauf wurde im IV Quartal vorübergehend gestoppt: Infolge der erwarteten Steuernachteile aufgrund der Normverbrauchsabgabe meldeten Händler Pkw mit überdurchschnittlichem Kraftstoffverbrauch vorzeitig neu an; das blühte die Ausrüstungsinvestitionen statistisch auf.

Parallel mit der Abschwächung der Auslandsnachfrage revidierten die Industrieunternehmen ihre Investitionspläne im Jahresverlauf nach unten. Nach einem Zuwachs von real 16% 1990 schrumpften die Industrieinvestitionen 1991 laut WIFO-Investitionstest um 3%. Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent der Umsätze,

nominell) sank damit wieder auf 6,5% (nach 6,7% 1990). Die Investitionspläne für 1992 zeigen (bedingt durch einige Großprojekte) wieder eine Expansion an.

Die Erträge der Industrie unterschritten 1991 deutlich die Rekordwerte der Jahre 1990 und 1989. Nach Schätzungen des WIFO sank die Cash-flow-Quote von 34% 1989 und 33% 1990 auf 30% 1991. Vom Ertragsrückgang wurden nahezu alle Branchen erfaßt.

Güter- und Arbeitsmarkt gleichmäßig vom Abschwung betroffen

Die Gesamtwirtschaft produzierte 1991 um 3% mehr als im Jahr zuvor (1990 +4,6%). Der Anteil des Primärsektors (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) an der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft nahm real auf 3,4% ab (1990 3,7%) jener des Sekundärsektors stieg von 39,7% auf 39,8%. Der tertiäre Sektor hat wieder etwas an Bedeutung gewonnen (sein Anteil erhöhte sich von 56,5% auf 56,8%). In dem die Impulse aus der deutschen Wiedervereinigung nachließen, wurde auch die österreichische Industriekonjunktur vom Sog des weltweiten Konjunkturabschwungs erfaßt. Gerade die Fahrzeugindustrie (Zulieferungen und Assembling) erlitt im Jahresverlauf empfindliche Einbrüche. Auch die anderen stark exportabhängigen

Branchen (Textilien, Leder, Steine, Glaswaren, Grundmetalle, Maschinen und Elektrogeräte) mußten teils erhebliche Produktionseinbußen hinnehmen. Schwächer war der Konjunkturerinbruch in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und für die Produzenten von Verbrauchsgütern — Branchen, die vorwiegend auf eine anhaltend lebhaftere Inlandsnachfrage stießen. Auch die Chemieindustrie konnte sich dem allgemeinen Abwärtstrend entziehen. Die Wertschöpfung der Industrie stieg 1991 real nur noch um 2,2% (nach +5,5% 1990). Gegen Jahresende beschleunigte sich der Abschwung.

Die Kapazitäten wurden 1991 in der Gesamtwirtschaft (gemessen am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential +3,4%) bereits schwächer ausgeweitet, während sie in der Industrie (laut WIFO-Investitionstest +4,3%) noch etwas kräftiger stiegen als 1990. Das Nachlassen der Nachfrage bewirkte eine Abnahme der Kapazitätsauslastung (in der Gesamtwirtschaft von 98,7% 1990 auf 98,3% 1991 in der Industrie von 86% auf 85%).

Während 1990 das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt durch den beschleunigten Zustrom ausländischer Arbeitskräfte noch empfindlich beeinträchtigt worden war, schränkte die zunehmend restriktivere Zuwanderungspolitik 1991 den Anstieg der

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Arbeitsmarktangebot					
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 03	+ 04	+ 11	+ 23	+ 24
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 06	+ 07	+ 14	+ 28	+ 28
Arbeitslosenquote	in % 56	53	50	54	58
Arbeitsmarktnachfrage					
Erwerbstätige ³⁾	- 01	+ 02	+ 13	+ 19	+ 17
Unselbständig Beschäftigte	+ 02	+ 09	+ 16	+ 23	+ 23
Industriebeschäftigte	- 27	- 20	+ 07	+ 16	- 11
Ausländische Arbeitskräfte	+ 10	+ 24	+ 109	+ 300	+ 224
Geleistete Arbeitszeit in der Industrie	- 15	+ 08	- 08	- 03	- 10
Erwerbsquote (brutto) ⁴⁾	in % 44,7	44,8	45,1	45,6	46,1
Erwerbsquote ⁵⁾	in % 66,2	66,3	66,8	67,5	68,3
Arbeitsstückkosten					
Gesamtwirtschaft ⁶⁾	+ 24	+ 02	+ 27	+ 29	+ 53
Industrie	+ 14	- 43	- 11	+ 08	+ 21
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen	+ 18	+ 37	+ 24	+ 27	+ 13
Industrieproduktion je Industriebeschäftigten	+ 21	+ 83	+ 57	+ 61	+ 21

¹⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose — ²⁾ Unselbständige + Arbeitslose. — ³⁾ Selbständige + Unselbständige (laut Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). — ⁴⁾ Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung — ⁵⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen; Q: Biffi, G., „Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen“, WIFO-Monatsberichte 1979 52(11) S. 512ff und WIFO-Fortschreibung — ⁶⁾ Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme in % des BIP real.

Zahl ausländischer Arbeitskräfte deutlich ein Gleichzeitig wurden wieder mehr Inländer beschäftigt Insgesamt war im Jahresdurchschnitt 1991 laut Sozialversicherungsstatistik trotz Konjunkturabschwächung der Zuwachs an unselbständig Beschäftigten gleich hoch wie 1990 (+2,3%). Seit Jahresmitte sieht eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz einen erweiterten Anspruch auf Karenzurlaub vor. Bereinigt um diesen Effekt waren 1991 um 2% mehr Unselbständige beschäftigt als 1990. Weiterhin stark expandierte die Beschäftigung im Bereich der Dienstleistungen (Handel, öffentliche Körperschaften, Tourismus) und in der Bauwirtschaft (+3,5%). Der Konjunkturunbruch in der Industrie spiegelt sich in einer Abnahme der Beschäftigtenzahl (-1,1%, nach +1,6% 1990). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeiter sank wieder stärker (-1%, nach -0,3% 1990)

Trotz kräftigen Beschäftigungswachstums stieg seit 1990 das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit weiter an. Dies erklärte sich 1990 fast ausschließlich durch den starken Zustrom an Ausländern. Mit dessen Abschwächung im Laufe des Jahres 1991 verringerte sich zwar der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Entlastung des Angebotes wurde aber in der zweiten Jahreshälfte auf der Nachfrageseite durch eine Abkühlung der Industriekonjunktur mehr als wettgemacht. Damit stieg die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 5,8% (nach 5,4% 1990). Nach internationalem Standard (Arbeitskräfteangebot einschließlich selbständig Erwerbstätiger; Mikrozensus) betrug die Arbeitslosenquote 1991 3,9% (nach 3,8% 1990). Überraschend stark stieg 1991 die Zahl älterer Arbeitsloser. Die Arbeitslosenquote der 50- bis 59jährigen betrug 8,3% gegenüber 5,8% insgesamt.

Die Produktivität in der Gesamtwirtschaft (BIP je Erwerbstätigen) wuchs 1991 nur noch um 1,3% (nach +2,7% 1990) in der Industrie (Produktion je Beschäftigtenstunde) um 3,8% (nach 6,3% 1990). Die hohe Dynamik des Produktivitätswachstums im privaten Sektor seit 1988, die nicht unwesentlich durch die Umstrukturierung in der Verstaatlichten Industrie verstärkt worden war und zu einer Angleichung des Produktivitätsniveaus an jenes

der westdeutschen Industrie geführt hatte, konnte 1991 nicht beibehalten werden.

Milder Preisauftrieb — Anstieg der Lohnquote

Die Inflation hielt 1991 dieselbe Rate wie 1990 (3,3%). Der Preisauftrieb aus dem Ausland flaute angesichts rezessiver Tendenzen der Weltwirtschaft stark ab. Insbesondere die Preise von Energierohstoffen gaben deutlich nach. Die leichte Abwertungstendenz gegenüber dem Dollar verteuerte die Importe nur unmerklich. Der heimische Preisauftrieb wurde somit 1991 im Inland verursacht (steigende Arbeitsstückkosten bei nachlassender Nachfrageanspannung auf dem Gütermarkt).

Nach einer Verbesserung 1990 verschlechterten sich die Terms of Trade 1991 wieder leicht (Außenhandel i. w. S. -0,2%). Der BIP-Deflator stieg mit +3,8% um nur 0,1 Prozentpunkt langsamer als die Preise des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens.

Der Anstieg der Arbeitsstückkosten (Lohnsumme in Prozent der Produktion) beschleunigte sich 1991 stark, da die Lohneinkommen wesentlich kräftiger wuchsen als die Produktivität. In der Gesamtwirtschaft betrug die Rate +5,3% (nach +2,9% 1990), in der Industrie +2% (nach +0,8% 1990). Gemessen am Durchschnitt der Handelspartner verbesserte sich die relative Arbeitskostenposition Österreichs 1991 (in einheitlicher Währung -3,0%, nach einer relativen Verschlechterung von +1,4% 1990), gegenüber der Bundesrepublik Deutschland von -0,9% 1990 auf -1,7% 1991.

Die Lohneinkommenszuwächse übertrafen 1991 mit brutto (je Beschäftigten) +6,3% und netto (Masseneinkommen) +7,4% deutlich die Inflationsrate (3,3%). Damit hat sich die Zunahme der Realeinkommen gegenüber 1990 sowohl brutto als auch netto wieder deutlich gefestigt. Seit 1987 (72,9%) sank die Lohnquote (unbereinigt) ständig (1988 und 1989 jeweils 71,9%, 1990 71,5%), 1991 ist sie wieder gestiegen (auf 72,6%).

Die Kaufkraft der verfügbaren persönlichen Einkommen (die neben den Netto-Lohneinkommen und Transfer-einkommen auch Teile der Unternehmer- und Besitzeinkommen enthalten) wurde 1989 durch die Steuerentlastung begünstigt. Seither hat sich die Entwicklung wieder normalisiert (1991 nominell +6,4%, real +2,8%). Die Sparquote war 1991 mit 13,3% nur geringfügig höher als 1990, liegt aber damit über dem langfristigen Durchschnitt. Die sonstigen Einkommen laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (Besitz- und Unternehmer-einkommen und unverteilte Gewinne +2,4%) expandierten deutlich langsamer als die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit (+8,5%) und auch schwächer als das Volkseinkommen (+6,8%). Dem profitablen Exportgeschäft 1990 (deutsche Wiedervereinigung) folgte 1991 eine durch die internationale Konjunkturflaute gedämpfte Entwicklung.

Die Konjunkturabschwächung spiegelt sich auch im „Firmensterben“. Die Zahl der Insolvenzen stieg (nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870) gegenüber 1990 deutlich. Insgesamt wurden 1991 1 430 Insolvenzverfahren eröffnet (bereinigte

Preise und Einkommen

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Verbraucherpreise	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,3
Deflator des Brutto-Inlandsproduktes	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,8
Exportpreise ¹⁾ Waren	- 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 0,1	- 0,2
Importpreise ¹⁾ Waren	- 4,2	+ 1,6	+ 3,5	- 0,5	+ 0,3
Erzeugerpreise Industrie	- 0,6	+ 1,1	+ 2,0	+ 0,2	- 0,4
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis) ²⁾	-13,7	- 6,1	+18,0	+ 1,0	-10,5
Terms of Trade					
Waren und Dienstleistungen	+ 1,2	+ 0,5	- 0,7	+ 0,4	- 0,2
Warenverkehr	+ 2,2	+ 0,6	- 0,9	+ 0,6	- 0,5
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme in der Gesamtwirtschaft	+ 4,1	+ 3,7	+ 6,5	+ 7,6	+ 8,5
Je Beschäftigten	+ 4,0	+ 3,2	+ 4,7	+ 5,2	+ 8,3
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 5,9	+ 3,5	+ 7,1	+ 7,8	+ 6,4
Sparquote ³⁾	12,4	11,1	12,5	13,2	13,3

¹⁾ Index der Durchschnittswerte (1979 = 100). — ²⁾ HWWA-Index. — ³⁾ Sparen (verfügbares persönliches Einkommen minus privater Konsum) in % des verfügbaren persönlichen Einkommens

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Exporte Waren					
Nominell	- 0,0	+ 11,9	+ 12,0	+ 8,6	+ 2,8
Real ¹⁾	+ 2,2	+ 9,5	+ 9,2	+ 8,5	+ 3,0
Importe Waren					
Nominell	+ 1,0	+ 9,6	+ 14,0	+ 8,1	+ 6,5
Real ¹⁾	+ 5,4	+ 7,9	+ 10,2	+ 8,6	+ 6,2
Terms of Trade	+ 2,2	+ 0,6	- 0,9	+ 0,6	- 0,5
Handelsbilanz ²⁾	Mrd. S - 65,7	Mrd. S - 70,4	Mrd. S - 81,7	Mrd. S - 83,9	Mrd. S - 108,0
	In % des BIP - 4,4	In % des BIP - 4,5	In % des BIP - 4,9	In % des BIP - 4,7	In % des BIP - 5,6
Leistungsbilanz ³⁾	Mrd. S - 2,7	Mrd. S - 3,9	Mrd. S + 2,2	Mrd. S + 13,2	Mrd. S - 1,7
	In % des BIP - 0,2	In % des BIP - 0,3	In % des BIP + 0,1	In % des BIP + 0,7	In % des BIP - 0,1

Q: WIFO-Berechnungen — ¹⁾ Preisbasis 1979 = 100; nominelle Exporte bzw. Importe deflationiert mit dem Index der Außenhandelspreise — ²⁾ Laut Zahlungsbilanzstatistik — ³⁾ 1991 vorläufig

Ausgleiche und Konkurse; 1990 1 258) Da auch mehr Konkursanträge mangels freier Masse abgewiesen wurden als im vorangegangenen Jahr, war die Zahl der Gesamtinsolvenzen 1991 deutlich höher (3.356 Fälle) als 1990 (2 677 Fälle). Die Summe der geschätzten Verbindlichkeiten ist ebenfalls kräftig gestiegen (von 12,2 Mrd. S 1990 auf 13,5 Mrd. S 1991). 1991 (13 200) waren auch wieder mehr Dienstnehmer von den Insolvenzen betroffen als 1990 (9 200).

Exportdynamik stark gebremst

Der weltweite Konjunkturabschwung verlangsamte das Wachstum des Welthandels (real +3,3% nach +5,2% 1990 und +7,1% 1989). Österreichs Warenexport wuchs mit real +3% deutlich schwächer als 1990 (+8,6%). Gewinnen an Marktanteilen im Jahr 1990 standen 1991 regional Verluste gegenüber. Nach dem Abklingen der Sondereffekte aus der deutschen Wiedervereinigung konnte sich auch Österreichs Exportwirtschaft dem Sog der internationalen Nachfrageschwäche nicht entziehen. Weiterhin zugenommen haben — wenn auch abgeschwächt — die Exporte nach Deutschland und — verstärkt — jene nach Ost-Mitteleuropa. Empfindliche Einbrüche waren im Export in die meisten EFTA- und EG-Länder sowie nach Übersee und auch in die ehemalige UdSSR zu verzeichnen.

Das Wachstum des Warenimports hat sich parallel zur Inlandsnachfrage nur geringfügig abgeschwächt. Real importierte Österreich 1991 um 6,2% mehr Waren als im Vorjahr. Konsumnahe Fertigwaren, Maschinen sowie Fahrzeuge (Vorzieheffekte im Pkw-

Handel) wurden überdurchschnittlich viel importiert. Rohstoffe und bearbeitete Waren wurden weniger benötigt. Dank nachgegebenen Erdölpreisen war die Energierechnung (Importe an Brennstoffen insgesamt) niedriger als 1990 (35,3 Mrd. S oder 1,8% des BIP nach 35 Mrd. S oder 2% des BIP).

Das Defizit der Handelsbilanz stieg 1991 laut Zahlungsbilanzstatistik um 24,1 Mrd. S auf 108 Mrd. S (laut Außenhandelsstatistik um 23,2 Mrd. S auf 113,4 Mrd. S). Damit setzte sich der seit 1989 beobachtete Trend fort.

Das Auseinanderlaufen von Inlands- und Auslandsnachfrage bewirkte 1991 eine Verschlechterung der Leistungsbilanz. Der Saldo drehte sich von +13,2 Mrd. S 1990 auf -1,7 Mrd. S 1991. Die Passivierung im Warenhandel wurde zur Hälfte durch die positive Entwicklung im Dienstleistungsverkehr wettgemacht. Die Reiseverkehreinnahmen stiegen sowohl real (+6,1%) als auch nominell (+9,5%) stärker als die Reiseverkehrausgaben (real -0,4%, nominell +4,2%).

BIP wuchs 1991 real um 3,0%

Die Dynamik der österreichischen Wirtschaft ließ im Laufe des Jahres 1991 etwas nach. Nach +3,7% (1989) und +4,6% (1990) lag das Brutto-Inlandsprodukt real 1991 um 3,0% über dem Niveau des Vorjahres. In den meisten anderen Industrieländern schwächte sich die Konjunktur wesentlich deutlicher ab. Im Durchschnitt der OECD-Länder insgesamt betrug das reale Wirtschaftswachstum 1991 1,1%, im Durchschnitt der

europäischen OECD-Länder 1,2%. Lediglich Westdeutschland erzielte 1991 mit +3,1% eine ähnliche Rate wie Österreich.

Nach vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des WIFO erreichte das österreichische Brutto-Inlandsprodukt zu laufenden Preisen 1991 einen Wert von 1.916,8 Mrd. S. Das ist nominell um 6,9% und real um 3,0% mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (reales Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) fiel 1991 mit 1,3% nur halb so hoch aus wie ein Jahr zuvor.

Im Jahresverlauf zeigte sich — in Vorjahresveränderungsraten gemessen — eine allmähliche Abschwächung der Dynamik, von +3,2% im I. Quartal auf +2,5% im IV. Quartal. Lediglich das III. Quartal fiel mit +3,8% etwas aus der Reihe; dies ging einerseits auf die besonders günstige Witterung (hohe Zuwächse in der Energie- und Bauwirtschaft), andererseits aber auch auf die höhere Zahl von Arbeitstagen zurück. Saison- und arbeitstäglich bereinigt zeigt sich das ganze Jahr 1991 hindurch ein deutlicher Rückgang.

Bei nachlassendem Zuwachs der inländischen Konsumnachfrage war die ausländische Nachfrage nach österreichischen Gütern und insbesondere Dienstleistungen weiterhin lebhaft (real +6,1%). Die Zuwachsraten im Ausländerreiseverkehr lagen 1991 mit real 6,1% deutlich über den Werten des Jahres 1990 (+4,4%), während die Warenexporte mit +3,1% die Raten des Vorjahres nicht erreichten. Im Inland entwickelten sich vor allem die Bauinvestitionen (+6,1% im Jahresdurchschnitt) seit dem Frühjahr sehr dynamisch. Die Ausrüstungsinvestitionen (1991 +3,7%) hingegen blieben insgesamt etwas zurück, nahmen aber aufgrund verschiedener Sondereffekte im IV. Quartal wieder stärker zu.

Die Importe i. w. S. wuchsen 1991 mit +6,5% nur wenig stärker als die Exporte, und zwar im wesentlichen dank hohen Warenimporten (+6,5%). Hingegen blieben die Reiseausgaben der Österreicher im Ausland 1991 real knapp unter dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt stieg die reale Exportquote (Anteil der Exporte von Waren

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	1991	1991	Ø	1991			
	Zu laufenden Preisen	Zu Preisen von 1983		I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
	Mrd S			Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft	52,5	44,9	- 5,3	- 7,0	- 10,0	- 2,0	- 4,1
Bergbau	5,4	4,6	- 7,4	- 11,5	- 5,1	- 6,9	- 6,0
Sachgüterproduktion	503,9	421,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 1,5
Industrie	382,5	320,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,3
Gewerbe	121,5	101,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,9
Energie- und Wasserversorgung	48,0	45,2	+ 4,2	+ 5,4	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,5
Bauwesen	138,9	106,9	+ 5,8	+ 1,0	+ 6,6	+ 6,8	+ 6,1
Handel ¹⁾	313,6	263,4	+ 4,2	+ 5,5	+ 2,5	+ 4,7	+ 4,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,5	94,1	+ 4,3	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,8	+ 1,2
Vermögensverwaltung ²⁾	323,5	213,6	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,8
Sonstige private Dienste ³⁾	91,5	65,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,5
Öffentlicher Dienst	253,3	182,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Rohwertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1 848,1	1 442,1	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,4
Minus imputierte Bankdienstleistungen	111,4	82,3	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,9	+ 2,9	+ 1,9
Importabgaben und Mehrwertsteuer	180,1	132,7	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,1
Brutto-Inlandsprodukt	1 916,8	1 492,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5
Ohne Land- und Forstwirtschaft	1 864,3	1 447,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,1	+ 4,0	+ 2,7

¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen — ²⁾ Banken und Versicherungen Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste — ³⁾ Sonstige Dienste private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste

und Dienstleistungen am Brutto-Inlandsprodukt) von 46,2% (1990) auf 47,6%, die reale Importquote von 47,1% (1990) auf 48,7%

Von der Angebotsseite her war der Rückgang der Zuwachsraten vor allem in der Sachgüterproduktion deutlich, die dynamische Entwicklung des Jahres 1990 konnte 1991 nicht fortgesetzt werden. Die Industriepro-

duktion überstieg das Niveau des Vorjahres real nur noch um 2,2%

Die Energiewirtschaft steigerte ihren Beitrag zum BIP real um 4,2%. Unberührt von allen sonstigen Abschwächungstendenzen blieb auch die Bauwirtschaft: Das Bauvolumen konnte mit +5,8% das schon im Vorjahr sehr starke Wachstum auch heuer mit gleicher Dynamik fortsetzen

Anders war die Situation in der Land- und Forstwirtschaft. Das durch Sturmschäden verursachte überhöhte Produktionsniveau der Forstwirtschaft im Jahre 1990 wurde 1991 nicht wieder erreicht. Der gesamte Netto-Produktionswert der Land- und Forstwirtschaft war 1991 um 5,3% niedriger als im Vorjahr.

Das Brutto-Nationalprodukt (Brutto-Inlandsprodukt plus Faktoreinkommen aus dem Ausland minus Faktoreinkommen an das Ausland) betrug 1991 nominell 1 896,1 Mrd S (+6,6%). Nach Abzug der Abschreibungen und des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen ergibt sich ein Volkseinkommen von 1 408,2 Mrd S (+6,8%). Die Zunahme der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit (Lohn- und Gehaltssumme einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) war mit 8,5% etwas größer als die Zunahme der übrigen Einkommen, die (unbereinigte) Lohnquote erhöhte sich von 71,5% (1990) auf 72,6% im Jahre 1991.

Die Preise für das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen stiegen 1991 mit +3,9% gleich stark wie jene für das Brutto-Inlandsprodukt. Bei leicht rückläufigen Exportgüterpreisen und leicht steigenden Preisen für die Importgüter waren die Austauschverhältnisse (Terms of Trade) 1991 etwas ungünstiger als ein Jahr zuvor.

Das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen (Konsum und Investitionen der Inländer sowie Lagerveränderung)

Verwendung des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1991	1991				
	Mrd S	Ø	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
	Nominelle Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Zu laufenden Preisen</i>						
Brutto-Inlandsprodukt	1 916,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 6,8	+ 8,6	+ 6,3
Minus Exporte i w. S ¹⁾	788,1	+ 7,0	+ 7,6	+ 6,0	+ 14,0	+ 0,3
Plus Importe i w. S ²⁾	768,7	+ 7,6	+ 7,0	+ 9,6	+ 14,0	+ 0,2
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 899,4	+ 7,2	+ 5,9	+ 8,2	+ 8,4	+ 6,2
Privater Konsum	1 054,4	+ 6,3	+ 6,2	+ 5,6	+ 7,1	+ 6,3
Öffentlicher Konsum	344,8	+ 7,3	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,0	+ 7,3
Brutto-Anlageinvestitionen	485,0	+ 9,6	+ 3,7	+ 9,7	+ 11,1	+ 11,5
Ausrüstungen	198,2	+ 6,5	+ 1,6	+ 5,9	+ 8,1	+ 10,1
Bauten	257,6	+ 12,0	+ 6,9	+ 12,7	+ 12,8	+ 12,5
Mehrwertsteuer für Investitionen	29,3					
Lagerveränderung und Statistische Differenz	15,2					
	Mrd S	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Zu Preisen von 1983</i>						
Brutto-Inlandsprodukt	1 492,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5
Minus Exporte i w. S ¹⁾	709,8	+ 6,1	+ 6,9	+ 5,3	+ 13,2	- 1,1
Plus Importe i w. S ²⁾	728,5	+ 6,5	+ 5,4	+ 8,4	+ 12,7	+ 0,1
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 509,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 4,3	+ 3,4	+ 2,9
Privater Konsum	843,7	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,3	+ 3,0
Öffentlicher Konsum	247,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	386,6	+ 5,0	+ 0,6	+ 6,4	+ 3,1	+ 8,7
Ausrüstungen	162,8	+ 3,7	+ 0,0	+ 5,6	- 2,8	+ 12,0
Bauten	202,5	+ 6,1	+ 1,5	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,5
Mehrwertsteuer für Investitionen	21,2					
Lagerveränderung und Statistische Differenz	31,1					

¹⁾ Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldo) — ²⁾ Ohne Transitverkehr

Das Volkseinkommen und seine Verteilung 1991

	Zu laufenden Preisen	Veränderung gegen
	Mrd S	das Vorjahr in %
Brutto-Inlandsprodukt	1 916,8	+ 6,9
Faktoreinkommen aus dem/an das Ausland	- 20,7	
Brutto-Nationalprodukt	1 896,1	+ 6,6
Minus Abschreibungen	235,2	+ 7,6
Netto-Nationalprodukt	1 661,0	+ 6,5
Minus indirekte Steuern	308,2	+ 6,7
Plus Subventionen	55,4	+ 15,6
Volkseinkommen	1 408,2	+ 6,8
Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit	1 022,8	+ 8,5
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung und unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	466,2	+ 5,1
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung	38,3	
Zinsen für die Staatsschuld	- 81,9	
Zinsen für Konsumentenschulden	- 37,3	

erreichte 1991 einen Wert von 1 899,4 Mrd S, nominell um 7,2% und real um 3,3% mehr als im Vorjahr. Der private Konsum expandierte 1991 (real +2,8%) schwächer als im Vorjahr und weiterhin schwächer als die – wenn auch ebenfalls etwas nachlassenden – Brutto-Anlageinvestitionen (+5,0%).

Helmut Jeglitsch

Österreichs Geldpolitik folgt restriktivem Kurs

Die internationale monetäre Entwicklung war 1991 wie schon 1990 durch das Auseinanderklaffen der Geldpolitik in den großen Volkswirtschaften charakterisiert. In Japan und in den USA dienten die expansiven Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur. Der restriktive Kurs der Deutschen Bundesbank sollte einer Beschleunigung der Geldmengenentwicklung entgegenwirken und Inflationserwartungen dämpfen. Die Auswirkungen der gegenläufigen Maßnahmen zeigten sich jedoch nur in den (kurzfristigen) Geldmarktsätzen und in den Kreditzinsen, die langfristigen Kapitalmarktzinsen reagierten weniger stark. Dies bewirkte in den USA eine sehr steile Zinsertragskurve, in Deutschland hingegen eine ausgeprägt inverse Zinsstruktur.

Expansive Geldpolitik in Japan und den USA, restriktiver Kurs in Deutschland

Die seit Mitte 1990 gelockerte Zinspolitik behielt das Zentralbankensystem

der USA (Fed) 1991 bei, nachdem sich der Druck der Regierung verstärkt hatte. In mehreren Schritten wurde der Diskontsatz von 6,5% Anfang 1991 auf zuletzt 3,5% (Dezember 1991) gesenkt. Das ist der niedrigste Wert seit 27 Jahren. Parallel dazu wurde die Zielzone für den Taggeldsatz (Federal Funds Rate) gesenkt. Die billigere Refinanzierung ermöglichte den Banken die Senkung der Prime Rate von 9,5% auf 6,5%. Diese Entscheidung der Fed berücksichtigt neben konjunkturpolitischen Überlegungen auch die günstige Preisentwicklung sowie das Wachstum der Geldmengenaggregate, das am unteren Ende der Zielvorgaben lag.

Auch Japan lockerte 1991 seine Geldpolitik. Anfang Juli wurde der Diskontsatz – erstmals seit Februar 1987 – um ½ Prozentpunkt auf 5,5% gesenkt. Das abflauende Wirtschaftswachstum ließ die Bank von Japan den Diskontsatz Mitte November auf 5% und Ende Dezember auf 4,5% festlegen. Um die Kreditvergabe durch die Banken zusätzlich zu stimulieren, wurden im Oktober die Mindestreserverequisiten gelockert.

Im Gegensatz zu Japan und den USA verfolgte die Deutsche Bundesbank 1991 weiterhin eine restriktive Geldpolitik. Zur Verbesserung der Kontrolle über die Liquiditätsentwicklung wurden Anfang Februar die Leitzinsen um ½ Prozentpunkt hinaufgesetzt. Zur Jahresmitte faßte die Bundesbank das Geldmengenziel (Aggregat M3) für den Rest des Jahres enger. Nachdem bereits vor der Anhebung der indirekten Steuern die Verbraucherpreise deutlich angezogen hatten, folgte Mitte August eine weitere

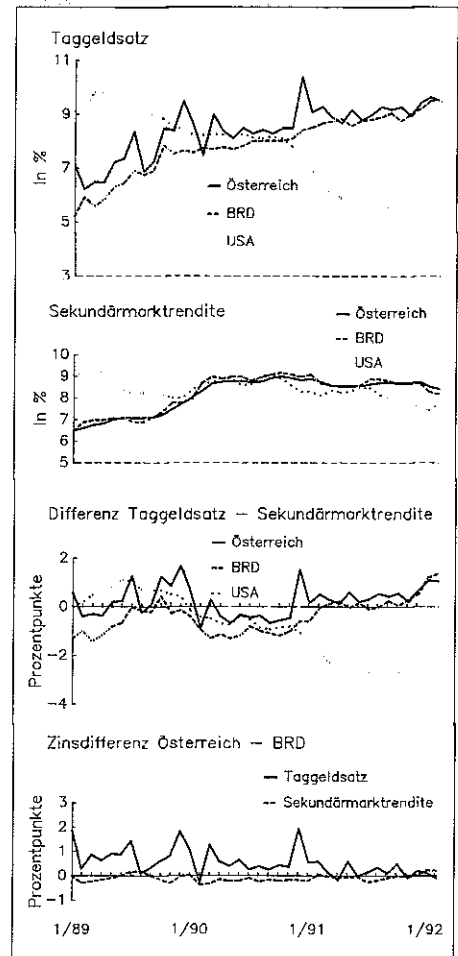
Erhöhung des Diskont- und Lombardsatzes (auf 7,5% bzw. 9,25%). Mitte Dezember setzte die Bundesbank neuerlich eine restriktive Maßnahme indem sie ihre Leitzinsen auf 8% bzw. 9,75% erhöhte, die höchsten Werte seit der Währungsreform 1948.

Die deutsche Geldpolitik demonstrierte daß sie strikt an ihrem Stabilitätskurs festhalten und jeglichen Inflationsgefahren begegnen werde. Das gestärkte Vertrauen der Finanzmärkte zeigt sich in der Entwicklung der langfristigen Zinsen. Die Sekundärmarktrendite bildete sich im 1. Halbjahr 1991 leicht zurück, stieg aber im Juli auf 8,9%. Nach den zinspolitischen Maßnahmen von August und Dezember fiel die Sekundärmarktrendite, im Jänner und Februar 1992 kurzfristig sogar auf 8%.

Gleiche Höhe der Leitzinsen in Österreich und Deutschland

Die Oesterreichische Nationalbank machte im Einklang mit anderen euro-

Zinssätze im internationalen Vergleich



päischen Ländern, deren Währung sich an der DM orientiert, die Leitzinserhöhungen der Deutschen Bundesbank mit Im Sommer erfolgte die Zinserhöhung jedoch nicht im vollen Umfang der Maßnahme der Deutschen Bundesbank, sodaß seit 16 August 1991 Diskont- und Lombardsatz von Österreich und Deutschland nicht mehr differieren. Da rund zwei Drittel der Normalrefinanzierung (rund 40 Mrd. S) über Offenmarkttransaktionen (Wertpapierkostengeschäfte) durchgeführt werden, wurde auch der dort eingesetzte GOMEX-Zinssatz in drei Schritten erhöht. Er beträgt seit der letzten Leitzinserhöhung am 20 Dezember 9,25%

Die Zinsentwicklung folgt jener in Deutschland, in den einzelnen Monaten lassen die deutschen und österreichischen Zinssätze und Renditen jedoch Unterschiede erkennen.

Liquiditätsanspannungen auf dem Geldmarkt treiben den Taggeldsatz immer wieder deutlich über das Niveau in Deutschland. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in Problemen einzelner Banken im Aufbau ihrer Mindestreserveverpflichtungen, andererseits in der Schilling-Geldkapitallücke, die sich auch 1991 weiter ausweitete. Der im letzten Jahr hohe Bargeldumlauf erschwerte die Liquiditätsplanung zusätzlich. Die OeNB begegnete den Anspannungen auf dem Geldmarkt mit einem flexiblen Instrumentarium von Maßnahmen außerhalb der Normalrefinanzierung. Im Jänner und Februar 1991 verbesserte der Einsatz wochenweise gerechneter DM-Schilling-Swaps die Liquidität. Anfang März erhöhte die OeNB den Refinanzierungsgesamtplafonds um 5 Mrd. S. Gleichzeitig wurde der Rahmen für Sonderoffenmarktoperationen (außerhalb der Refinanzierungsplafonds) von 10 auf 20 Mrd. S angehoben. Zur Lockerung des Liquiditätsengpasses im Juni und Juli bot die OeNB Pari-DM-Schilling-Swaps an. Im August bzw. im Dezember setzte die OeNB gegen die neuerliche Liquiditätsknappheit Sonderoffenmarktoperationen ein, und zwar erstmals in Form eines Zinstenders nach dem Vorbild der USA (mehrere Gebote zu verschiedenen Sätzen der gebotene Zinssatz wird verrechnet) in vier Tranchen. Die letzte Tranche wurde den

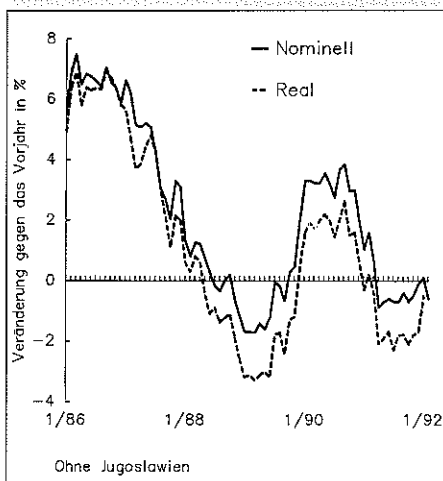
Banken jedoch als Mengentender zum Fixzinssatz von 9,6% angeboten.

Auf dem Kapitalmarkt ist das Zinsdifferential zwar im Jahresdurchschnitt — gemessen an der Sekundärmarkrendite für Anleihen i.w.S. — verschwunden (1990 hatte es noch -0,2 Prozentpunkte betragen), in den einzelnen Monaten schwankte es jedoch um 30 Basispunkte. In einer Phase steigender Renditen — wie im Juli — bildete sich rasch ein negatives, in einer Phase fallender Zinsen — wie zuletzt im Jänner 1992 — rasch ein positives Zinsdifferential. Diese träge Reaktion der österreichischen Kapitalmarktzinsen auf Änderungen auf dem deutschen Rentenmarkt spiegelt institutionell bedingte unvollkommene Marktstrukturen wider.

Große Dollarkursschwankungen, zeitweise Spannungen im EWS

Am 11. Februar 1991 verzeichnete der Dollarkurs mit 10,22 S einen historischen Tiefstand. Die Erwartung eines bevorstehenden Konjunkturaufschwungs und damit verbunden höherer Zinsen in den USA ließen den Dollar bis Mitte des Jahres rund 25% an Wert gewinnen. Da sich die Erwartungen nicht erfüllten und das Zinsdifferential zwischen Deutschland und den USA im kurzfristigen Bereich immer größer wurde, fiel der Dollar im 2. Halbjahr und lag Ende 1991 mit 10,7 S nur geringfügig über dem Wert zu Beginn des Jahres. In den ersten Monaten 1992 legte er wieder rund 10% zu.

Effektiver Wechselkurs des Schillings



Im Europäischen Währungssystem blieb die Peseta aufgrund des hohen Zinsniveaus die stärkste Währung. Da sich im Jahresverlauf die DM von ihrer schwachen Bewertung lösen konnte, traten im November Spannungen innerhalb des EWS auf. Sowohl Italien als auch Frankreich mußten ihre Währung im November durch Zinserhöhungen absichern. Um die ohnehin gedämpfte Konjunktur nicht zu gefährden, wurden in Frankreich gewisse Mindestreservesätze gesenkt, um eine Anhebung der Zinssätze für Nichtbanken zu verhindern. Da sich 1991 auf dem Geldmarkt die Zinsdifferenziale der meisten EWS-Länder gegenüber Deutschland um 1 bis 2 Prozentpunkte zurückgebildet haben, bieten Zinsmaßnahmen genug Spielraum, um eine aus politischen Gründen unerwünschte Neufestsetzung der Paritäten zu vermeiden.

Nach einer Aufwertung von 3,2% im Jahr 1990 ging der nominell-effektive Wechselkursindex (ohne Jugoslawien) 1991 nur geringfügig zurück (-0,2%). Österreichs Vorsprung in der Preisstabilität gegenüber den Handelspartnern sicherte eine Verbesserung der preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit. Der real-effektive Wechselkursindex sank um 1,5%.

Am 7. Februar 1992 wurde in Maastricht der „Vertrag über die Europäische Union“ unterzeichnet, der u.a. den weiteren Ausbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Ziel einer gemeinsamen Währung regelt. Demnach bleibt die Geldpolitik auch nach dem Eintritt in die Übergangsphase Anfang 1994, wenn das Europäische Währungsinstitut (Vorläufer einer Europäischen Zentralbank) errichtet werden soll, in nationaler Verantwortung. Die 1997 (spätestens 1999) beginnende Endstufe sieht fixe Wechselkurse bzw. die Einführung einer gemeinsamen Währung in jenen Mitgliedstaaten vor, die gewissen Konvergenzkriterien (Preisstabilität, Zinsniveau, Staatsverschuldung) genügen.

Keine Auswirkungen der vollständigen Devisenliberalisierung

Mit 4. November 1991 sind in Österreich die letzten Beschränkungen im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr

und Kapitalverkehr gefallen. Aufgehoben wurde die Bewilligungspflicht für Wertpapieremissionen durch Ausländer im Inland durch Inländer im Ausland sowie für auf Fremdwährung lautende Schuldverschreibungen im Inland. Die Bewilligungspflicht der Kontoführung von inländischen Nichtbanken im Ausland sowie die Depotpflicht für ausländische Wertpapiere sind ebenfalls gefallen. Allerdings wurde ein umfangreiches devisenstatistisches Meldesystem etabliert. Die vollständige Liberalisierung der österreichischen Devisenbestimmungen erfüllt nicht nur die Richtlinien der OECD, sondern entspricht auch den Liberalisierungszielen der EG. Da die meisten der nunmehr bewilligungsfreien Transaktionen bereits zuvor über österreichische Banken durchgeführt werden konnten bzw. die Bewilligungspflicht sehr liberal gehandhabt wurde, traten nach der Liberalisierung wie erwartet keine umfangreichen Kapitalbewegungen auf.

Die österreichische Leistungsbilanz schloß in vorläufiger Rechnung mit einem mäßigen Defizit von 1,7 Mrd. S, nachdem 1990 noch ein Überschuß von 9,4 Mrd. S erzielt worden war. Die Verschlechterung ist auf die Entwicklung im Außenhandel zurückzuführen: Das Defizit im Warenverkehr weitete sich von 89,4 Mrd. S 1990 auf 113,4 Mrd. S 1991 aus. Der höhere Reiseverkehrsüberschuß — +9,2 Mrd. S gegenüber 1990 — und ein höherer Saldo aus der Position „Nicht in Waren oder Dienste unterteilbare Leistungen“ konnten die Verschlechterung der Handelsbilanz nicht kompensieren.

Die Kapitalbilanz weist einen geringen Netto-Kapitalimport von 0,4 Mrd. S auf; kurzfristiges Kapital wurde netto importiert, langfristiges netto exportiert. Im langfristigen Kapitalverkehr erhöhte sich der Netto-Kapitalexport um 5,6 Mrd. S auf 30 Mrd. S. Dies geht zum Teil auf Wertpapierkäufe des privaten Sektors im Ausland (20,1 Mrd. S) zurück, denen Wertpapierkäufe von Ausländern in Österreich von nur 6,9 Mrd. S gegenüberstanden. Auch der Saldo der Banken (−21,8 Mrd. S; 1989 +13,9 Mrd. S) war deutlich negativ, während die öffentlichen Stellen netto Kapital von 9,2 Mrd. S importierten. Auch der kurzfristige Kapitalverkehr war we-

Kapitalbilanz in Österreich

	1989	1990	1991	1990	1991
		Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S	
Leistungsbilanzsaldo	0,2	9,4	− 1,7	+ 9,2	− 11,1
Langfristiger Kapitalverkehr					
Kapitalanlagen im Ausland	− 51,1	− 57,0	− 68,0	− 5,9	− 11,0
Banken	− 16,0	− 11,0	− 28,6	+ 5,0	− 17,5
Öffentliche Stellen	− 0,7	− 2,8	− 3,8	− 2,1	− 1,1
Privater Sektor	− 34,2	− 42,9	− 35,8	− 8,6	+ 7,0
Direktinvestitionen	− 9,4	− 18,2	− 11,3	− 8,8	+ 6,9
Aktien und Investmentzertifikate	− 5,5	− 5,1	− 1,3	+ 0,3	+ 3,8
Wertpapiere	− 16,5	− 12,6	− 20,1	+ 3,8	− 7,5
Kredite	− 2,3	− 5,8	− 2,3	− 3,5	+ 3,4
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	51,5	32,6	38,0	− 19,0	+ 5,5
Banken	29,9	− 1,6	6,7	− 31,5	+ 8,3
Öffentliche Stellen	8,1	5,5	13,0	− 2,6	+ 7,5
Privater Sektor	13,5	28,7	18,3	+ 15,2	− 10,4
Direktinvestitionen	6,9	6,3	2,4	− 0,5	− 3,9
Aktien und Investmentzertifikate	8,1	6,4	2,4	− 1,7	− 4,0
Wertpapiere	− 9,6	8,3	6,9	+ 17,9	− 1,4
Kredite	4,2	3,7	2,5	− 0,5	− 1,2
Saldo	0,4	− 24,4	− 30,0	− 24,8	− 5,6
Banken	13,9	− 12,6	− 21,8	− 26,5	− 9,2
Öffentliche Stellen	7,5	2,8	9,2	− 4,7	+ 6,4
Privater Sektor	− 20,7	− 14,2	− 17,5	+ 6,5	− 3,4
Direktinvestitionen	− 2,5	− 11,9	− 8,9	− 9,3	+ 3,0
Aktien und Investmentzertifikate	2,6	1,2	1,1	− 1,4	− 0,1
Wertpapiere	− 26,1	− 4,4	− 13,2	+ 21,7	− 8,8
Kredite	1,9	− 2,0	0,2	− 4,0	+ 2,2
Kurzfristiger Kapitalverkehr					
Kapitalanlagen im Ausland	3,0	− 5,7	5,8	− 8,7	+ 11,5
Banken	3,8	0,0	20,9	− 3,8	+ 20,9
Öffentliche Stellen	− 0,3	− 0,2	− 0,7	+ 0,2	− 0,6
Privater Sektor	− 0,4	− 5,6	− 14,4	− 5,1	− 8,8
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	5,7	22,4	24,6	+ 16,7	+ 2,2
Banken	5,8	18,6	22,8	+ 12,8	+ 4,2
Öffentliche Stellen	− 0,1	0,0	3,6	+ 0,2	+ 3,6
Privater Sektor	0,0	3,8	− 1,8	+ 3,7	− 5,5
Saldo	8,7	16,7	30,4	+ 7,9	+ 13,7
Banken	9,6	18,6	43,7	+ 9,0	+ 25,1
Öffentliche Stellen	− 0,5	− 0,2	2,9	+ 0,3	+ 3,0
Privater Sektor	− 0,4	− 1,8	− 16,1	− 1,4	− 14,4
Saldo lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr	9,1	− 7,7	0,4	− 16,9	+ 8,2
Veränderung der Währungsreserven	+ 8,8	− 3,7	+ 10,3	− 12,6	+ 14,1

Q: OeNB — Devisenabfluß + Devisenzufluß

sentlich durch die Gestion der Banken bestimmt. Zwar exportierte der private Sektor 1991 netto um 14,4 Mrd. S mehr als im Jahr zuvor, die hohen Netto-Kapitalimporte der Banken ergaben aber den Saldo von 30,4 Mrd. S.

Unter Berücksichtigung von Reserve-schöpfung und Bewertungsänderungen (0,8 Mrd. S) sowie der Statistischen Differenz ergibt sich aus dem Leistungsbilanz- und Kapitalverkehrs-saldo eine Zunahme der offiziellen Währungsreserven von 10,3 Mrd. S, swapbereinigt von 18,3 Mrd. S.

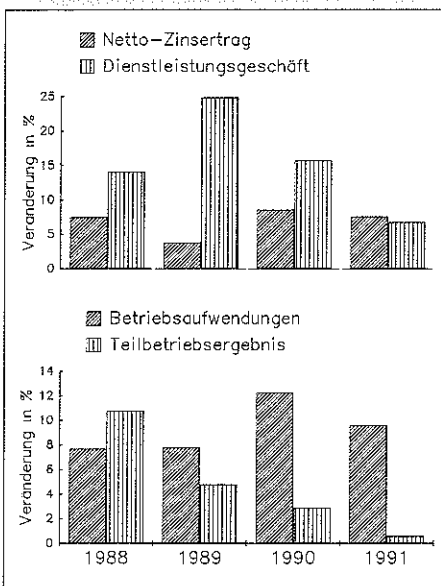
Geringe Ertragszuwächse im Bankensektor

Der Anstieg der Bilanzsumme des Bankensektors blieb 1991 mit 5,4%

unter der Zuwachsrate des Vorjahres. Getragen wurde die Ausweitung — wie schon 1990 — im wesentlichen vom Inlandsgeschäft. Die Auslandsaktiva sanken sogar um 1%, die Auslandspassiva verzeichneten eine geringe Ausweitung um 2,1%.

Die Ertragslage der österreichischen Banken verschlechterte sich weiter: Das Teilbetriebsergebnis stagnierte 1991 (+0,6%), nachdem sich die Zuwachsraten seit 1988 jedes Jahr nahezu halbiert hatten. Das schwache Teilbetriebsergebnis ist wesentlich von der Kostenseite bedingt: Der Personalaufwand — er macht rund 60% der Betriebsaufwendungen aus — stieg um 9,7%, der Sachaufwand um 8,1%. Während der vom Betrag her bedeutendere Netto-Zinsertrag mit +7,6% die zweithöchste Zuwachsrate

Ertragslage der österreichischen Banken



der letzten vier Jahre erreichte, wuchsen die Erträge im Dienstleistungsgeschäft um nur 6,8% 1989 war — allerdings bei guter Börsenentwicklung — der Ertrag um fast 25% gesteigert worden. Der Jahresüberschuß (vor Steuern und Rücklagenbewegungen) stieg gegenüber 1990 um 9,4%, Bewertungsmaßnahmen könnten in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Teil des Ergebnisses wieder aufzehren. Die durchschnittliche Haftkapitalquote konnte von 4,78% auf 4,94% erhöht werden.

Rekordzuwachs der Spareinlagen, Termineinlagen stark rückläufig

Schilling-Geldkapitalbildung und -Kreditgewährung klafften auch 1991 auseinander. Die Schilling-Geldkapital-lücke weitete sich um 51,1 Mrd. S auf 190,8 Mrd. S aus. Zu 90% wurde der Zuwachs aus Auslandsgeldern gespeist: Die Netto-Auslandsposition der Banken stieg um über 46 Mrd. S.

In der Mittelaufbringung sind die Spareinlagen die wichtigste Komponente. Sie erzielten mit +9,9% den höchsten Zuwachs seit 1982. Die Expansion geht auf das Volumen der gebundenen Spareinlagen zurück, welche meist deutlich über dem Eckzinsfuß verzinst sind. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist wurden, wie schon 1990, abgebaut. Aus der Summe der Spareinlagenzinsen von

Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

	1988	1989	1990	1991	1988	1989	1990	1991
	Mrd S				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Inländische Mittelaufbringung</i>								
Sichteinlagen	132,3	140,2	149,1	156,7	+12,2	+5,9	+6,4	+5,1
Termineinlagen	178,3	187,0	184,7	164,8	+7,2	+4,8	-1,2	-10,8
Spareinlagen	962,8	1014,5	1090,0	1198,2	+5,1	+5,4	+7,4	+9,9
Mit gesetzlicher Kündigungsfrist	204,0	218,8	197,8	165,1	+8,3	+7,3	-9,6	-16,6
Bauspareinlagen	110,0	119,8	120,7	125,4	+10,1	+8,9	+0,8	+3,8
Eigene Inlandsemissionen	401,4	439,8	476,6	491,9	+11,0	+9,5	+8,4	+3,2
Im Bankbesitz	76,8	89,2	96,5	92,0	+2,6	+16,1	+8,2	-4,6
Offenmarktpapiere	14,4	14,2	13,3	12,9	-14,2	-1,8	-6,1	-2,9
<i>Inländische Mittelverwendung</i>								
Direktkredite	1474,4	1593,0	1742,9	1902,5	+8,1	+8,0	+9,4	+9,2
Fremdwährungskredite	69,4	77,2	88,5	97,0	+11,6	+11,2	+14,6	+9,7
Schillingkredite	1405,0	1515,8	1654,5	1805,5	+7,7	+7,9	+9,1	+9,1
An öffentliche Haushalte	352,3	359,5	363,2	379,8	+4,7	+2,1	+1,0	+4,6
An Unternehmen	826,6	909,7	1016,9	1115,7	+8,7	+10,0	+11,8	+9,7
An private Haushalte	293,3	322,5	362,1	406,5	+10,8	+10,0	+12,3	+12,2
Titrierte Kredite	235,3	237,7	247,0	261,8	+11,8	+1,0	+3,9	+6,0
Wertpapiere des öffentlichen Sektors	167,2	169,9	171,1	178,3	+10,4	+1,6	+0,7	+4,2
Investmentzertifikate	27,8	36,2	38,9	37,4	+61,8	+30,5	+7,5	-3,8
<i>Auslandsgeschäft</i>								
Auslandsaktiva	826,9	918,0	927,2	917,9	+9,4	+11,0	+1,0	-1,0
Auslandspassiva	874,9	984,9	1007,4	1028,8	+11,5	+12,6	+2,3	+2,1
Bilanzsumme	3543,4	3778,3	4012,7	4228,8	+6,3	+6,6	+6,2	+5,4

63,3 Mrd. S ergibt sich eine durchschnittliche Verzinsung von 5,3% 1989 — als die Ordnungspolitischen Vereinbarungen ausliefen — hatte die durchschnittliche Verzinsung erst 3,8% betragen.

Die Sichteinlagen wuchsen mit +5,1% nur geringfügig schwächer als in den Jahren davor. Einen markanten Einbruch zeigen hingegen die Termineinlagen, sie wurden um fast 11% abgebaut. Diese Entwicklung hängt mit dem starken Anstieg der Fremdwährungseinlagen zusammen. Als Folge jener Devisenliberalisierungsmaßnahmen, die mit Jänner 1990 in Kraft getreten waren, schichteten die Banken mindestreservspflichtige Einlagen in nicht mindestreservpflichtige Fremdwährungseinlagen um.

Trotz nachlassender Konjunktur steigerten die Banken die Direktkredite mit +9,2% ähnlich stark wie 1990. Getragen wurde die Kreditnachfrage von den unselbständig Erwerbstätigen (+12,2%), den freien Berufen und Selbständigen (+11,7%) und dem Gewerbe (+17,7%). Auch die öffentliche Hand beginnt wieder, ihr Kreditvolumen auszuweiten. Der Anstieg um 4,5% ist zwar der höchste der letzten vier Jahre, liegt aber weit unter den zweistelligen Zuwachsraten, wie sie bis 1987 zeitweise zu verzeichnen waren.

Hohe Nettobeanspruchung des Bundes

Das Emissionsvolumen der Bruttoemissionen überstieg 1991 wieder das Vorjahresniveau. Vor allem der Bund trug zu dieser Entwicklung bei, er erhöhte seinen Anteil an den Einmal-emissionen auf zwei Drittel. Dieser Anstieg spiegelt nicht hohe zusätzliche Finanzierungserfordernisse des Bundes wider, sondern beruht auf Umschichtungen in der Finanzierungsform hin zu Bundesanleihen.

Für die Emission der Bundesanleihe im Februar 1991 wurde erstmals ein neues, zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und den Banken vereinbartes Verfahren angewendet. An diesem Renditetender sind 14 Banken teilnahmeberechtigt. Um einen funktionierenden Sekundärmarkt zu ermöglichen, sind die 14 Banken als „market maker“ verpflichtet, börsotäglich Ankaufs- und Verkaufskurse mit einer Höchstspanne von 30 Basispunkten zu stellen. Das neue Tenderverfahren soll einerseits marktnah ausgestattete Bundesanleihen schaffen, die als Maßstab für die Gestaltung von Konditionen anderer Emissionen dienen können, andererseits soll durch die Market-maker-Verpflichtung die Liquidität erhöht werden.

Strukturwandel auf dem österreichischen Kapitalmarkt

Nettoemissionen

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	Mrd S						
Rentenmarkt	50,0	59,9	68,4	64,3	60,2	57,8	63,0
Einmalemissionen	31,7	44,3	52,7	49,8	52,7	53,6	64,9
Bund	15,7	28,7	35,5	24,5	24,4	24,7	45,2
Banken	14,5	13,9	13,9	27,4	26,3	24,6	16,7
Daueremissionen	18,3	15,6	15,7	14,5	7,6	4,2	- 1,9
Investmentzertifikate	7,6	14,8	33,4	51,3	30,9	2,2	8,6
Beteiligungsmarkt	7,6	17,1	18,1	15,4	18,8	32,3	23,8
Aktien ¹⁾	4,2	14,2	11,8	12,2	16,5	31,2	23,8
Partizipationsscheine ¹⁾	-	1,7	5,0	1,9	1,6	0,7	0,0
Genußscheine	3,4	1,3	1,4	1,4	0,7	0,4	- 0,0
Kapitalmarkt insgesamt	65,1	91,8	120,0	131,0	110,0	92,2	95,3

Q: OeNB. — ¹⁾ Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen und Börseneinführungen (ohne Berücksichtigung von Kapitalherabsetzungen und Kapitallösungen)

Der Anteil der Nostrozeichnungen der Banken am Ersterwerb von Einmalemissionen stieg wieder und erreichte 54%. Der 1990 ungewöhnlich hohe Anteil nichtinstitutioneller inländischer Anleger (32%) sank 1991 auf 20%. Devisenausländer blieben mit 4% im Trend der letzten Jahre.

Die Nettobeanspruchung des österreichischen Kapitalmarktes erhöhte sich 1991 um 3,1 Mrd S auf 95,3 Mrd S. Zwischen den Teilmärkten zeigen sich jedoch markante Strukturverschiebungen.

Nach dem kontinuierlichen Rückgang der letzten Jahre stiegen die Nettoemissionen auf dem Rentenmarkt um 9% auf 63 Mrd S. Die Daueremissionen verloren gegenüber den Einmalemissionen weiter an Bedeutung: 1991 blieben sie sogar um netto

1,9 Mrd S unter dem Vorjahresergebnis. Während die Banken netto nur 16,7 Mrd S aufnahmen, verdoppelte der Bund beinahe die Beanspruchung auf 45,2 Mrd S.

Der Anteil des Beteiligungsmarktes, der nahezu identisch mit dem Aktienmarkt ist, sank von 35% 1990 auf 25% 1991. Die Börsenkapitalisierung ging um knapp 22 Mrd S zurück und liegt sogar unter jener des Jahres 1989. Im internationalen Vergleich zeigte die Wiener Börse 1991 eines der schlechtesten Ergebnisse. Der Aktienindex der Wiener Börsekammer sank um 16,6%. Die schwache Jahres-Performance ist nur eingeschränkt auf internationale Krisen (Golfkrieg, Putschversuch in der ehemaligen UdSSR, Krieg in Jugoslawien) zurückzuführen. Schlechte Unternehmensnachrichten aufgrund der Konjunkturabschwächung sowie das hohe Zinsniveau wirkten sich ebenfalls ungünstig aus.

Mit 4. Oktober 1991 hat die Termin- und Optionenbörse (ÖTOB) ihren Handel aufgenommen. Die ÖTOB erlaubt den Marktteilnehmern ein effizientes Risikomanagement und ist eine wichtige Ergänzung zu den Kassamärkten.

Belebend für den Kapitalmarkt könnte sich das seit Jänner 1992 geltende Kapitalmarktgesetz auswirken. Betrug bisher die Mindestlaufzeit von Rentenwerten in der Regel 5 Jahre, so wird die Begebung von Anleihen mit einer Laufzeit von 1 bis 5 Jahren eine Erweiterung des Angebotes ermöglichen. Gebundene Sparformen wer-

den direkt konkurrenziert. Allerdings müssen die Banken für die Verpflichtungen aus der Emission von Wertpapieren mit einer Mindestlaufzeit unter 2 Jahren Mindestreserven in der Höhe von 6% halten.

Peter Brandner

Zunehmende Bedeutung der europäischen Integration für die österreichische Außenwirtschaft

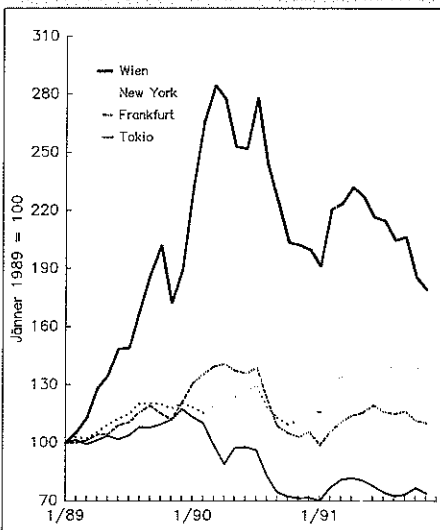
Während in der zweiten Hälfte der siebziger, vor allem aber in der ersten Hälfte der achtziger Jahre weltweit eine Verstärkung des Protektionismus — der sich vor allem nichttarifärer Handelshemmnisse bediente — festzustellen war, hat sich zuletzt wieder das Klima für einen liberaleren Welt-

Die Dynamik des österreichischen Außenhandels hat sich 1991 abgeschwächt: Die Exporte nahmen — vor allem wegen der Abflachung der internationalen Konjunktur — um nur knapp 3% zu (nach mehr als +10½% pro Jahr im Durchschnitt 1988/1990), die Importe um 6,5%. Hohe Steigerungen waren nur im Export nach Deutschland und nach Ost-Mittleuropa möglich.

handel verbessert. Der wichtigste Impuls hierfür kam aus der EG. Das Binnenmarktprogramm wird aufgrund der Beschlüsse von Maastricht vom Dezember 1991 („Vertrag über die Europäische Union“), in denen die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens Ende der neunziger Jahre festgelegt wurde¹⁾, weitergeführt.

Die Zukunft des Welthandels wird maßgeblich vom Ausgang der laufenden GATT-Verhandlungen (Uruguay-Runde) abhängen. Ein erfolgreicher Abschluß würde zum ersten Mal auch Dienstleistungen in den weltweiten Liberalisierungsprozeß miteinbeziehen. Ein erfolgreiches Ende der Gespräche ist bisher u. a. an der Agrarfrage gescheitert. Die USA machten eine

Internationale Börsenindizes



¹⁾ Vgl. hierzu im Detail „Die Beschlüsse von Maastricht zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ Deutsche Bundesbank 1992 44(2)

substantielle Verringerung der Agrarprotektion zur Bedingung des Vertragsabschlusses. Im wesentlichen geht es um eine Senkung der Exportstützungen und der Abschöpfungen im Import eine Verringerung der Produktion sowie um eine Überführung der gegenwärtigen Beschränkungen der Importmengen in ein adäquates Zollsystem (Tarifizierung) mit anschließendem Zollabbau²⁾

In den Sog der EG-Dynamik sind zunächst die EFTA-Staaten geraten. Da ein EG-Beitritt dieser Länder anfangs von der EG nicht gewünscht und von den meisten EFTA-Ländern gescheut wurde, wurde als Ersatzlösung zunächst der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) konzipiert³⁾. Da sich aber die EWR-Lösung immer deutlicher als wenig befriedigend erwies, streben heute fast alle EFTA-Länder einen EG-Beitritt an. Nach dem Ende der kommunistischen Planwirtschaft und dem Zerfall der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im europäischen Osten sind auch die Oststaaten um eine enge Bindung an die Europäische Gemeinschaft bemüht. Der erste Schritt in diese Richtung sind die „Europa-verträge“ (erweiterte Freihandelsabkommen für Industriewaren), die im Dezember 1991 zwischen der EG und Ungarn, der ČSFR und Polen unterzeichnet wurden und bereits im März 1992 teilweise in Kraft getreten sind⁴⁾. Bis zum Sommer 1992 sollten auch die Freihandelsverträge zwischen der EFTA und den drei Ländern Ost-Mitteleuropas in Kraft treten⁵⁾. Die Verhandlungen mit der ČSFR wurden am 3. März 1992 abgeschlossen. Das Abkommen umfaßt den Handel mit Industriegütern und landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten. Der Agrarhandel soll im Detail in bilateralen Verträgen geregelt werden.

Das komplizierte Geflecht des europäischen Freihandels hat allerdings auch „Nebenwirkungen“, die sich z. B. für die österreichische Textil- und Bekleidungsindustrie negativ auswirken

Entwicklung des Außenhandels

	Ausfuhr				Einfuhr				Handelsbilanz		Terms of Trade
	Werte		Durchschnittspreise ¹⁾	Real ²⁾	Werte		Durchschnittspreise ¹⁾	Real ²⁾	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr	In %
	Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Mrd S	Veränderung gegen das Vorjahr			
1987	342,4	- 0,0	- 2,2	+ 2,2	411,9	+ 1,0	- 4,2	+ 5,4	- 69,4	- 3,9	+ 2,2
1988	383,2	+ 11,9	+ 2,2	+ 9,5	451,4	+ 9,6	+ 1,6	+ 7,9	- 68,2	+ 1,2	+ 0,6
1989	429,3	+ 12,0	+ 2,6	+ 9,2	514,7	+ 14,0	+ 3,5	+ 10,2	- 85,4	- 17,2	- 0,9
1990	466,1	+ 8,6	+ 0,1	+ 8,5	556,2	+ 8,1	- 0,5	+ 8,6	- 90,2	- 4,8	+ 0,6
1991	479,0	+ 2,8	- 0,2	+ 3,0	592,4	+ 6,5	+ 0,3	+ 6,2	- 113,4	- 23,2	- 0,5
1991 I Quartal	115,2	+ 1,2	- 0,7	+ 1,9	139,3	+ 0,6	+ 1,2	- 0,6	- 24,1	+ 0,6	- 1,9
II Quartal	121,7	+ 3,9	- 0,1	+ 4,0	155,1	+ 15,4	+ 0,5	+ 14,8	- 33,4	- 16,2	- 0,6
III Quartal	115,4	+ 4,2	- 0,2	+ 4,4	144,5	+ 6,1	+ 0,1	+ 6,0	- 29,1	- 3,6	- 0,3
IV Quartal	126,7	+ 1,9	+ 0,2	+ 1,7	153,5	+ 4,3	- 0,6	+ 5,0	- 26,8	- 4,0	+ 0,8
1992 Jänner ³⁾	37,5	+ 1,7			41,7	- 3,3			- 4,2	+ 2,0	

¹⁾ Adaptierte Daten: kombinierter Durchschnitts- und Echtpreisindex mit der Veränderungsrate der Durchschnittspreise — ²⁾ Veränderungsrate der Werte deflationiert mit der Veränderungsrate der Durchschnittspreise — ³⁾ Vorläufig

werden: Im Rahmen des „passiven Veredelungsverkehrs“ lassen EG-Unternehmen Textilien im Osten konfektionieren. Nach dem Inkrafttreten der Freihandelsverträge zwischen der EG und den Oststaaten wird die Wiedereinfuhr in die EG vollständig zollfrei, sofern das Vormaterial aus der EG stammt; Bekleidung, die aus österreichischen Textilien hergestellt wird, muß aber verzollt werden. Dadurch werden die österreichischen Textilproduzenten im Vergleich zu EG-Konkurrenten spürbar diskriminiert. Probleme dieser Art bestanden schon bisher im passiven Veredelungsverkehr der Europäischen Gemeinschaft mit einigen Entwicklungsländern, sie werden sich jetzt verstärken. Eine Lösung wird wahrscheinlich nur mit dem EG-Beitritt Österreichs möglich sein.

Wenig beachtet wurde, daß vor kurzem eine der letzten Lücken im europäischen Freihandel — durch ein Abkommen zwischen der EFTA und der Türkei — geschlossen worden ist. Auch zwischen der EFTA und Israel soll bald ein Freihandelsvertrag abgeschlossen werden⁶⁾.

Im Jahr 1991 stiegen die österreichischen Exporte zu laufenden Preisen um 2,8%, die Importe um 6,5%⁷⁾. Im

Vergleich zu den vergangenen drei Jahren hat die Außenhandelsdynamik spürbar nachgelassen: Im Durchschnitt 1988/1990 wuchsen die Ex-

Konjunkturbedingt deutliche Abschwächung der Außenhandelsdynamik

porte und Importe um jeweils mehr als 10½% pro Jahr (real um jeweils etwa 9%). Die wichtigste Ursache dieser Abschwächung war die Abflachung der Konjunktur im Ausland und im Inland: Das reale Wirtschaftswachstum in Westeuropa verringerte sich von 3,3% in der Vergleichsperiode auf 1,2% im Vorjahr, in Österreich von 4,1% auf 3%. Überdies hat die — durch die deutsche Wiedervereinigung induzierte — starke Importnachfrage Westdeutschlands, die Österreich in hohem Maße zugute kam, im Laufe des Jahres 1991 an Kraft verloren und den österreichischen Export weniger als zuvor stimuliert. Da das reale Wirtschaftswachstum und somit auch die Kapazitätsauslastung in Österreich höher war als in den Partnerländern, nahmen auch die Importe viel stärker zu als die Exporte. In der Folge verschlechterte sich das österreichische

²⁾ Vgl. hierzu näher Schneider, M., „GATT-Verhandlungen: Westeuropas Bauern unter Druck“, WIFO-Monatsberichte 1991, 64(3)

³⁾ Zum EWR vgl. insbesondere Breuss, F., Schebeck, F., „Österreich im EWR: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen“, WIFO-Monatsberichte 1991, 64(5) und Stankovsky, J., „Die Bedeutung des EWR für Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1991, 64(12)

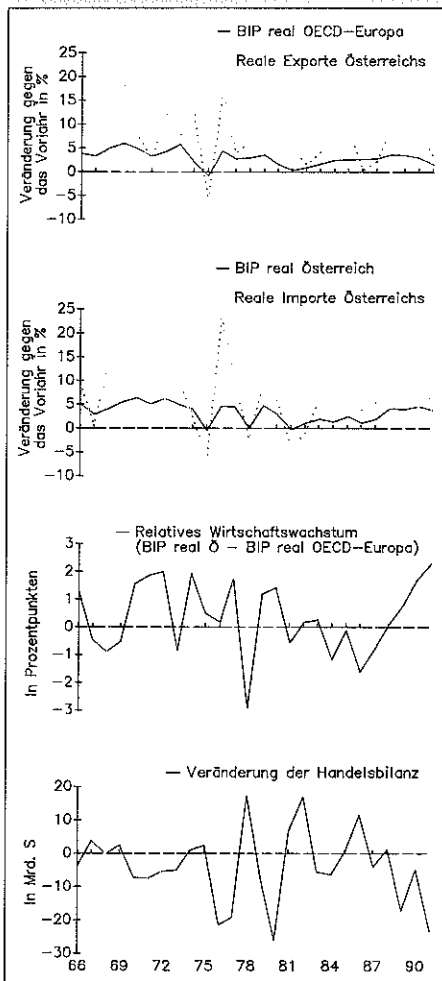
⁴⁾ Mit den Interimsverträgen wurden jene Teile der Vereinbarung in Kraft gesetzt, die nicht einer Zustimmung der nationalen Parlamente der EG-Länder benötigen z. B. der Zollabbau

⁵⁾ Vgl. hierzu im Detail Richter, S., Stankovsky, J., Die neue Rolle Österreichs im Ost-West-Handel, Studie des WIFO und des WIIW, Wien 1991

⁶⁾ Vgl. hierzu Stankovsky, J., „Freihandel der EFTA mit der Türkei und Israel“, in diesem Heft.

⁷⁾ Im vorliegenden Beitrag wird fast ausschließlich der Außenhandel zu laufenden Preisen analysiert, da sich die verfügbaren „Preisstatistiken“ (Unit Values) offensichtlich von der tatsächlichen Preisentwicklung im Außenhandel abgekoppelt haben (Exportpreise Dezember 1991 — 8,8%). Die plausibleren „adaptierten“ Preise stehen erst relativ spät und nur für wenige Datenreihen zur Verfügung.

Außenhandel und Wirtschaftswachstum



Handelsbilanzdefizit um 23 Mrd S und überschritt mit 113 Mrd S erstmals die 100-Mrd.-S-Grenze⁸⁾

Die Außenhandelspreise (adaptierte Werte des ÖSTAT) blieben im Vorjahr stabil. Die Statistik ist, wie erwähnt, mit großen Unsicherheitsmargen behaftet. In Westdeutschland verteuerten sich die Exporte 1991 um 1,3%, die Importe um 0,4%. Real (preisbereinigt) überstiegen die österreichischen Exporte das Vorjahresniveau um 3,0%, die Importe um 6,2%.

Die Exportdynamik (arbeitstägig und saisonbereinigte Werte) war Anfang 1991 schwach, belebte sich aber im Frühjahr spürbar. Im letzten Quartal 1991 war das Exportniveau um 3,5% höher als im I. Quartal. Die Importe entwickelten sich laut Außenhandelsstatistik sehr sprunghaft⁹⁾. In der

zweiten Jahreshälfte schien sich die Importnachfrage zu stabilisieren bzw sogar leicht abzuschwächen, was auch dem allgemeinen Konjunkturbild entsprach. Die korrigierten Importwerte für Dezember (gegenüber dem Vormonat arbeitstägig und saisonbereinigt +12,9%, gegenüber dem Vorjahr +13,5%) haben aber diese Entwicklung unterbrochen.

Marktanteile im Export nur knapp gehalten

Hatte Österreich 1990 beträchtliche Marktanteilsgewinne erreicht (am Gesamtexport der Industriestaaten +10,4%, am Gesamtimport der Industriestaaten +9,2%), so konnte 1991 nach den bisher verfügbaren Daten (Jänner bis August) die Marktstellung bestenfalls gehalten werden, zum Teil mußten Positionsverluste hingenommen werden. Die regionalen Unterschiede waren allerdings groß.

Außergewöhnlich erfolgreich war Österreich im Vorjahr – wie schon 1990 – in den Oststaaten. Der öster-

reichische Marktanteil am Export der Industriestaaten in diese Region nahm um 30% zu. Leichte Positionsgewinne wurden auch in den Entwicklungsländern außerhalb der OPEC erreicht, in der OPEC hingegen hat Österreich an Boden verloren.

In den meisten Ländern Westeuropas mußte Österreich 1991 Marktanteile ein. Ins Gewicht fiel vor allem der Positionsverlust in Deutschland¹⁰⁾, doch stiegen auch die Gesamtimporte Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und der Schweiz jeweils stärker als die Importe aus Österreich. Leichte Positionsgewinne konnte Österreich hingegen in Japan erreichen.

Nachfrage aus Deutschland und Ost-Mitteleuropa stützt Export

Der österreichische Export entwickelte sich 1991 regional stark differenziert. Auf Märkten, die fast die Hälfte des Gesamtexports ausmachen, mußten zum Teil erhebliche Rückschläge hingenommen werden; dies gilt vor allem für die meisten Länder Westeu-

Österreichs Wettbewerbsposition im internationalen Handel

	1989	1990	Jänner bis August 1991	1989	1990	Jänner bis August 1991
	Marktanteile in %			Veränderung des Marktanteils gegen das Vorjahr in %		
<i>Am Export der Industriestaaten</i>						
Nicht-Industriestaaten	1,08	1,28	1,23	- 2,0	+18,9	+ 2,9
Oststaaten	4,37	5,29	6,41	- 2,4	+20,9	+30,0
Osteuropa	6,60	7,86	8,85	+ 2,5	+19,1	+18,8
UdSSR	2,32	2,36	2,83	-11,9	+ 1,9	+30,3
Entwicklungsländer	0,52	0,61	0,58	- 4,1	+17,3	- 1,1
OPEC	1,20	1,37	1,22	- 6,2	+14,4	- 9,4
NOPEC	0,39	0,46	0,45	+ 0,1	+17,5	+ 2,1
Industriestaaten	1,64	1,78	1,75	- 2,6	+ 8,3	- 0,6
Welt	1,51	1,66	1,63	- 2,5	+10,4	- 0,1
<i>Am Gesamtimport</i>						
Industriestaaten	1,20	1,31	1,31	- 2,9	+ 9,2	+ 1,8
Europa	1,78	1,86	1,85	- 3,1	+ 4,4	+ 0,5
EG 90 ¹⁾	1,79	1,87	1,88	- 2,6	+ 4,6	+ 0,4
BRD ²⁾	4,10	4,32	4,17	- 2,5	+ 5,3	- 4,2
Italien ¹⁾	2,31	2,28	2,19	- 3,7	- 1,3	- 5,7
Frankreich ²⁾	0,85	0,89	0,84	- 1,9	+ 5,5	- 5,8
Großbritannien ¹⁾	0,78	0,76	0,76	- 5,0	- 2,2	- 1,2
EFTA 86 ¹⁾	2,21	2,32	2,29	- 2,9	+ 5,2	- 2,2
Schweiz ²⁾	3,85	3,94	3,85	- 1,0	+ 2,4	- 3,0
Industriestaaten in Übersee	0,25	0,29	0,28	+ 3,6	+12,9	- 1,7
USA ³⁾	0,24	0,27	0,26	- 2,6	+11,1	- 0,3
Japan ³⁾	0,25	0,30	0,32	+ 4,7	+21,6	+ 6,3
Welt ⁴⁾	1,13	1,23	1,18	- 3,8	+ 8,2	- 1,8

Q: OECD, IFS. — ¹⁾ 1991: Jänner bis September — ²⁾ 1991: Jänner bis November — ³⁾ 1991: Jänner bis Oktober — ⁴⁾ Industriestaaten und Entwicklungsländer

⁸⁾ Zur Handelsbilanz vgl. ausführlich Breuss, F., Schebeck, F., Stankovsky, J. „Die Verschlechterung der Handelsbilanz 1991: Ein kurz- oder längerfristiges Phänomen?“, in diesem Heft

⁹⁾ Veränderung gegen das Vorquartal, arbeitstägig und saisonbereinigt: I. Quartal -2,2% II. Quartal +8,6%, III. Quartal -4,2% IV. Quartal +2,1%

¹⁰⁾ Zur Marktanteilsentwicklung in Deutschland vgl. näher Breuss, F., Schebeck, F., Stankovsky, J. „Die Verschlechterung der Handelsbilanz 1991: Ein kurz- oder längerfristiges Phänomen?“ in diesem Heft

Strukturen des Außenhandels 1990 und 1991

	Ausfuhr				Einfuhr			
	Veränderung gegen das Vorjahr		Anteil an der Gesamtausfuhr		Veränderung gegen das Vorjahr		Anteil an der Gesamteinfuhr	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991
	In %							
Regionalstruktur								
Westliche Industriestaaten ¹⁾	+ 7,5	+ 1,6	82,0	81,0	+ 7,9	+ 6,0	84,9	84,5
Westeuropa ²⁾	+ 8,0	+ 2,3	75,9	75,6	+ 8,4	+ 5,1	76,1	75,1
EG 90 ³⁾	+ 8,6	+ 3,7	65,2	65,8	+ 8,6	+ 5,3	68,6	67,8
BRD	+ 13,4	+ 7,1	37,4	39,0	+ 7,9	+ 4,2	44,0	43,0
Italien	+ 1,2	- 1,9	9,8	9,4	+ 9,0	+ 4,3	9,1	8,9
Großbritannien	- 6,5	- 4,1	3,9	3,6	+ 10,6	+ 12,0	2,6	2,7
Frankreich	+ 10,5	- 6,0	4,8	4,3	+ 3,1	+ 10,3	4,2	4,4
EFTA 86	+ 3,8	- 6,9	10,1	9,2	+ 7,3	+ 3,4	7,1	6,9
Schweiz	+ 4,2	- 5,5	6,9	6,4	+ 11,2	+ 4,3	4,3	4,2
Industriestaaten in Übersee ⁴⁾	+ 1,7	- 6,6	6,3	5,7	+ 2,2	+ 13,1	9,1	9,6
USA	- 0,2	- 9,2	3,2	2,8	+ 8,5	+ 15,9	3,6	4,0
Japan	+ 19,1	+ 10,2	1,6	1,7	- 0,8	+ 13,6	4,5	4,8
Osten ⁵⁾	+ 14,7	+ 8,7	10,4	11,0	+ 9,1	+ 8,8	6,8	7,0
Ost-Mitteleuropa ⁶⁾	+ 24,1	+ 33,1	5,0	6,5	+ 6,5	+ 20,9	3,6	4,1
Südosteuropa ⁷⁾	+ 25,7	- 19,0	3,2	2,5	+ 2,9	- 5,4	1,4	1,2
UdSSR	- 12,2	- 7,4	2,2	1,9	+ 20,2	- 4,6	1,8	1,6
OPEC	+ 12,8	+ 7,6	2,7	2,9	+ 25,2	+ 4,1	2,1	2,1
Entwicklungsländer ohne OPEC	+ 12,2	+ 6,9	4,5	4,7	+ 6,3	+ 12,3	5,8	6,1
4 Drachen ⁸⁾	- 0,6	+ 4,9	1,2	1,2	+ 1,7	+ 20,7	2,2	2,5
Alle Länder	+ 8,6	+ 2,8	100,0	100,0	+ 8,1	+ 6,5	100,0	100,0
Warenstruktur								
Nahrungsmittel	- 4,8	- 3,3	2,8	2,6	+ 2,8	+ 5,4	4,6	4,5
Rohstoffe	+ 4,1	- 11,9	5,2	4,5	- 9,6	- 0,1	4,5	4,3
Holz	+ 16,3	- 14,9	3,0	2,5	+ 10,2	+ 5,9	1,1	1,2
Brennstoffe	- 14,0	- 5,1	1,0	0,9	+ 19,6	+ 0,7	6,3	5,9
Chemische Erzeugnisse	- 0,8	+ 7,9	8,5	8,9	+ 5,8	+ 4,3	9,9	9,7
Bearbeitete Waren	+ 3,0	- 0,9	31,3	30,2	+ 5,0	+ 2,4	18,9	18,2
Papier	+ 3,8	+ 6,8	5,9	6,2	+ 11,0	+ 7,8	2,0	2,0
Textilien	+ 6,7	- 3,0	5,0	4,7	+ 6,9	- 0,4	3,9	3,7
Eisen Stahl	- 6,8	- 12,2	6,5	5,6	- 2,0	- 7,3	3,0	2,6
Maschinen, Fahrzeuge	+ 18,3	+ 5,1	37,5	38,3	+ 10,5	+ 9,9	37,9	39,2
Konsumnahe Fertigwaren	+ 10,6	+ 8,4	+ 13,2	13,9	+ 10,9	+ 9,2	17,1	17,5
Alle Waren	+ 8,6	+ 2,8	100,0	100,0	+ 8,1	+ 6,5	100,0	100,0

¹⁾ OECD-Länder einschließlich DDR - ²⁾ Europäische OECD-Länder einschließlich DDR. - ³⁾ EG 86 einschließlich DDR - ⁴⁾ OECD-Länder in Übersee und Republik Südafrika. - ⁵⁾ Albanien, Bulgarien, ČSFR Ungarn Polen Jugoslawien, Rumänien, UdSSR. - ⁶⁾ ČSFR Ungarn Polen - ⁷⁾ Albanien Bulgarien Jugoslawien Rumänien - ⁸⁾ Hongkong Südkorea Singapur Taiwan

ropas: EFTA -6,9% (Schweiz -5,5%), EG ohne Deutschland -0,9% (Frankreich -6%, Großbritannien -4,1%) Unter dem Vorjahresniveau blieben auch die Exporte in die USA (-9,2%), in die ehemalige UdSSR (-7,4%) und nach Südosteuropa (-19,0%) Nur die Lieferungen nach Deutschland (+7,1%), Ost-Mitteleuropa (+33,1%) sowie auch in die OPEC-Länder und Entwicklungsländer außerhalb der OPEC expandierten. Der Exportanteil von Deutschland hat fast die 40%-Grenze und somit den Anteil dieses Landes an den Importen Österreichs erreicht Für Ost-Mitteleuropa waren im Vorjahr 6,5% der Exporte bestimmt - mehr als für die Schweiz Mitte der achtziger Jahre hatte der Exportanteil Ost-Mitteleuropas nur 4% betragen, Mitte der siebziger Jahre freilich fast 10% 1947 16%

Die Bezüge aus den „vier Drachen“ (+20,7%), aus Ost-Mitteleuropa (+20,9%) und aus den Industriestaaten in Übersee stiegen überdurchschnittlich. Die Einfuhr aus Westeuropa nahm um nur 5,1% zu; vor allem Großbritannien war auf dem österreichischen Markt erfolgreich Aus Südosteuropa und aus der ehemaligen UdSSR bezog Österreich 1991 weniger als ein Jahr zuvor

Überdurchschnittlicher Zuwachs der Exporte hochwertiger Produkte

Überdurchschnittlich nahmen 1991 im österreichischen Export Lieferungen hochwertiger Waren zu, der Auslandsabsatz von Rohstoffen und den meisten Vorprodukten war hingegen rückläufig Dieses Ergebnis ent-

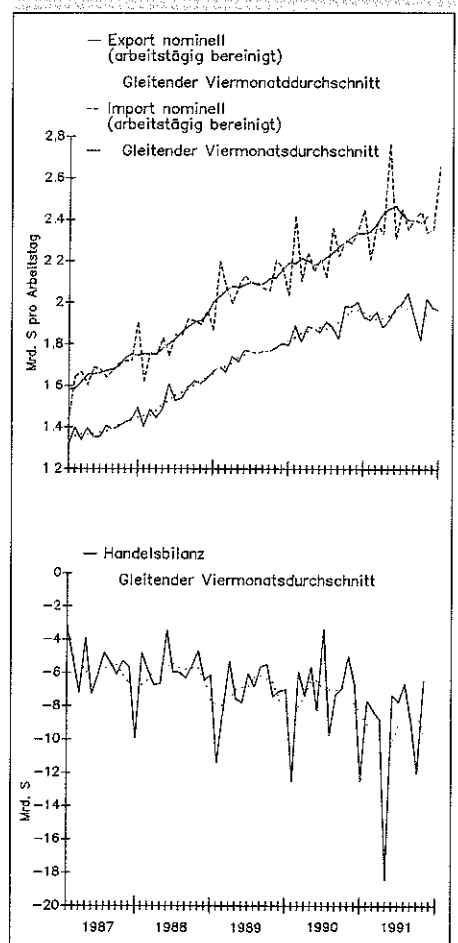
spricht der Spätphase eines Konjunkturzyklus, die meist durch einen Abbau der Inputlager gekennzeichnet ist Auch der Übergang von einer „planwirtschaftlichen“ zur „marktwirtschaftlichen“ Güterstruktur im österreichischen Osthandel¹¹⁾ hat zu dieser Entwicklung beigetragen

Die höchsten Zunahmen wurden 1991 im österreichischen Export von Konsumwaren und chemischen Erzeugnissen erreicht, die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen nahmen um 5,1% zu Die Exporte von Vorprodukten der Industrie (bearbeitete Waren) stagnierten hingegen (-0,9%), betroffen waren vor allem Stahl (-12,2%) und Textilien Die Ausfuhr von Rohstoffen schrumpfte um 11,9%, jene von Nahrungsmitteln um 3,3%

Auch in der Importnachfrage lag der Schwerpunkt bei Maschinen und Fahrzeugen (+9,2%; Pkw +15,3%) sowie konsumnahen Fertigwaren (+9,2%) Schwach war die Nachfrage

Entwicklung des Außenhandels

Saisonbereinigt



¹¹⁾ Vgl. hierzu näher Richter S Stankovsky J Die neue Rolle Österreichs im Ost-West-Handel Studie des WIFO und des WIW Wien 1991

Österreichischer Importpreis von Rohöl

		1990	1991	1990	1991			
				IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
Spotpreis ¹⁾	\$ je Barrel	20,7	17,4	28,2	17,3	16,3	17,6	18,3
Österreichischer Importpreis ²⁾	\$ je Barrel	24,7	22,1	36,9	25,7	19,8	20,2	22,6
Österreichischer Importpreis ²⁾	S je t	2 114,6	1 909,1	2 894,8	2 057,2	1 796,5	1 843,3	1 926,6
Wechselkurs	S je \$	11,37	11,68	10,56	10,77	12,20	12,27	11,46
Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Spotpreis ¹⁾	\$ je Barrel	+27,7	-16,0	+64,8	-0,9	+15,7	-23,7	-35,0
Österreichischer Importpreis ²⁾	\$ je Barrel	+32,4	-10,8	+81,9	+17,8	+9,0	-10,6	-38,7
Österreichischer Importpreis ²⁾	S je t	+14,7	-9,7	+50,5	+6,5	+12,6	-2,2	-33,4
Wechselkurs	S je \$	-14,1	+2,7	-17,3	-9,5	+3,4	+9,5	+8,5

¹⁾ Arabian light spot price — ²⁾ Frei österreichische Grenze

nach Rohstoffen und bearbeiteten Waren (+2,4%; Stahl -7,3%)

Brennstoffe weiterhin billig

Die Aufwendungen für Energieimporte nahmen 1991 um 0,7% auf 35,2 Mrd S zu, die Energiebelastungsquote (Brennstoffimporte in Prozent des Brutto-Inlandsproduktes) sank von 2,0% 1990 auf 1,8%. Der Anteil der Brennstoffe am Gesamtimport ging im Vorjahr ebenfalls leicht zurück. Zuletzt hatte die Energierechnung die österreichische Handelsbilanz im Jahr 1985 nennenswert belastet; in diesem Jahr hatten die Brennstoffimporte 14,9% der Gesamteinfuhr bzw. 4,8% des BIP ausgemacht. 1981, im Höhepunkt der zweiten Energiekrise, hatten die entsprechenden Werte sogar 18,7% bzw. 5,9% erreicht.

Ende 1990 zogen angesichts der sich verschärfenden Krise am Persischen

Golf die Erdölpreise auf den internationalen Märkten stark an. Im Durchschnitt des IV. Quartals 1990 lautete der Spotmarktpreis 28,2 \$ je Barrel (Oktober 31,9 \$ je Barrel), im Vergleich zu nur 16,2 \$ im Durchschnitt 1989. Bereits nach dem Ausbruch des Krieges am Golf (Mitte Jänner 1991) gaben die spekulativ überzogenen Preise deutlich nach. Da das Erdölangebot (vor allem dank einer Ausweitung der Förderung in Saudi-Arabien) hoch war, blieben die Erdölpreise niedrig. Im Durchschnitt 1991 lag das Niveau der Spotmarktpreise mit 17,4 \$ je Barrel um 16% unter jenem des Jahres 1990.

Hatten sich die österreichischen Erdölimporte 1990 (auf Dollarbasis) stärker als die Spotmarktpreissteigerung verteuert, so wurden sie 1991 um 10,8% billiger. Die Differenz zwischen dem Spotmarktpreis und dem Importpreis vergrößerte sich von 2,5 \$ je Barrel 1989 auf 4,7 \$ 1991. Zu dieser

Entwicklung trug möglicherweise die Umschichtung zu teureren Lieferquellen bei (Algerien, Nigeria). Auf Schillingbasis wurde das importierte Rohöl — wegen des Anstiegs des Dollarkurses um 2,7% — um nur 9,7% billiger.

Die Importpreise wichtiger Mineralölprodukte (Benzin, Heizöl) blieben etwa auf dem Niveau des Jahres 1990, der Importpreis von Erdgas — der jenen von Erdöl mit einer Verzögerung von einigen Monaten folgt und deshalb die Preishausse der letzten Monate 1990 widerspiegelt — zog um 10,5% an. Insgesamt verteuerten sich die importierten Energieträger im Jahr 1991 um 0,9% (impliziter Preisindex), nach +12,9% 1989 bzw. +8,6% 1990. Real wurde an Brennstoffen 1991 etwa gleich viel importiert wie 1990 (-0,2%; 1990 +10,1%). Die Einfuhrmenge von Rohöl nahm um 3%, jene von Benzin um 8,1% zu. An Erdgas wurde, nach der Ausweitung um 30% 1990 (zum Teil zum Lageraufbau) um 1,7%, an Heizöl um 27,3% weniger importiert als ein Jahr zuvor.

Jan Stankovsky

Erdöl- und Erdgaseinfuhr

		1981	1990	1991	1990	1991
			Absolut		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Rohöl¹⁾						
Menge	. Mill t	7,5	6,8	7,0	+14,4	+3,0
Wert	. Mrd. S	32,8	14,4	13,4	+31,1	-7,0
Preis	S je 100 kg	435,1	211,5	190,9	+14,7	-9,7
Erdölprodukte²⁾						
Menge	. Mill t	2,4	3,2	3,3	-10,9	+3,8
Wert	. Mrd. S	32,8	8,0	8,5	+0,6	+7,0
Preis	S je 100 kg	459,6	248,1	255,8	+12,9	+3,1
Erdgas						
Menge	. Mrd m ³	4,0	5,2	5,1	+30,1	-1,7
Wert	. Mrd. S	8,4	5,7	6,2	+45,4	+8,6
Preis	S je 100 m ³	277,1	109,7	121,2	+11,8	+10,5
Brennstoffe Energie³⁾						
Wert						
Real ⁴⁾	. Mrd. S	32,3	36,1	36,0	+10,1	-0,2
Nominell	. Mrd. S	62,4	35,0	35,2	+19,6	+0,7
Preisindex	. 1979=100	193,2	97,0	97,8	+8,6	+0,9
Energiebelastungsquote	in % des BIP	5,9	2,0	1,8	+0,2 ⁵⁾	-0,2 ⁵⁾

¹⁾ Handelsstatistische Nummer 2709 00 100 — ²⁾ SITC 334 + 335 — ³⁾ SITC 3 — ⁴⁾ Zu Preisen von 1979 — ⁵⁾ Prozentpunkte

Tourismusboom trotz Konjunkturabschwächung

Trotz der Konjunkturverflachung und der Auswirkungen der Krise am Persischen Golf hielt der Tourismusboom in Österreich 1991 an und war gemeinsam mit der Bauwirtschaft und dem Handel eine erhebliche Konjunkturstütze. In den OECD-Ländern wurde dagegen nur ein mäßiges Wachstum der realen Ausgaben im internationalen Reiseverkehr verzeichnet, in Europa mußte im grenzüberschreitenden Reiseverkehr ein realer

Rückgang von 1½% hingenommen werden. Die gesamten Einnahmen der Tourismuswirtschaft expandierten mit +9½% stärker als die Gesamtwirtschaft (BIP nominell +6,9%) und erreichten ein Volumen von etwa 192,4 Mrd. S; die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr wuchsen mit +9½% (164,8 Mrd. S) etwas stärker als jene im Inländerreiseverkehr (+8½%, 27,6 Mrd. S)

Der Tourismus- und Freizeitaufwand der ausländischen Gäste und der Inländer betrifft eine Vielzahl von Gütern bzw. Dienstleistungen und Produktionsbereichen. Berücksichtigt man die Ausgaben der Inländer für

Trotz der Konjunkturverflachung und der Auswirkungen der Krise am Persischen Golf hielt der Tourismusboom in Österreich 1991 an und war gemeinsam mit der Bauwirtschaft und dem Handel eine erhebliche Konjunkturstütze.

den nicht-touristischen Freizeitkonsum, so erhöht sich das Volumen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft auf etwa 364 Mrd. S. Die Aufwendungen für Tourismus und Freizeit umfassen z. B. die Ausgaben für Unterkunft, Essen in Gaststätten Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln und Getränken auf Reisen, Transport (einschließlich anteiliger Ausgaben für Pkw-Käufe für Fahrten in der Freizeit), Bekleidung, Sportartikel und -geräte Unterhaltung, Kultur und Bildung. Nach groben Schätzungen beträgt der Wertschöpfungsanteil des gesamten Sektors am BIP etwa 14½%. Etwas weniger als die Hälfte der Ausgaben werden von Ausländern getätigt, der größere Teil der Aufwendungen für Tourismus und Freizeit entfällt auf die Inländer (einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen rund 56%); sie geben ihr Freizeitbudget zu fast 90% für den Konsum am Wohnort oder im Zuge von Tagesausflügen aus, nur etwas mehr als ein Zehntel fließt in Urlaubs- und Erholungsreisen

Die österreichische Tourismuswirtschaft konnte im Vorjahr ihre Position im internationalen Vergleich – zum Teil auch wegen der positiv wirkenden Sondereffekte – weiter ausbauen. Gemessen am internationalen europäischen Tourismus verloren (neben Jugoslawien) Griechenland, Italien

Tourismus in Österreich

	Winterhalbjahre		Sommerhalbjahre	
	1989/90	1990/91	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Einnahmen</i>				
Internationaler Reiseverkehr	+ 7,1	+ 12,8	+ 12,3	+ 7,4
Binnenreiseverkehr	+ 3,5	+ 10,8	+ 10,8	+ 8,0
<i>Übernachtungen in allen Fremdenunterkünften</i>				
Ausländer	- 2,9	+ 4,9	+ 2,6	+ 5,7
Inländer	- 4,0	+ 6,3	+ 2,1	+ 5,7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Österreichische Nationalbank eigene Berechnungen

und Großbritannien Marktanteile, Spanien konnte seine Position halten; alle anderen Länder verbuchten – ähnlich wie Österreich – Gewinne

Die mittelfristige Entwicklung der österreichischen Position im Welttourismus wird dadurch charakterisiert, daß etwa Mitte der achtziger Jahre die langfristigen Marktanteilsverluste im europäischen Reiseverkehr zum Stillstand kamen; seither verbessert sich die internationale Konkurrenzposition schrittweise. Im Jahr 1988 setzte zusätzlich eine starke Erholungstendenz im österreichischen Tourismus ein, die in erster Linie von der Auslandsnachfrage getragen wurde. Ihre Ursachen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Der 1988 einsetzende internationale Konjunkturaufschwung in Verbindung mit der „Binnenmarkt-Euphorie“ und den erwachenden „Ostphantasien“ stimulierte die touristische Nachfrage im allgemeinen.
- Der österreichische Tourismus ist strukturbedingt durch den herrschenden „Südtrend“ stark benachteiligt. Die Verschlechterung der Umweltbedingungen in den Mittelmeerländern und Sättigungstendenzen in der Nachfrage nach „Sonne-Sand-Urlauben“ las-

sen den Alpenraum mit seinen weitgehend intakten Natur- und Kulturlandschaften wieder konkurrenzfähig erscheinen („Rückkehr des Bergsommers“)

- Das touristische Angebot hat sich (in einheitlicher Währung) seit 1987/88 gegenüber den europäischen Konkurrenzländern relativ verbilligt
- Die qualitative Wettbewerbsfähigkeit wurde gesteigert und Angebot sowie Organisation modernisiert.
- Die Marketingbemühungen der Österreich-Werbung und der Landesverbände (verstärkte Zielgruppenwerbung, Bildung von Angebotsgruppen, Aufbereitung spezieller Themen sowie die Bemühungen, Aktivitäten für den Ganzjahrestourismus zu forcieren) haben bereits Erfolge gebracht
- Die Veränderung der geopolitischen Lage (Ostöffnung) und die vom „erwachten“ Donauraum ausgehende Dynamik trugen dazu bei, daß Österreich als wichtiger Teil Mitteleuropas vermehrt als Reiseziel gewählt wurde

Die Erholung seit 1988 schlug sich deutlich im Wachstum der Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr

Entwicklung der Übernachtungen im Städtetourismus

	Winterhalbjahr 1990/91		Sommerhalbjahr 1991	
	Ausländer	Inländer	Ausländer	Inländer
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Städte insgesamt	- 11,4	+ 3,8	- 7,6	+ 5,3
Eisenstadt	- 8,3	+ 14,7	+ 4,1	+ 4,4
Klagenfurt	+ 15,6	- 2,6	+ 5,1	+ 4,0
Linz	+ 3,7	+ 2,9	- 6,3	+ 3,5
Salzburg	- 3,1	+ 6,1	- 6,7	+ 5,1
Graz	+ 10,3	- 2,4	- 6,4	+ 6,0
Innsbruck	- 18,7	- 1,8	- 12,1	- 12,3
Bregenz	- 4,9	+ 6,4	+ 3,3	+ 7,1
Wien	- 13,6	+ 7,4	- 8,1	+ 13,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

nieder Zwischen 1988 und 1991 wuchsen die Auslandseinnahmen durchschnittlich um 11½% pro Jahr real betragen die jährlichen Steigerungsraten rund 8%

Die Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte belebten sich seit 1988, expandierten aber mit nominell +7% bzw real +4% pro Jahr schwächer als die Ausländernachfrage

Die Wintersaison 1990/91 verlief für die österreichische Tourismuswirtschaft trotz der Golfkrise, des relativ milden Winters und der internationalen Konjunkturverflachung zufriedenstellend Die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr stiegen im Winterhalbjahr gegenüber dem Vorjahr real um rund 9% (nominell +13%) Der Aufwand je Nächtigung (ein Indikator für die Qualität der Nachfrage) wuchs real um 4%

Regional war die Entwicklung im Winterhalbjahr differenziert: Im Gegensatz zur positiven Entwicklung im übrigen Österreich (Nächtigungen +6,4%) blieb die Auslandsnachfrage im Städtetourismus (Nächtigungen

Nächtigungsentwicklung nach Unterkunftsarten

	Winterhalbjahr 1990/91	Sommerhalbjahr 1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Gewerblich Unterkünfte	+ 37	+ 48
Fünf und vier Sterne	+ 40	+ 26
Drei Sterne	+ 43	+ 70
Zwei und ein Stern	+ 28	+ 46
Privatquartiere	+ 72	+ 76
Campingplätze	+ 116	+ 33
Kinder- und Jugendherbergen	+ 25	+ 33
Jugendherbergen -gästehäuser	+ 33	+ 33
Schutzhütten	+ 66	+ 35
Heil- und Pflegeanstalten Sanatorien	-21,3	-34,4
Ferienwohnungen Ferienhäuser	+ 16,1	+ 15,0
Sonstige Fremdenunterkünfte	- 1,7	+ 4,8
Insgesamt	+ 5,2	+ 5,7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

-11½%) deutlich unter dem Niveau des Vorjahres Hier schlug sich vor allem das Ausbleiben der wegen des Golfkrieges terrorgefährdeten Gäste aus den USA und aus Großbritannien, aber auch der Italiener nieder

Die Nachfrage im Inländerreiseverkehr (real +7%, nominell +11%) stieg kräftig, wogegen die realen Ausgaben für Auslandsreisen um 1% zurückgingen Weniger Fernreisen zu „Warmwasserzielen“ wegen möglicher Terroranschläge aufgrund der Golfkrise, der Zerfall Jugoslawiens und die starke Tendenz, im Inland Winterurlaub zu machen, sind Erklärungsfaktoren für die schwache Nachfrage nach Auslandsreisen.

Für die einzelnen Bundesländer gibt der Tourismusindikator folgende Entwicklungstendenzen wieder: Die stärksten Umsatzzuwächse gegenüber der Wintersaison des Vorjahres erzielten Kärnten, Salzburg und Tirol, die anderen Bundesländer verloren nominell Marktanteile. Der Vergleich der Einnahmen- mit der Nächtigungsentwicklung zeigt, daß der Durchschnittsaufwand je Nächtigung in Kärnten, Salzburg, der Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich stärker stieg als im Österreich-Durchschnitt Die relative Preis- und Qualitätsposition – verstanden als das Verhältnis zwischen Umsatz- und Nächtigungsanteil – hat sich demnach in diesen Bundesländern verbessert, während sie in Tirol gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb und sich in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg verschlechterte.

Nach der für die österreichische Tourismuswirtschaft erfolgreichen Win-

tersaison waren die Erwartungen für die Sommersaison – trotz der zunehmenden Konjunkturschwäche – hochgesteckt Hauptgründe für den Optimismus waren die erhofften positiven Auswirkungen der Sonderereignisse und im allgemeinen die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre einsetzende Trendwende in der Nachfrage zugunsten des österreichischen Sommerangebotes sowie die allmählich greifenden Strukturverbesserungen

Angesichts der Sondereffekte – der Kämpfe am Persischen Golf und in Jugoslawien sowie der Umweltkatastrophe im italienisch-französischen Mittelmeerraum – wurde in erster Linie mit einer Umlenkung der europäischen Reiseströme gerechnet, von der Österreich partizipieren sollte.

Insgesamt betrachtet sind in der Sommersaison 1991 die erwarteten internationalen Umlenkungseffekte nur zum Teil eingetreten Offenbar

Verteilung der nominellen Marktanteile im Welttourismus

	1990	1991
	Anteile in %	
Österreich	7,12	7,44
Frankreich	10,71	11,06
Deutschland	5,67	6,07
Griechenland	1,37	1,29
Italien	10,57	9,98
Spanien	9,81	9,57
Schweiz	3,65	3,68
Großbritannien	7,39	6,64
Jugoslawien	1,46	0,19
Summe	57,75	55,92
Belgien	1,95	2,00
Dänemark	1,76	1,76
Finnland	0,62	0,72
Irland	0,77	0,78
Niederlande	1,92	2,17
Norwegen	0,81	0,82
Schweden	1,53	1,63
Portugal	1,89	2,05
Türkei	1,70	1,24
Europa insgesamt	70,71	69,10
USA	21,44	23,12
Kanada	3,38	3,49
Japan	1,90	1,65
Australien	2,02	2,15
Neuseeland	0,57	0,51
Übersee	29,31	30,92
Industrielländer insgesamt ¹⁾	100,00	100,00

Q: Internationaler Währungsfonds, eigene Berechnungen – ¹⁾ Rundungen ergeben Rechendifferenzen

Nächtigungsentwicklung nach Herkunftsländern

	Winterhalbjahr 1990/91	Sommerhalbjahr 1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ausländer insgesamt	+ 4,9	+ 5,7
Aus Deutschland	+ 9,0	+ 16,7
Aus den Niederlanden	+ 6,8	- 4,1
Aus Schweden	+ 2,8	+ 1,4
Aus Großbritannien	- 12,9	- 18,3
Aus den USA	- 37,1	- 47,6
Aus Frankreich	+ 11,3	+ 0,7
Aus Belgien Luxemburg	+ 7,3	+ 2,8
Aus der Schweiz	+ 4,7	+ 2,2
Aus Italien	- 8,8	+ 19,3
Aus Jugoslawien	+ 43,5	+ 8,1

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Verteilung der Umsätze und Nächtigungen auf die Bundesländer in der Wintersaison 1990/91

	Umsätze insgesamt		Nächtigungswirksame Umsätze ¹⁾		Nächtigungen	
	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang
Tirol	43,83	1	44,82	1	43,10	1
Salzburg	23,86	2	24,39	2	23,19	2
Vorarlberg ²⁾	10,28	3	9,62	3	7,02	4
Wien	6,34	4	7,12	4	4,54	6
Kärnten	5,40	5	4,82	5	5,80	5
Steiermark	4,21	6	4,26	6	7,28	3
Oberösterreich	3,36	7	2,40	7	4,31	7
Niederösterreich	2,20	8	2,16	8	4,08	8
Burgenland	0,52	9	0,41	9	0,69	9

¹⁾ Ohne Einnahmen von Tagesbesuchern aus dem Ausland und von Transitreisenden sowie ohne Aufwendungen von Inländern im Zuge von Aufenthalten in unentgeltlichen Unterkünften. — ²⁾ Da die Tourismusumsätze im Kleinen Walsertal nicht in Schilling erfolgen, gehen sie auch nicht in die Berechnung der Gesamteinnahmen Österreichs aus dem Tourismus ein; um jedoch ein möglichst vollständiges Bild zu liefern, wurde das Kleine Walsertal in der Ermittlung der Tourismuseinnahmen Vorarlbergs gesondert berücksichtigt.

blieb ein nicht unbedeutender Teil der zu neuen Dispositionen gezwungenen Ausländer im eigenen Land bzw zu Hause oder hat den Urlaub aufgeschoben. Dies geht auch darauf zurück, daß das Nachfragepotential zumindest in der Hochsaison aus Kapazitätsgründen nicht befriedigt werden konnte bzw kurzfristig auch nicht flexibel genug ist. Ähnliches gilt im Hinblick auf die Preise, weil ein guter Teil des freigesetzten Reisepotentials Personen mit relativ niedrigen Budgets betrifft. So liegen die durchschnittlichen täglichen Aufwendungen der Jugoslawien- und Griechenland-Besucher deutlich unter dem Europa- oder Österreich-Durchschnitt.

Trotz der „nur“ zum Teil realisierten Umlenkungsgewinne lag die Wachstumsrate der Ausländernächtigungen in der Sommersaison 1991 mit 5½% über dem mittelfristigen Trend. Dämpfend wirkten sich auf die touristische Entwicklung in der Sommersaison auch die anhaltenden Rückgänge der Auslandsnachfrage im

Städtetourismus aus, wogegen die Nächtigungsnachfrage im übrigen Österreich deutlich zunahm. Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsländern stiegen die Nächtigungen der Italiener und der Deutschen (einschließlich der Ostdeutschen) am stärksten. Zuwächse brachten im gleichen Zeitraum die Nächtigungen von Schweizern, Belgiern, Franzosen und Schweden. Rückläufig waren die Übernachtungsziffern der Niederländer sowie der Gäste aus den USA und aus Großbritannien, die vorwiegend Städtetouristen sind und den Besuch Kontinentaleuropas wegen möglicher Terroranschläge mieden.

Die Einnahmen im internationalen Reiseverkehr stiegen in der Sommersaison mit rund +7½% schwächer als im Vorjahr. Real konnte in dieser Periode ein Wachstum von 4% verzeichnet werden. Ein Vergleich mit der Nächtigungsentwicklung zeigt eine leichte Abnahme des realen Aufwands je Nächtigung (-2%) bzw. einen Ein-

bruch in der seit Mitte der achtziger Jahre anhaltenden Qualitätsverbesserung der Nachfrage. Hier wirkte sich zum Teil die Nachfrageschwäche im Städtetourismus aus, der durch überdurchschnittliche Aufwendungen je Nächtigung charakterisiert ist. Weiters war die relativ niedrige Kaufkraft der stark steigenden Zahl von Besuchern aus Ostdeutschland maßgebend; ebenso dürfte der Konjunkturabschwung in Europa und in Übersee zu im allgemeinen vorsichtigeren Ausgabendispositionen beigetragen haben; zusätzlich muß in Rechnung gestellt werden, daß die temporär von den „reichen“ Haushalten Westdeutschlands zu leistenden Transferzahlungen zur Finanzierung Ostdeutschlands deren Reisebudgets beschränken, soweit dies nicht durch die Auflösung von Ersparnissen ausgeglichen wird.

Die Nachfrage der Österreicher nach Inlandsaufenthalten stieg im Sommer 1991 relativ kräftig (Übernachtungen +5½%); der Aufwand je Nächtigung sank jedoch leicht unter das Vorjahresniveau. Im Reiseverhalten der Inländer wirkten sich ebenso die Terrorangst (in bezug auf Fernreisen) und die Jugoslawien-Krise aus, sodaß die Österreicher lieber im Inland Urlaub machten und dabei verstärkt billigere Quartiere frequentiert haben dürften. Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen stagnierten in der Sommersaison 1991 real, nominell war ein Anstieg von 4½% zu verzeichnen.

Von den einzelnen Bundesländern verzeichneten laut Tourismusindikator Kärnten, Salzburg und Tirol die stärksten Umsatzzuwächse gegenüber der Sommersaison des Vorjahres. Das Burgenland, Oberösterreich und Vorarlberg konnten ihre Positionen etwa halten, die anderen Bundesländer verloren Marktanteile. Der Vergleich der Einnahmen mit der Nächtigungsentwicklung zeigt, daß der Durchschnittsaufwand je Nächtigung in Kärnten, Oberösterreich, dem Burgenland, Salzburg und Wien stärker stieg als im Österreich-Durchschnitt. In Tirol und der Steiermark verschlechterte sich die relative Qualitäts- und Preisposition, Vorarlberg konnte seine Stellung etwa behaupten.

Egon Smeral

Verteilung der Umsätze und Nächtigungen auf die Bundesländer in der Sommersaison 1991

	Umsätze insgesamt		Nächtigungswirksame Umsätze ¹⁾		Nächtigungen	
	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang	Anteile in %	Rang
Tirol	31,62	1	30,32	1	30,55	1
Kärnten	18,08	2	19,91	2	19,49	2
Salzburg	17,79	3	17,18	3	16,33	3
Wien	10,98	4	12,64	4	5,73	7
Steiermark	5,11	7	5,32	5	7,60	5
Oberösterreich	5,61	6	5,07	6	7,69	4
Vorarlberg ²⁾	5,91	5	4,43	7	4,29	8
Niederösterreich	3,32	8	3,47	8	5,89	6
Burgenland	1,59	9	1,67	9	2,44	9

¹⁾ Ohne Einnahmen von Tagesbesuchern aus dem Ausland und von Transitreisenden sowie ohne Aufwendungen von Inländern im Zuge von Aufenthalten in unentgeltlichen Unterkünften. — ²⁾ Da die Tourismusumsätze im Kleinen Walsertal nicht in Schilling erfolgen, gehen sie auch nicht in die Berechnung der Gesamteinnahmen Österreichs aus dem Tourismus ein; um jedoch ein möglichst vollständiges Bild zu liefern, wurde das Kleine Walsertal in der Ermittlung der Tourismuseinnahmen Vorarlbergs gesondert berücksichtigt.

Günstige Konsumententwicklung bei hoher Sparneigung

1991 gaben die Österreicher nach vorläufigen Berechnungen nominell (zu laufenden Preisen) 1 054,4 Mrd S für Konsumzwecke aus. Das ist um 6,3% (nominell) bzw. 2,8% (real) mehr als ein Jahr zuvor. Das reale Wachstum lag etwa im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (1986/1990 +2,9% pro Jahr).

Entgegen der internationalen Entwicklung hatte die Sparquote in Österreich nach 1986 steigende Tendenz und erreichte 1990 einen historischen Höchstwert. Neben transitorischen Effekten der Steuerreform sowie statistischen Problemen bei der Erfassung der Einkommen sind Konventionen der VGR dafür verantwortlich. Die Sparquote enthält nach VGR-Konvention auch die Investitionen kleinerer Unternehmen sowie die Wohnbauinvestitionen der privaten Haushalte; diese entwickelten sich in den letzten Jahren recht günstig.

Im Jahresverlauf hat sich das reale Konsumwachstum gegenüber dem Vorjahr leicht beschleunigt, und zwar von +2,3% in der ersten Jahreshälfte auf +3,1% in der zweiten Saisonbereinigt¹²⁾ übertrafen die Ausgaben der privaten Haushalte im Durchschnitt der Monate Juli bis Dezember jene von Jänner bis Juni um 1,3%.

Die Sparquote verharrte 1991 etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres – nicht zuletzt infolge von internationalen Krisen und der damit einhergehenden Verschlechterung der Konsumentenstimmung. Nach ersten Berechnungen stieg das persönlich verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ähnlich wie der private Konsum 1991 um 6,4%. Die Masseneinkommen, d. h. die Nettoeinkommen der Unselbständigen, wuchsen 1991 (+7,4%) im Gegensatz zu den letzten fünf Jahren (ausgenommen

Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Sparen ¹⁾	Konsumkredite ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd S	
1988	+5,1	+2,3	+ 60,80	+23,38
1989	+5,5	+8,6	+ 82,13	+27,95
1990	+6,9	+6,4	+104,51	+33,67
1991	+6,3	+7,4	+116,16	+37,57
1991 IV Quartal	+6,3	+6,8		

¹⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten – ²⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis

1989 infolge der Steuerreform) stärker als das verfügbare Einkommen insgesamt.

Da unterjährig nur Informationen über das Masseneinkommen verfügbar sind, kann die Entwicklung der Sparquote im Jahresverlauf nur durch eine Gegenüberstellung von Konsumausgaben und Masseneinkommensentwicklung erfaßt werden. Demnach war die Sparquote besonders im 1. Halbjahr hoch.

Die hohe Sparneigung spiegelt sich auch im Bankensparen. Die Spar-, Sicht- und Termineinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten nahmen 1991 per Saldo um rund 116 Mrd S zu, um 11,1% stärker als vor einem Jahr. Gleichzeitig stiegen die Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an diese Personengruppen), die das (volkswirtschaftliche) Sparen verringern, per Saldo um rund 3 Mrd S – um 11,6% stärker als 1990.

Das Konsumklima, das erfahrungsgemäß deutlich auf (internationale) Krisenmeldungen reagiert (insbesondere auf die allgemein gehaltenen Fragen) hat sich 1991 verschlechtert. Nach Erhebungen des Instituts für empirische Sozialforschung (Ifes) war der „Vertrauensindex“ (das arithmetische Mittel der erwarteten Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Jahresdurchschnitt um rund 6% niedriger als ein Jahr zuvor. Die Einschätzung der Arbeitslosigkeit (–31%) hat sich deutlich verschlechtert, und die Preisstabilität (–2%) wird ebenfalls pessimistischer gesehen.

Von der relativ günstigen Entwicklung der Konsumnachfrage im Jahr 1991 profitierte auch das Ausland. Die Importe von Konsumgütern wuchsen 1991 stärker als die Konsumausgaben. Dadurch war die Importquote des privaten Konsums um rund ½ Prozentpunkt höher als 1990.

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1976/1989	1990	1991	1991 IV Qu
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nahrungsmittel und Getränke	+ 1,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,6
Tabakwaren	+ 0,2	– 1,8	+ 3,1	+ 0,3
Kleidung	+ 1,3	+ 2,9	– 1,3	+ 0,0
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+ 2,5	+ 5,5	– 1,5	– 4,0
Heizung und Beleuchtung	+ 2,2	+ 3,0	+10,0	+12,2
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+ 4,0	+ 3,2	+ 1,8	+ 3,4
Verkehr	+ 2,8	+ 6,0	+ 4,3	+ 4,1
Warendirektimporte	+ 1,6	+ 2,3	– 0,5	+ 2,8
Sonstige Güter und Leistungen	+ 2,5	+ 2,6	+ 4,1	+ 4,5
Privater Konsum insgesamt	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,8	+ 3,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,8	+ 7,2	+ 1,0	– 0,7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt; eigene Berechnungen; vorläufige Werte – ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung

¹²⁾ Das verwendete auf Hillmer – Tiao zurückgehende Saisonbereinungsverfahren beruht auf der Schätzung eines geeigneten ARIMA-Modells der betrachteten Zeitreihe und einer kanonischen Komponentenzersetzung.

Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter reagieren erfahrungsgemäß besonders deutlich auf Verschlechterungen der Konsumentenstimmung und Konjunkturschwankungen. Die internationale Konjunkturabschwächung sowie die Meldungen über Krisen (Golfregion, Umweltkatastrophe im Ligurischen Meer, Bürgerkrieg in Jugoslawien) dämpften daher 1991 die Konsumbereitschaft der Österreicher für diese Güter. Real waren die Ausgaben der privaten Haushalte für dauerhafte Konsumgüter um nur 1% höher als ein Jahr zuvor. Das ist die niedrigste Zuwachsrate seit 1984, als die Mehrwertsteuererhöhung einen Rückgang der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter ausgelöst hatte.

Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wächst unterdurchschnittlich

Im Jahresverlauf entwickelte sich die Nachfrage nach diesen Gütern 1991 unterschiedlich. Im 1. Halbjahr (+2,3%) war sie höher als ein Jahr zuvor, im 2. hingegen niedriger (-0,3%). Saisonbereinigt sanken die Ausgaben im II (-1,6%) und III Quartal (-0,4%) gegen Jahresende (IV. Quartal +1,0%) nahmen sie jedoch wieder zu.

Unter den dauerhaften Konsumgütern war 1991 die Nachfrage nach Pkw besonders lebhaft. Real gaben die privaten Haushalte um 6,7% mehr aus als ein Jahr zuvor, nicht zuletzt weil die bevorstehende Abschaffung des erhöhten Mehrwertsteuersatzes und Einführung der Normverbrauchsabgabe (NOVAG) gegen Jahresende Vorkäufe auslöste. Dementsprechend lagen die Ausgaben im IV. Quartal um 16,0% über dem Vorjahresniveau. Die Verschiebung zu den größeren Hubraumklassen, die durch die NOVAG verteuert werden, war sehr ausgeprägt. Die Neuzulassungen (+2,7%) stiegen deshalb wesentlich schwächer als die Ausgaben (real +6,7%, insbesondere im IV. Quartal: Neuzulassungen +8,7%, Ausgaben real +16%), und die Neuzulassungen in der Hubraumklasse über 1750 cm³ nahmen deutlich überdurchschnittlich zu (Durchschnitt 1991 +7,1% gegenüber +2,7% insgesamt, IV. Quartal +20,5% bzw. +8,7%). Sehr lebhaft war auch die Nachfrage nach Motor-

rädern (Jahresdurchschnitt +18,4%, IV. Quartal +30,1%), während jene nach Mopeds (-19,8% bzw. -24,0%) wie schon im Vorjahr deutlich schrumpfte. Die Nachfrage nach Fahrrädern stagnierte auf dem allerdings sehr hohen Vorjahresniveau.

Der Einzelhandel mit Uhren und Schmuckwaren (+10,1%) verzeichnete einen lebhaften Geschäftsgang, ebenso jener mit optischen und feinmechanischen Erzeugnissen (+5,8%). Die Umsätze mit Möbeln und Heimtextilien (+1,9%) lagen nur knapp über dem Vorjahresniveau, während jene mit elektrotechnischen Erzeugnissen (-4,6%) und insbesondere mit Haushalts- und Küchengeräten (-16,0%) deutlich darunter blieben.

Entgegen dem langfristigen Trend und insbesondere der Entwicklung seit 1988 wuchs im abgelaufenen Jahr die Nachfrage nach den übrigen Waren und Leistungen (real +3%) etwas stärker als der Gesamtkonsum (real +2,8%). Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß sich die Ausgaben für Güter des täglichen Bedarfs, die den Großteil dieser Verbrauchsgruppe ausmachen, eher dem Trend entsprechend entwickeln und von Konjunktur- und Stimmungsschwankungen weitgehend unabhängig sind.

Unterjährig hat sich die Nachfrage nach den übrigen Waren und Dienstleistungen belebt. Der reale Zuwachs beschleunigte sich von 2,3% im 1. Halbjahr auf 3,7% im 2. Halbjahr.

1991 expandierten die Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Erholung entgegen dem langfristigen Trend nur unterdurchschnittlich (real +1,8%). Diese Entwicklung ist hauptsächlich

auf die durch Sonderfaktoren geprägten Urlaubsausgaben zurückzuführen. Rund die Hälfte der von Österreichern überwiegend besuchten Urlaubsgebiete war 1991 von Krisen betroffen: Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsurlaube stagnierten vor allem aufgrund des Krieges am Persischen Golf, der Krise in Jugoslawien sowie der Umweltkatastrophe im Ligurischen Meer. Zum Teil wurden 1991 Auslands- durch Inlandsurlaube substituiert. Dementsprechend stieg die Nachfrage nach Inlandsurlauben (+5,2%) entgegen dem langfristigen Trend überdurchschnittlich. Die Urlaubsausgaben insgesamt waren 1991 um nur 1,2% höher als 1990.

Mäßig war 1991 auch die Nachfrage nach Büchern (+0,5%) und Kinos (+0,8%) wurden ebenfalls nur knapp mehr besucht als vor einem Jahr, für die Theaterbesuche (+3,3%) fiel die Steigerung deutlicher aus. Die Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel (+2,2%) lagen – im Gegensatz zum Individualverkehr (+6,5%) – nur knapp über dem Vorjahresniveau. Wegen der ungünstigen Witterung vor allem in der ersten Jahreshälfte erreichten die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung (+10,0%) deutlich höhere Werte als im Vorjahr; insbesondere der Aufwand für Gasöl für Heizzwecke (+15,2%) stieg stark. Im Einzelhandel mit Textilwaren (-0,9%) und Schuhen (-3,3%) sowie insbesondere Leder- und Lederersatzwaren (-16,5%) schlugen sich im Frühjahr die niedrigen Temperaturen jedoch in einem ungünstigen Geschäftsgang nieder. Sehr gut entwickelten sich hingegen die Umsätze im Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen (+16,7%). Die Ausgaben für die Verbrauchsgruppe Körper- und Gesund-

Umsätze im Groß- und Einzelhandel

Real

	Ø 1973/1989 Jährliche Veränderung in %	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 IV. Qu Veränderung gegen das Vorjahr in %
Großhandel	+4,0	+2,2	+5,3
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genussmittel	+3,2	+1,0	+2,5
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+1,5	+3,3	+4,9
Fertigwaren	+5,3	+5,7	+6,7
Einzelhandel	+2,1	+4,5	+4,7
Dauerhafte Konsumgüter	+3,5	+5,8	+5,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+1,6	+3,9	+3,9

Q. Indizes des Österreichischen Statistischen Zentralamtes Ø 1973 = 100

Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel*Nominell*

	Ø 1973/1989 Jährliche Veränderung in %	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 IV Qu
<i>Großhandel</i>				
Umsätze	+6,8	+4,9	+5,6	+1,7
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+5,0	+4,4	+4,2	-0,4
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+5,5	+6,7	+2,5	-2,6
Fertigwaren	+7,5	+8,2	+7,5	+6,0
Wareneingänge	+7,1	+3,8	+4,4	+0,4
<i>Einzelhandel</i>				
Umsätze	+5,7	+7,0	+7,5	+7,3
Dauerhafte Konsumgüter	+6,7	+7,8	+8,0	+7,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+5,3	+6,7	+7,0	+7,1
Wareneingänge	+5,6	+6,1	+9,7	+9,8

Q. Indizes des Österreichischen Statistischen Zentralamtes Ø 1973 = 100. Nettowerte (ohne Mehrwertsteuer)

heitspflege übertrafen das Vorjahresniveau um 7,4%.

Lebhafter Geschäftsgang im Handel

Der Geschäftsgang des Einzelhandels hängt von der Entwicklung der Ausgaben der Inländer im Inland und der Einnahmen Österreichs im internationalen Reiseverkehr ab. Die Voraussetzungen waren für den Geschäftsgang des Einzelhandels 1991 günstig: Aufgrund der schwachen Entwicklung der Aufwendungen für Auslandsurlaube stiegen 1991 die Ausgaben der Inländer im Inland (real +3%) stärker als der Gesamtkonsum. Darüber hinaus profitierte Österreich von der durch die Sondereffekte ausgelösten Umlenkung der europäischen Reiseströme¹³⁾. Die Jugoslawienkrise hatte wohl ein Ausbleiben jugoslawischer Einkaufstouristen in den wirtschaftlich wenig entwickelten Grenzgebieten Kärntens und der Steiermark zur Folge¹⁴⁾. Im Österreich-Durchschnitt waren davon jedoch kaum negative Effekte zu erwarten.

Der Einzelhandel verkaufte 1991 real um 4,7%, nominell um 7,5% mehr als ein Jahr zuvor. Das reale Wachstum war knapp höher als 1990 und lag deutlich über dem Durchschnitt von 1973 bis 1989.

Eine Umstellung der amtlichen Statistik beeinträchtigt die Beurteilung der

Entwicklung in den einzelnen Monaten und Branchen¹⁵⁾. Laut amtlicher Statistik war das Einzelhandelswachstum in der zweiten Jahreshälfte (real +5,4%) höher als in der ersten (+4,0%). Die Umsätze mit dauerhaften Konsumgütern (real +5,6%) nahmen im Durchschnitt 1991 überdurchschnittlich zu. Dies war ausschließlich dem günstigen Geschäftsgang in der ersten Jahreshälfte zuzuschreiben (dauerhafte Güter +6,4%, insgesamt +4,0%). Im 2. Halbjahr nahmen hingegen die Umsätze mit dauerhaften Konsumgütern (+5,0%) trotz der Pkw-Vorkäufe vor der Einführung der Normverbrauchsabgabe schwächer zu als die des Einzelhandels insgesamt (+5,4%). Zuletzt hatten 1984 infolge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes die Verkäufer dauerhafter Konsumgüter einen schwächeren Geschäftsgang als der Handel insgesamt verzeichnet.

Das Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels (definiert als die Differenz zwischen dem kalenderbereinigten Dezember-Umsatz und einem Normalmaß) verlief 1991 günstig und erreichte den vom WIFO prognostizierten Wert (real +4,5%). Die Abweichungen zu pessimistischeren vorläufigen Meldungen gehen neben Unterschieden zwischen den Branchen (die Stichprobe des Zentralamtes enthält insbesondere im Bereich der dauerhaften Konsumgüter mehr Branchen)

und Umstellungsproblemen auch auf die Umsatzentwicklung unmittelbar vor und nach Weihnachten zurück: Die „Fensterstage“ (23., 27., 30. Dezember) wurden intensiv für Einkäufe genutzt. Dies wird von Erhebungen des Instituts für Handelsforschung bestätigt. Dieses Phänomen kann auch damit erklärt werden, daß die immer üblicher werdenden Geldgeschenke 1991 noch im Dezember in den Handel flossen.

Der Großhandel setzte 1991 real um 5,3%, nominell um 5,6% mehr um als vor einem Jahr. Der Geschäftsgang hat sich parallel mit der internationalen Konjunkturverschlechterung im Jahresverlauf abgeschwächt. Die Umsätze wuchsen im 2. Halbjahr (+4,4%) deutlich langsamer als im 1. Halbjahr (+6,4%).

Einen überdurchschnittlichen Geschäftsgang verzeichnete 1991 der Großhandel mit Fertigwaren (+6,7%). Die Umsätze mit Rohstoffen und Halberzeugnissen (+4,9%) sowie, als Folge schlechter Ernten, insbesondere jene mit Agrarprodukten (+2,5%) expandierten weniger als die Umsätze insgesamt.

Die Lager des Einzelhandels wurden 1991 tendenziell aufgebaut, die des Großhandels hingegen abgebaut. Die Wareneingänge nahmen 1991 im Einzelhandel (+9,7%) stärker zu als die Umsätze (nominell +7,5%) im Großhandel hingegen schwächer (Umsätze +5,6%, Wareneingänge +4,4%).

Michael Wüger

Stabile Preis- und schwache Einkommensentwicklung

Mit der Abschwächung der Konjunktur ging 1991 auch der Preisauftrieb weltweit leicht zurück. Ausschlaggebend dafür waren die sinkenden Rohstoffpreise. In Österreich, wo die Konjunktur noch länger anhielt, blieb die

¹³⁾ Allein ein Fünftel ihrer Urlaubsausgaben in Österreich wenden Ausländer für „Shopping“ auf.

¹⁴⁾ Nach Umfragen der Handelskammern war in den Grenzgebieten Kärntens und der Steiermark ein Ausfall der Käufe jugoslawischer Einkaufstouristen gegenüber einem Normaljahr von 20% bis 40% zu beobachten.

¹⁵⁾ 1991 wurde aufgrund der Handelserhebung 1988 eine neue Stichprobe gezogen, die jene aus der Handelserhebung 1983 ersetzt. Da alte und neue Stichprobe wegen der Dynamik und des Strukturwandels des Handels nur bedingt miteinander vergleichbar sind, berechnet das ÖSTAT Korrekturfaktoren für die Verkettung von Beobachtungen laut alter (Handelserhebung 1983) und neuer Stichprobe (Handelserhebung 1988). Diese Korrekturfaktoren können jedoch nur auf Jahresdurchschnittsbasis errechnet werden. Besser gesichert sind die Ergebnisse auf höherem Aggregationsniveau.

Entwicklung der Preise

	Ø 1981/1991 Jährliche Veränderung in %	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Weltmarktpreise insgesamt¹⁾			
Dollarbasis	- 3,9	+ 17,5	- 12,9
Schillingbasis	- 6,8	+ 0,2	- 9,9
Ohne Energierohstoffe	- 3,0	- 14,0	- 7,2
Nahrungs- und Genussmittel	- 6,3	- 21,9	- 3,7
Industrierohstoffe	- 1,2	- 10,6	- 8,6
Agrarische Industrierohstoffe	- 0,9	- 5,4	- 11,5
NE-Metalle	- 2,0	- 22,4	- 11,3
Energierohstoffe	- 8,1	+ 7,9	- 11,0
Stahlexportpreise ²⁾	- 1,7	- 22,7	- 5,4
Preisindex des Brutto-Inlandsproduktes			
Importpreise ³⁾	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,8
Exportpreise ³⁾	+ 0,1	- 0,5	+ 0,3
Exportpreise ⁴⁾	+ 0,7	+ 0,1	- 0,2
Preisindex des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,9
Investitionsgüter	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,3
Bauten	+ 3,6	+ 3,6	+ 5,6
Ausrüstungsinvestitionen	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6
Privater Konsum	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,5

¹⁾ HWWA-Index, Neuberechnung mit Basis 1975. — ²⁾ Q: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Fachserie 17 Reihe 11), eigene Berechnungen. — ³⁾ Schätzung — ⁴⁾ Im engeren Sinn (ohne Dienstleistungen) WIFO-Schätzung laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung

Inflationsrate mit 3¼% auf dem Vorjahresniveau

Weiter fallende Rohwarenpreise

Auf den internationalen Rohwarenmärkten sind 1991 die Preise kräftig gesunken. Die Dollarpreise nicht-energetischer Rohstoffe, die zuletzt im Zuge des internationalen Konjunkturaufschwungs 1987/88 stark gestiegen und seither weitgehend stabil gewesen waren, gaben im Vorjahr um

Billige Energie und Rohwaren neutralisierten die Verteuerung von Mieten, Nahrungsmitteln und Dienstleistungen.

9,5% nach. Bis zum I. Quartal zogen die Notierungen der Industrierohstoffe noch an, seither fallen sie kontinuierlich. Am stärksten gerieten die Weltmarktpreise von Nahrungs- und Genussmitteln unter Druck: Sie erreichten zur Jahresmitte das tiefste Niveau seit Bestehen des Index 1974, ziehen seither aber leicht an.

Die Energierohstoffe hatten sich schon 1989 und vor allem 1990 im Zuge der Golfkrise stark verteuert. Seit Mitte 1991 werden sie deutlich billiger; im Jahresdurchschnitt notierten sie in Dollar um 14,3% niedriger als im Jahr zuvor.

Insgesamt sanken die Weltmarktpreise für Rohwaren laut HWWA-Index

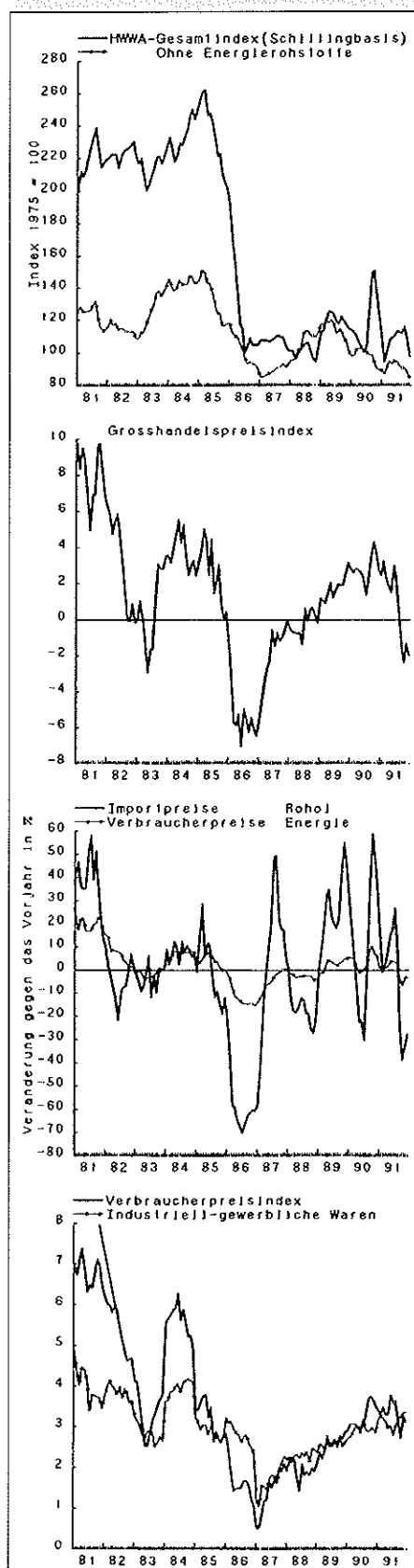
1991 um fast 12,9%. Da jedoch der Dollar gegenüber dem Schilling leicht aufwertete (+2,7%), waren Rohwaren für die heimischen Verarbeiter um rund 10% billiger als im Vorjahr. Dennoch verteuerten sich die Warenimporte laut VGR um 0,3%.

Die rückläufigen Weltmarktpreise schlugen sich auch in der heimischen Preisentwicklung nieder: Auf der Großhandelsebene kosteten vor allem Mineralölzeugnisse (-0,7%) und Intermediärgüter (-0,6%) weniger als 1990; die Preise von Eisen, Stahl und Halbzeug sanken um 4,8% und jene von Nichteisen-Metallen um 11,2%. Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter wurden dagegen um 2,6% bzw. 1,7% teurer. Der Großhandelspreisindex stieg insgesamt um 0,8%. Ohne Saisonwaren betrug die Steigerung 0,6%, da sich die Saisonwaren mit +11,6% überproportional verteuerten.

Teurere Mieten, Nahrungsmittel und Dienstleistungen

Auf der Endverbraucherebene blieb der Preisauftrieb mit 3,3% gegenüber 1990 unverändert. Die Saisonwarenpreise hatten schon 1990 um 12,6% angezogen und stiegen neuerlich um 12%. Auch die Preise der Verbrauchergüter Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen (+5,0%), nicht preisgeregelt Dienstleistungen (+4,3%) sowie Nahrungsmittel und Getränke (+4,1%) erhöh-

Überblick über die Preisentwicklung



ten sich überdurchschnittlich. Deutlich weniger als der Verbraucherpreisindex insgesamt stiegen die Preise preisgeregelter Nahrungsmittel (+1,2%) und Dienstleistungen

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1981/1991 Jährliche Veränderung in %	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Index der Verbraucherpreise	+3,2	+3,3	+3,3
Saisonwaren	+2,7	+12,6	+12,0
Nicht-saisonwaren	+3,2	+3,1	+3,2
Verbrauchsgruppen			
Ernährung und Getränke	+2,7	+3,0	+4,1
Tabakwaren	+4,3	+0,2	+1,3
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,8	+4,0	+5,0
Beleuchtung und Beheizung	+0,6	+2,8	+2,0
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+2,9	+3,0	+2,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+3,1	+3,2	+3,8
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+3,2	+2,7	+4,8
Körper- und Gesundheitspflege	+4,2	+4,3	+4,6
Freizeit und Bildung	+3,7	+3,7	+2,7
Verkehr	+3,0	+3,0	+1,7
Gliederung nach Warenart			
Nahrungsmittel	+2,4	+2,8	+4,1
Tabakwaren	+4,3	+0,2	+1,3
Industrielle und gewerbliche Waren	+2,9	+2,9	+3,2
Dienstleistungen (nicht preisregelt)	+4,6	+4,6	+4,3
Tarife (ohne Strom und Gas)	+4,3	+1,4	+2,2
Energie	+0,2	+4,2	± 0,0
Mieten	+6,1	+4,2	+4,8
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+4,2	+3,4	+4,5

(+2,2%); die Energiepreise blieben auf der Endverbraucherebene im Durchschnitt gegenüber 1990 unverändert

Großes Arbeitskräfteangebot dämpft Verdienstenwicklung

Die Belebung der Konjunktur Ende der achtziger Jahre spiegelt sich mit einer gewissen Verzögerung in der Lohnentwicklung 1991.

Die für das Berichtsjahr bestimmten Lohnabschlüsse lagen mit +7%

Die Effektivverdienste blieben in der Gesamtwirtschaft 1991 um ½ Prozentpunkt hinter den Tariflohnsteigerungen zurück; während in der Industrie die Lohndrift deutlich negativ war, verzeichnete die Bauwirtschaft nach vielen Jahren gedämpfter Einkommensentwicklung die stärkste positive Lohndrift seit 1975.

(Tarifvereinbarung) und +6,3% (Ist-Lohnvereinbarung) um 1 bzw. 0,8 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. In der Privatwirtschaft wurde im Durchschnitt auch eine Tariflohnsteigerung von 7,0% erreicht (1990 +5,9%). Die Entwicklung war aber in den einzelnen Wirtschaftssektoren sehr unterschiedlich: Während in der Sachgüterproduktion mit +7,9% in

der Bauwirtschaft, +7,4% in der Industrie und +7,3% im Gewerbe die Tariflöhne überdurchschnittlich zunahmen, blieben sie in den Dienstleistungssektoren mit rund +6½% um etwa ½ Prozentpunkt zurück. Im öf-

fentlichen Dienst, dessen Gehaltsabkommen eine Anhebung der Schemagehälter um 5,9% vorsah, stieg der Tariflohnindex um 6,4%, da sich aufgrund des Nachschlags von 350 S im April 1990 ein Basiseffekt ergibt. Mit +6,8% wurden die Tariflöhne im Tourismussektor stärker angehoben als in den übrigen Dienstleistungsbereichen. Wie schon seit Jahren blieben auch 1991 die Mindestlöhne der Angestellten der Freien Berufe (+3,0%) und der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft (+5,8%) am weitesten zurück. Insgesamt stieg der Tariflohnindex 1991 um 6,9%.

Deutlich schwächer als die Tariflöhne entwickelten sich die Effektivverdienste. Die Leistungseinkommen je unselbständig Beschäftigten wuchsen 1991 im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft um 6,3% (1990 +5,4%). Das große Angebot „billiger“ ausländischer Arbeitskräfte und der Abbau von Überstunden dämpften die Verdienstenwicklung und bewirkten in der Gesamtwirtschaft eine negative Lohndrift von ½ Prozentpunkt.

Die Spaltung der Konjunktur – die Industrie wurde von der internationa-

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+6,2	+7,3	+5,3 ¹⁾	+6,6 ¹⁾	+5,6	+6,9
Ohne öffentlichen Dienst	+6,2	+7,3	+5,3 ¹⁾	+6,7 ¹⁾	+5,9	+7,0
Gewerbe	+6,1	+7,5	+5,8	+7,0	+6,0	+7,3
Baugewerbe	+6,4	+8,0	+6,0	+7,7	+6,3	+7,9
Industrie	+6,6	+7,5	+6,6	+7,4	+6,6	+7,4
Handel	+5,7	+6,8	+5,8	+6,6	+5,8	+6,6
Verkehr	+4,8	+6,6	+4,8 ¹⁾	+6,4 ¹⁾	+4,8	+6,5
Fremdenverkehr	+5,8	+7,1	+3,9	+5,9	+5,3	+6,8
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen			+6,0	+6,2	+6,0	+6,2
Freie Berufe			+3,6	+3,0	+3,6	+3,0
Land- und Forstwirtschaft	+4,8	+5,8	+4,8	+6,3	+4,8	+5,9
Öffentlicher Dienst			+4,5 ²⁾	+6,4 ²⁾	+4,5	+6,4

¹⁾ Angestellte und Bedienstete — ²⁾ Bedienstete

Effektivverdienste

	Ø 1981/1991 Jährliche Veränderung in %	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 in S
Gesamtwirtschaft				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+4,9	+5,4	+6,3	23 473
Industrie				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+5,4	+7,5	+5,7	26 583
Netto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+5,2	+6,7	+4,7	19 430
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter	+5,1	+7,1	+5,7	127 80
Bauwirtschaft				
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	+4,6	+5,8	+9,3	22 720
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter	+4,4	+5,2	+9,5	119 50

Masseneinkommen

	Ø 1981/1991 Jährliche Veränderung in %	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991
Private Lohn- und Gehaltssumme brutto	+5,5	+ 8,2	+ 8,4
Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme brutto	+5,8	+ 6,3	+ 8,9
Leistungseinkommen brutto	+5,5	+ 7,8	+ 8,5
Je Beschäftigten	+4,9	+ 5,4	+ 6,3
Real ¹⁾	+1,7	+ 2,0	+ 2,9
Transfereinkommen brutto	+6,5	+ 7,1	+ 8,0
Abzüge insgesamt	+6,2	+12,5	+12,0
Masseneinkommen netto	+5,7	+ 6,4	+ 7,4
Real ¹⁾	+2,5	+ 3,0	+ 4,0

¹⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex

len Rezession erfaßt, die Bau- und Tourismussachfrage blieb lebhaft – brachte eine sehr differenzierte Verdienstenwicklung mit sich: Die Monatsverdienste der Industriebeschäftigten und die Stundenverdienste der Industriearbeiter wuchsen 1991 um nur 5,7% (1990 +7,5% bzw +7,1%) Damit weist die Industrie 1991 den stärksten Abbau von Überzahlungen seit 1975 aus. Die Beschäftigten der Bauwirtschaft erzielten dagegen die höchste positive Lohndrift seit 1975 (+1,4%): Die Monatsverdienste der Beschäftigten in der Bauwirtschaft lagen um 9,3%, die Stundenverdienste

der Bauarbeiter um 9,5% über dem Vorjahresniveau

Durch die kräftige Ausweitung der Beschäftigung (+2,0% ohne Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen) erreichte das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme in der Gesamtwirtschaft 8,5% War die öffentliche Lohn- und Gehaltssumme 1990 um fast 2 Prozentpunkte hinter der Entwicklung der privaten Lohnsumme zurückgeblieben, so nahm sie 1991 mit +8,9% deutlich stärker zu. Die Abzüge wuchsen nach vorläufigen Berechnungen mit +12% stärker als die Transferlei-

stungen (+8%); damit erreichte der Zuwachs der Netto-Masseneinkommen 7,4% (1990 +6,4%) Bei einer Teuerung von 3,3% laut Verbraucherpreisindex beschleunigte sich der Anstieg der Massenkaufkraft 1991 mit +4% gegenüber 1990 um 1 Prozentpunkt Pro Kopf überstiegen somit die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer das Vorjahresniveau real um 1,8%

Herbstlohnabschlüsse um 1½ Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr

Die Frühjahrslohnrunde folgte im wesentlichen der im Herbst vorgegebenen Linie: Die Ist-Lohnabschlüsse lagen durchwegs bei 6,3%. Die Tariflohnvereinbarungen berücksichtigten im Sinne der Mindestlohnforderung des ÖGB auch weiterhin die untersten Lohngruppen stärker, die 8%-Marke des Abschlusses der Metallarbeiter und Industrieangestellten erreichten aber nur die Bauwirtschaft und die Chemieindustrie Die meisten Tariflohnabschlüsse der Frühjahrslohnrunde machten 7¼% aus

In der Herbstlohnrunde schlug sich die Abschwächung der Konjunktur nieder, von der die Metallbranche schon voll erfaßt worden war: Die Ist-Lohnabschlüsse fielen um 1½ und jene für die Tariflöhne rund 2 Prozentpunkte niedriger aus als im Vorjahr.

Für die Metallarbeiter, deren Abschluß für die gesamte Lohnrunde Beispielwirkung zukommt, vereinbarten die Tarifparteien eine Anhebung der Tariflöhne um 6,2% und der Ist-Löhne um 4,8% Das Metallgewerbe sowie die Industrie- und Gewerbeangestellten folgten diesem Abschluß. Wie im Jahr zuvor wurden die untersten Lohngruppen zum Teil stärker angehoben. So vereinbarten die Handelsangestellten (Tariflöhne +5,3%) für die unterste Gehaltsgruppe und die Lehrlinge eine Steigerung um 5,6%. Die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen spiegelt sich im Gehaltsabschluß des öffentlichen Dienstes von +4,3% Allerdings wurde eine Mindesthöhung von 630 S vereinbart, sodaß auch im öffentlichen Dienst die niedrigsten Gehälter um gut 6% angehoben wurden.

Lohnrunde 1991

	Kollektivvertragsabschluß		
	Zeitpunkt	Mindestlöhne ¹⁾ Erhöhung in %	Ist-Löhne
Öffentlicher Dienst	Jänner	+5,8 ²⁾	
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+8,0	+ 6,3
Erdölverarbeitung	Februar	+7,8	+ 6,3
Bekleidungsindustrie	März	+6,7 ³⁾	+350 S
Druck und Grafik	April	+7,7	
Textilindustrie	April	+7,5	+ 6,0
Stein- und keramische Industrie	Mai	+7,4	+ 6,0
Bauwirtschaft	Mai	+8,0	
Bauhilfs- und -nebgewerbe	Mai	+7,4	
Holzverarbeitung	Mai	+7,7	+ 6,3
Chemische Industrie	Mai	+8,1	+ 6,3
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+7,3	
Glasindustrie	Juni	+7,7 ⁴⁾	+ 6,3
Papierindustrie	Juli	+7,7	
Metallindustrie	November	+6,3	+ 4,8
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+6,6	
Banken	Februar	+6,1 ⁵⁾	
Holzverarbeitung	März	+7,3	+ 6,2
Versicherungen	April	+6,5	
Textilindustrie	April	+5,7	
Glasindustrie	November	+6,2	+ 4,8
Chemische Industrie	November	+6,1	+ 4,8
Papierindustrie	November	+6,2	+ 4,8
Stein- und keramische Industrie	November	+6,0	+ 4,8
Metallindustrie	November	+6,2	+ 4,8

¹⁾ Laut Tariflohnindex – ²⁾ April +0,1% – ³⁾ Mai +0,5% – ⁴⁾ Mai +1,1% Juni +6,6% – ⁵⁾ Jänner +0,4% Februar +5,6%

Alois Guger

Konjunkturdämpfung trifft den Arbeitsmarkt

1990 war die Arbeitsmarktentwicklung in erster Linie durch den außerordentlich starken Zustrom an ausländischen Arbeitskräften bestimmt worden. Als Folge des kräftigen Wirtschaftswachstums war es zu einer ebensolchen Expansion der Beschäftigung, aber auch der Arbeitslosigkeit gekommen. 1991 blieb dieser Einfluß auch noch in der ersten Jahreshälfte bestimmend. Im I Quartal übertraf der Zuwachs der ausländischen Arbeitskräfte deutlich das gesamte Beschäftigungswachstum, und im II Quartal erreichte ihr Anteil an der Beschäftigung 8,7%.

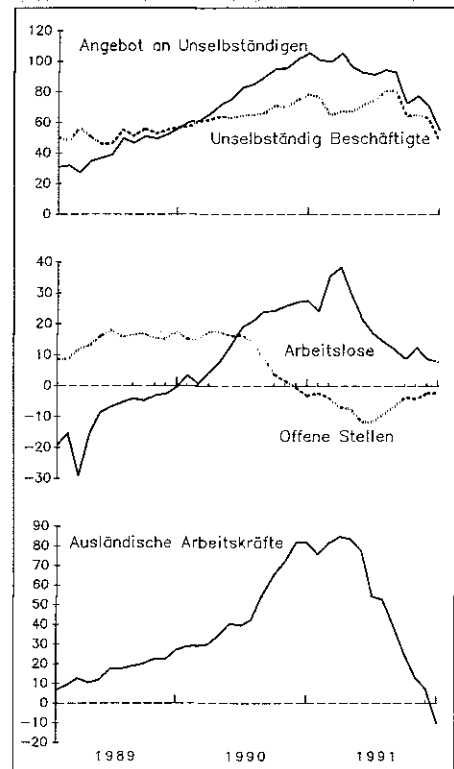
Die im Jahresverlauf zunehmend restriktive Zuwanderungspolitik reduzierte allerdings das Beschäftigungswachstum nur teilweise, da nunmehr wieder in stärkerem Maße inländische Arbeitskräfte herangezogen wurden. Zwar vermitteln die ausgewiesenen Zahlen der Sozialversicherten kein

richtiges Bild, da ab Jahresmitte eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz den Anspruch auf Karenzurlaub verlängerte und damit auch die Zahl der Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen zunahm. Bereinigt man jedoch die Beschäftigtenzahl um diese Größe, ergibt sich im III Quartal noch ein Wachstum von 63 900. Im letzten Quartal geht dieses deutlich zurück, erreicht aber immer noch 35 500 oder 1,2%. Im Jahresdurchschnitt betrug die so berechnete Netto-Beschäftigtenzunahme 58 800 oder 2%.

Das auch in dem seit 1988 andauernden Aufschwung nahezu unverändert hoch gebliebene Niveau der Arbeitslosigkeit war 1990 trotz stürmischen Beschäftigungswachstums deutlich gestiegen. Die Rate der Arbeitslosigkeit hatte sich von 5,0% auf 5,4% erhöht. Der statistische Zusammenhang mit der Stärke des Zuwandererstromes ist frappant¹⁶⁾. Mit dessen Abschwächung im Laufe des Jahres 1991 ging zunächst auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit zurück. Allerdings begann sich ab dem III Quartal der Einfluß der Konjunktur-

Der Arbeitsmarkt seit 1989

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



Der Arbeitsmarkt 1991

	Unselbständig Beschäftigte		Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1987	2 785 400	+ 5 200	164 500	+ 12 500	26 800	+ 2 100
Ø 1988	2 810 500	+ 25 100	158 600	- 5 800	31 200	+ 4 300
Ø 1989	2 862 300	+ 51 800	149 200	+ 9 500	45 600	+ 14 400
Ø 1990	2 928 700	+ 66 400	165 800	+ 16 600	55 600	+ 10 000
Ø 1991	2 997 400	+ 68 700	185 000	+ 19 200	49 400	- 6 200
1991 Ø I Qu	2 926 900	+ 69 600	224 500	+ 32 800	47 800	- 4 500
Ø II Qu	2 981 000	+ 71 100	165 800	+ 22 800	54 900	- 10 500
Ø III Qu	3 070 600	+ 75 400	150 500	+ 11 700	50 900	- 8 600
Ø IV Qu	3 010 900	+ 58 600	199 300	+ 9 700	44 200	- 3 000

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte

	Ausländische Arbeitskräfte insgesamt	Veränderung gegen das Vorjahr		Anteil an der Gesamtbeschäftigung	
		Absolut	In %	In %	In %
Ø 1987	147 400	+ 1 400	+ 1,0	5,3	
Ø 1988	150 900	+ 3 500	+ 2,4	5,4	
Ø 1989	167 400	+ 16 500	+ 10,9	5,8	
Ø 1990	217 600	+ 50 200	+ 30,0	7,4	
Ø 1991	266 500	+ 48 900	+ 22,4	8,9	
1991 Ø I Qu	264 100	+ 80 900	+ 44,2	9,0	
Ø II Qu	273 500	+ 71 900	+ 35,6	9,2	
Ø III Qu	268 600	+ 39 200	+ 17,1	8,7	
Ø IV Qu	259 600	+ 3 400	+ 1,3	8,6	

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

abschwächung — insbesondere in der Industrie — durchzusetzen. Damit stieg im Jahresdurchschnitt die Zahl der bei den Arbeitsämtern ausgewiesenen Arbeitslosen um 19 200 auf 185 000 und deren Rate von 5,4% auf 5,8%.

Auch die für den internationalen Vergleich maßgeblichen Zahlen der durch den Mikrozensus erhobenen Arbeitslosigkeit zeigten einen Anstieg, blieben jedoch im Niveau weit hinter den Zahlen der Arbeitsämter zurück. Danach hätte es 1991 — schätzungsweise — nur 122 000 Arbeitslose gegeben, mit einer Rate von 3,9% (bezogen auf die Unselbständigen) und 3,6% (bezogen auf sämtliche Erwerbspersonen). Damit blieb die Arbeitslosigkeit in Österreich noch immer weit unter dem Durchschnitt der EG, aber auch unter jener in Westdeutschland.

Die Konjunkturabschwächung traf 1991 in Österreich vor allem die Industrie. Diese verringerte im Jahresdurchschnitt die Zahl ihrer Arbeitsplätze um 5 900 oder 1,1%. Dieser Rückgang der im produzierenden Sektor nahezu alle Branchen mit Aus-

¹⁶⁾ Siehe Butschek F. „Der Arbeitsmarkt im Abschwung“ WIFO-Monatsberichte 1992 65(2)

Die Arbeitslosigkeit 1991

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1987	95 000	+ 6 200	69 500	+ 6 300	164 500	+12 500
Ø 1988	89 800	- 5 200	68 800	- 700	158 600	- 5 800
Ø 1989	81 000	- 8 800	68 200	- 600	149 200	- 9 500
Ø 1990	89 000	+ 8 000	76 800	+ 8 600	165 800	+16 600
Ø 1991	99 000	+10 000	86 000	+ 9 300	185 000	+19 200
1991 Ø I Qu	138 900	+20 700	85 700	+12 100	224 500	+32 800
Ø II Qu	81 300	+10 600	84 500	+12 100	165 800	+22 800
Ø III Qu	71 700	+ 4 600	78 900	+ 7 100	150 500	+11 700
Ø IV Qu	104 100	+ 3 900	95 100	+ 5 800	199 300	+ 9 700

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

das Gesundheits- und Fürsorgewesen sowie der Fremdenverkehr ein kräftiges Wachstum

Auffallend bleibt nach wie vor, daß gerade die Branchen mit der stärksten Beschäftigungsexpansion auch die höchste Arbeitslosenrate verzeichnen (Tourismuswirtschaft 17,9%, Bauwesen 10,7%) Diese geht zwar zu einem beträchtlichen Teil auf den Saisoneinfluß zurück, doch fallen die hohen Raten auch im Saisonhöhepunkt auf Jene der Bauarbeiter entsprach genau dem Durchschnitt, die im Fremdenverkehr war im August (4,7%) doppelt so hoch (9,3%)

Besondere Aufmerksamkeit erregte 1991 der außerordentlich starke Anstieg der Zahl älterer Arbeitsloser So erreichte im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosenrate der 50- bis 59jährigen 8,3% gegenüber 5,8% insgesamt. Die Verlagerung des Schwergewichts der Arbeitslosigkeit geht auch auf die Konjunkturabschwächung zurück – Verschlechterungen der Arbeitsmarktlage betreffen nunmehr in stärkerem Maße ältere Arbeitskräfte – , teilweise jedoch auf langfristige Ursachen Dazu gehören demographische Effekte (der Anteil der 50- bis 59jährigen am Arbeitskräftepotential nimmt zu) ebenso wie Änderungen der Verhaltensweisen von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern Eine eingehende Analyse dieser Problematik wird in den nächsten Heften der Monatsberichte erfolgen

Felix Butschek

nahme der Holz- und Metallverarbeitung sowie des graphischen Gewerbes traf wurde durch die unverändert kräftige Beschäftigungsexpansion des Bauwesens kompensiert. Insgesamt wurden in Bergbau, Industrie und Gewerbe 5 600 oder 0,5% zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt.

Die Masse des Beschäftigungszuwachses (53 300 oder 3%) fand sich wieder in den Dienstleistungen. In absoluten Größen fielen vor allem der Handel (12 200) und die öffentlichen Körperschaften (11 200) ins Gewicht, relativ zeigten die Rechts- und Wirtschaftsdienste (Leiharbeitsfirmen),

Der Arbeitsmarkt 1991 nach Wirtschaftsklassen

	Unselbständig Beschäftigte			Vorgemerkte Arbeitslose Absolut	Arbeitslosenquote In %
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr			
	Absolut	Absolut	In %		
Land- und Forstwirtschaft	27 739	- 175	- 0,6	4 167	13,1
Bergbau, Industrie und Gewerbe	1 090 690	+ 5 576	+ 0,5	78 108	6,7
Energie- und Wasserversorgung	32 862	- 127	- 0,4	195	0,6
Bergbau, Steine und Erden	18 154	- 1 088	- 5,7	894	4,7
Nahrungsmittel, Getränke und Tabak	94 734	- 231	- 0,2	5 091	5,1
Textilien	38 611	- 1 009	- 2,5	2 347	5,7
Bekleidung und Schuhe	41 197	- 1 704	- 4,0	4 397	9,6
Leder- und -ersatzstoffe	2 989	- 282	- 8,6	395	11,7
Holzverarbeitung	87 543	+ 1 162	+ 1,3	4 566	5,0
Papierherstellung und -verarbeitung	22 247	- 7	- 0,0	949	4,1
Graphisches Gewerbe, Verlagswesen	36 477	+ 495	+ 1,4	2 163	5,6
Chemie	69 435	- 905	- 1,3	3 623	5,0
Stein- und Glaswaren	34 474	- 143	- 0,4	2 185	6,0
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	374 171	+ 1 395	+ 0,4	22 799	5,7
Bauwesen	237 796	+ 8 019	+ 3,5	28 505	10,7
Dienstleistungen	1 820 912	+53 315	+ 3,0	94 006	4,9
Handel	423 905	+12 227	+ 3,0	29 928	6,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	131 240	+ 5 206	+ 4,1	28 528	17,9
Verkehr	224 059	+ 4 760	+ 2,2	5 518	2,4
Geldwesen und Privatversicherung	111 256	+ 3 012	+ 2,8	2 230	2,0
Rechts- und Wirtschaftsdienste	100 468	+ 6 729	+ 7,2	3 947	3,8
Körperpflege und Reinigung	56 379	+ 1 377	+ 2,5	5 985	9,6
Kunst, Unterhaltung, Sport	27 293	+ 839	+ 3,2	2 514	8,4
Gesundheits- und Fürsorgewesen	106 689	+ 6 113	+ 6,1	5 339	4,8
Unterricht und Forschung	124 257	+ 2 147	+ 1,8	2 026	1,6
Öffentliche Körperschaften	479 671	+11 176	+ 2,4	6 517	1,3
Haushaltung	5 061	- 36	- 0,7	1 474	4,0
Hauswartung	30 634	- 236	- 0,8		
Präsenzdiener	16 338	+ 95	+ 0,6		
Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen	41 674	+ 9 879	+ 31,1		
Schulabgänger				1 916	
Sonstige Arbeitslose				6 832	
Insgesamt	2 997 352	+68 690	+ 2,3	185 029	5,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das Jahr 1991 deckt Strukturprobleme der Industrie auf

Die Industrieproduktion wuchs 1991 um nur 1%; 1990 hatte die Steigerungsrate 7,8% betragen, der mittelfristige Trend liegt bei fast 3% Die Industriepreise waren stabil, die nominelle Produktion stieg um 1,6% auf 715 Mrd S¹⁷⁾.

Der Jahresverlauf zeigt einen fast kontinuierlichen saisonbereinigten Rückgang der Produktion. Die Perso-

¹⁷⁾ Der vorliegende Jahresbericht 1991 beruht auf der 2. Aufarbeitung des Index der Industrieproduktion des ÖSTAT. Diese wurde nachträglich nochmals geändert, um bisher nicht erfaßte produktionsnahe Dienstleistungen einzubeziehen. Da dies erstmals erfolgte, geben die hier verwendeten Daten die Konjunktur 1991 besser wieder.

nalplanung folgte 1991 offenbar noch weitgehend den optimistischen Annahmen zur Jahreswende 1990/91, die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte (auch in Billiglohnbereichen und in fast allen Regionen) ermöglichte eine

Neben den erhöhten Arbeitskosten schlugen sich auch die in der Folge von Zinssatzanhebungen in Deutschland steigenden Kreditkosten nieder. Der Rückgang der Industrierohstoffpreise bot in vielen Sektoren eine gewisse Entlastung, andererseits standen gerade in den grundstoff- und basishnahen Bereichen die Preise der Produkte unter ebensolchem Druck

Die österreichische Industrie dürfte 1991 Marktanteile verloren haben. Die Exporte wuchsen um nur 3,1%, die Importe hingegen um 6,3%. Das Defizit der Handelsbilanz erhöhte sich von 80 Mrd. S auf fast 100 Mrd. S. Der Inlandmarktanteil der österreichischen Industrie (der Anteil der inländischen Produktion an den im Inland abgesetzten Industrieprodukten), die in Österreich verkauft werden, wurden nur vier in Österreich selbst produziert. Umgekehrt steigen die Exportquote und der Anteil der österreichischen Industrie an den Auslandsmärkten. Allerdings dürften gerade 1991 die österreichischen Exporte weniger expandiert haben als die der Konkurrenten. Dies könnte einerseits auf anhaltende Struktur Schwächen im Bereich der höherverarbeiteten Produkte und auf die Dominanz des Basissektors zurückzuführen sein: Hier waren die Exporteintrübe am stärksten. Andererseits

Das Wachstum der Industrieproduktion verflachte 1991, im Jahresdurchschnitt erreichte es nur 1%. Erhöhte Arbeitskosten und Zinskosten belasteten die Ertragslage, von den Rohstoffpreisen ging eine Entspannung aus. Die Exporte stiegen weniger rasch als die Importe, die Strukturprobleme im Basissektor hatten einen Rückgang der Produktionsmengen und -werte zur Folge.

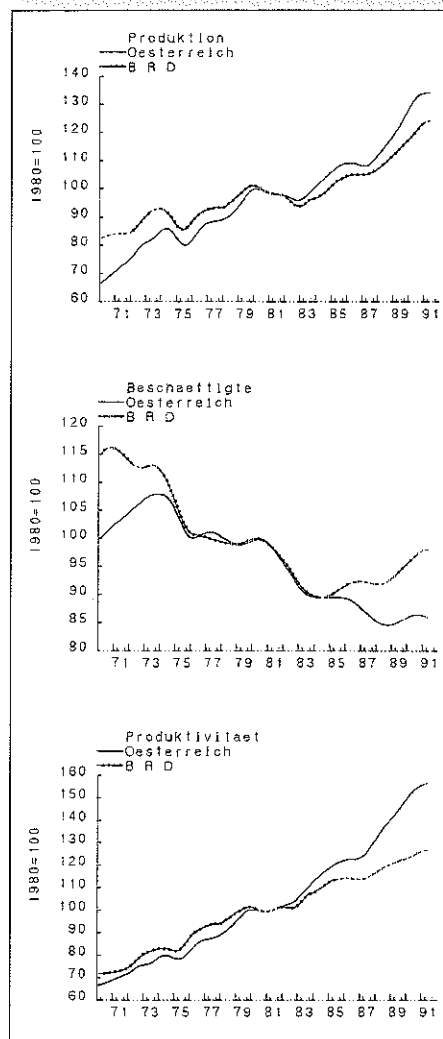
relativ konstante Beschäftigungsentwicklung. Im Jahresdurchschnitt sank die Beschäftigung um nur 1,1%, und damit blieb auch der Produktivitätsanstieg mit 2,1% um die Hälfte unter dem langjährigen Durchschnitt (Produktion je Beschäftigten 1973/1990 +4,2% pro Jahr). Aus der Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme um 4,4% ergibt sich ein Anstieg der Arbeitskosten um 2,8%.

Wachstum nur 1%

Die Erträge der Industrie fielen 1991 nicht so günstig aus wie im Vorjahr.

Die Industrie in Österreich und in der BRD

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt



Produktion¹⁾, Beschäftigung, Produktivität²⁾

	1964/1973	1973/1990	1991 ³⁾	1991 IV Qu ³⁾
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Produktion ohne Energieversorgung	+6,3	+2,6	+1,0	-0,9
Beschäftigte	+0,8	-1,3	-1,1	-2,4
Produktivität	+5,5	+4,2	+2,1	+1,6

¹⁾ Nach Arbeitstagen bereinigt — ²⁾ Produktion ohne Energieversorgung je Beschäftigten — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse (2. Aufarbeitung)

bemühte sich die österreichische Industrie erfolgreich um die Gründung von Produktionsstätten im Ausland, um den Prozeß der aktiven Internationalisierung voranzutreiben. Auch 1991 wurde wieder wesentlich mehr im Ausland investiert als von ausländischen Betrieben im Inland.

Die Konjunktur an der Jahreswende 1992

Die Industriekonjunktur verlor 1991 von Quartal zu Quartal an Schwung, im IV. Quartal blieb die Produktion um 1%, die Beschäftigtenzahl um 2½% unter dem Vorjahresniveau. Die Indikatoren aus der Auftragsstatistik des ÖSTAT bzw. aus dem Konjunkturtest des WIFO zeigen noch keine Rückkehr zum Wachstumspfad.

Die Auftragseingänge waren (ohne Maschinenindustrie) im Jänner um

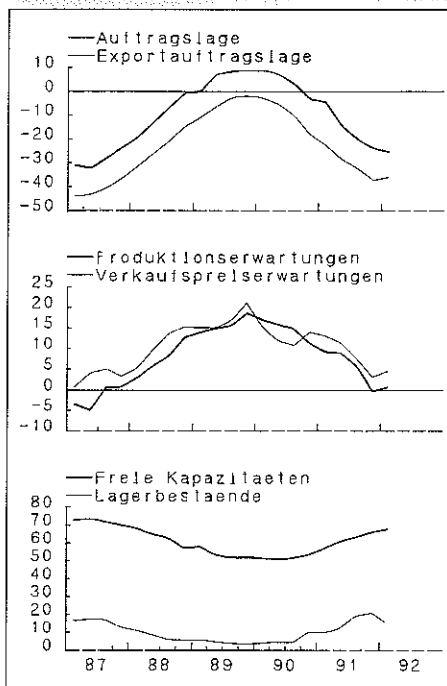
Indikatoren der Ertragsentwicklung

	1991				
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal	I bis IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Preisindex Industrie ¹⁾	+ 1,0	+ 1,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,6
Großhandelspreisindex	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,7	- 1,2	+ 0,7
Exportpreise ²⁾	- 0,7	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,2
Arbeitskosten	+ 4,7	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,8
Industrierohstoffpreise ²⁾	- 16,9	- 18,2	- 14,3	- 15,0	- 16,2
Prime Rate	11,5	11,5	11,5	11,7	11,6

¹⁾ Errechnet aus der Relation von Produktionswert zu Produktionsindex ohne Erdölindustrie — ²⁾ Durchschnittswerte der Warenexporte — ³⁾ WIFO-Rohstoffpreisindex

Konjunkturbeurteilung der Unternehmer

Saisonbereinigte Salden



19,5% niedriger als im Vorjahr; insbesondere aus dem Ausland kamen mit -29% deutlich weniger Bestellungen (Auftragseingänge aus dem Inland -3%) Auch die Auftragsbestände sind damit um 5% (aus dem Inland) bzw 12% (aus dem Ausland) niedriger als im Jänner 1991 Diese Tendenz zeigt sich in fast allen Branchen, besonders deutlich in der papiererzeu-

genden Industrie, in der Chemieindustrie, in der Elektroindustrie und in der Fahrzeugindustrie Steigende Auftragsbestände verzeichneten vor allem die Holzverarbeitende Industrie und die Maschinenindustrie.

Im Konjunkturtest des WIFO vom Jänner wird die Auftragslage ungünstiger als im Oktober und auch als im Jänner des Vorjahres eingeschätzt Der Überhang der Unternehmen, die eine pessimistische Beurteilung abgaben, beträgt nach der neuesten Umfrage 29 Prozentpunkte; im letzten Quartal des Vorjahres war er bei 24 Prozentpunkten gelegen Besonders ungünstig sind die Meldungen aus dem Basissektor (Saldo der Negativmeldungen 43 Prozentpunkte), gerade hier ist aber gegenüber der letzten Umfrage eine geringfügige Besserung eingetreten Eine Verschlechterung ist in den Bauzulieferbranchen und in der technischen Verarbeitung zu verzeichnen

Die Exportauftragslage wird ähnlich ungünstig beurteilt wie im IV. Quartal. Auch hier ist der Pessimismus im Basissektor am größten, aber etwas geringer als vor drei Monaten In der Beurteilung der Fertigwarenlager ist keine Veränderung eingetreten. Ein Anstieg der Meldungen über zu hohe Fertigwarenlager im Bereich der Bauzulieferung wird wohl teilweise saisonbedingt sein

In den Meldungen zu den Produktionserwartungen überwiegen Ende Jänner die Unternehmen leicht, die mit einer Zunahme rechnen (Saldo +3 Prozentpunkte) Besonders in der Chemieindustrie und im Bauzulieferungssektor ist der Anteil der Unternehmen, die mit einem Produktionsanstieg rechnen, höher als jener, die einen Rückgang befürchten Diese Einschätzung könnte aber ebenfalls zum Teil saisonbedingt sein. Hingegen ist der Anstieg der Produktionserwartungen in der Fahrzeugindustrie teilweise durch die gesteigerten Kapazitäten bedingt, die NE-Metallindustrie und der Chemiebereich gehen von einer Verbesserung der Konjunktur aus

Die Kapazitätsauslastung wird etwas ungünstiger beurteilt als im Vorjahr 72% der Betriebe könnten im Falle höherer Nachfrage mehr produzieren; drei Monate zuvor waren es 66%, ein Jahr zuvor 60% gewesen. Am höchsten ist der Anteil freier Kapazitäten im Chemiesektor und im Sektor der traditionellen Konsumgüter

Strukturwandel setzt sich fort

Dem im Durchschnitt schwachen Anstieg der Industrieproduktion von 1% steht eine nach Sektoren sehr unterschiedliche Entwicklung gegenüber

Kennzahlen zur Konjunkturlage der Industriebranchen im IV. Quartal 1991

	Produktion je Arbeitstag ¹⁾		Beschäftigung		Produktivität ¹⁾²⁾		Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme		Arbeitskosten ¹⁾³⁾	
	Ø 1986 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1986 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1986 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bergwerke	88,9	- 7,9	7 140	-13,3	139,7	+ 6,2	2 882,6	- 4,9	96,0	+ 2,8
Erdölindustrie	118,0	+ 6,6	5 762	- 3,2	155,8	-10,1	3 208,7	+ 5,7	83,1	- 1,0
Eisenhütten	97,0	- 6,4	19 772	- 8,5	157,2	+ 2,2	7 430,2	- 6,6	85,8	- 0,6
NE-Metallindustrie	106,1	- 4,0	7 219	- 5,1	113,4	+ 1,2	2 461,0	- 0,7	110,7	+ 2,8
Stein- und keramische Industrie	112,6	- 0,7	22 861	- 0,9	109,8	+ 0,2	7 459,0	+ 5,2	114,5	+ 5,4
Glasindustrie	129,9	+ 4,2	7 995	+ 0,7	128,1	+ 3,5	2 453,2	+ 7,2	93,9	+ 2,4
Chemische Industrie	123,1	- 0,1	55 357	- 2,2	124,6	+ 2,1	19 056,5	+ 3,8	100,1	+ 3,5
Papiererzeugende Industrie	135,8	+ 3,8	12 004	+ 0,5	135,2	+ 3,3	4 631,4	+ 5,0	93,1	+ 0,9
Papierverarbeitende Industrie	140,3	+ 5,6	9 523	+ 1,1	128,5	+ 4,5	2 881,5	+ 8,0	101,4	+ 1,8
Holzverarbeitende Industrie	141,6	+ 5,4	27 666	+ 2,3	123,8	+ 3,1	7 289,2	+ 9,5	100,7	+ 3,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	116,4	+ 6,0	43 149	+ 1,1	119,4	+ 4,8	13 680,9	+ 5,7	103,7	- 0,9
Ledererzeugende Industrie	94,7	+ 2,2	992	- 5,4	100,4	+ 8,1	185,9	- 1,7	116,6	- 4,3
Lederverarbeitende Industrie	74,6	- 9,5	8 020	- 8,5	124,1	- 1,2	1 598,5	- 3,3	101,2	+ 6,4
Textilindustrie	108,6	- 0,2	31 615	- 2,6	124,1	+ 2,5	7 780,3	+ 2,4	103,4	+ 2,1
Bekleidungsindustrie	87,9	- 4,3	22 791	- 4,7	107,1	+ 0,5	3 981,3	+ 1,1	118,1	+ 5,1
Gießereindustrie	134,0	- 3,5	8 435	- 2,2	137,6	- 1,3	2 588,3	+ 2,1	89,5	+ 5,3
Maschinen- und Stahlbauindustrie	133,3	- 0,8	80 106	+ 1,2	124,0	- 2,0	28 363,9	+ 7,0	104,7	+ 6,7
Fahrzeugindustrie	146,3	+ 4,3	32 699	+ 0,5	139,2	+ 3,8	10 441,1	+ 5,0	89,5	+ 0,2
Eisen- und Metallwarenindustrie	126,0	+ 1,6	51 518	- 0,9	128,5	+ 2,5	14 971,5	+ 4,7	100,1	+ 2,6
Elektroindustrie	129,3	+ 3,5	76 719	- 0,0	123,5	+ 3,5	25 824,7	+ 5,7	105,9	+ 1,5
Industrie insgesamt ohne Energieversorgung	122,4	+ 1,0	531 340	- 1,1	127,3	+ 2,1	169 189,7	+ 4,4	100,6	+ 2,8

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (2 Aufarbeitung) — ²⁾ Produktion je Beschäftigten — ³⁾ Je Produktionseinheit

Im Basissektor (ohne Erdölindustrie) verfehlte die Produktion das Vorjahresergebnis um 3,5%; berücksichtigt man den Preisrückgang, so ist der Produktionswert sogar um 7% niedriger als 1990 (im Vergleich zu einem Anstieg in der Gesamtindustrie von 1,6%). Die Beschäftigungsanpassung war im Basisbereich mit -6% entsprechend groß, der Produktivitätsfortschritt mit +2,7% ebenfalls etwas höher als im Industriedurchschnitt. Die Arbeitskosten sind in diesem Bereich dennoch gestiegen (+1,2%).

Die technische Verarbeitung erzielte 1991 ein leicht überdurchschnittliches Wachstum mit +1,7% real und +5,3% nominell. Sie ist der einzige Sektor, in dem über die letzten zwanzig Jahre die Beschäftigung annähernd stabil gehalten werden konnte, 1991 stieg sie sogar um 0,3%. Der Produktivitätsfortschritt ist mit +1,4% 1991 unbefriedigend, insbesondere angesichts des Wachstums der Lohn- und Gehaltssumme um fast 6%; damit stiegen die Arbeitskosten um 3,4%.

Die Produzenten traditioneller Konsumgüter schnitten 1991 relativ gut ab. Ihr Output übertraf das Ergebnis von 1990 real um 2,6% und nominell um 4,1%. Weil die Beschäftigtenzahl überdurchschnittlich verringert wurde (-2%), ergibt sich ebenfalls ein Produktivitätsanstieg (+3,4%). Die Exporte der ledererzeugenden Industrie sanken beträchtlich, und auch jene der lederverarbeitenden Industrie schrumpften um 8,8%; nur in der Bekleidungsindustrie konnte um 5,4% mehr als im Vorjahr exportiert werden. Die Importe nahmen in drei von den vier Branchen zu, sodaß sich das Handelsbilanzdefizit dieses Sektors weiter vergrößerte. Gedämpft wurde diese Entwicklung durch die Steigerung der Exporte der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um 4,7%. Für die Bauzulieferbranchen war 1991 infolge der kräftigen Baukonjunktur ein gutes Jahr, mit +2,5% real und +5,8% nominell wuchs die Produktion deutlich stärker als in der Industrie insgesamt und auch etwas stärker als im Durchschnitt der letzten zwei Jahrzehnte. Die Beschäftigung war um nur 0,8% höher als im Durchschnitt 1990, die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme fiel jedoch mit +7,3% überdurchschnittlich aus, sodaß auch die Arbeitskosten kräftig stiegen (+4%).

Die Chemieproduktion stagnierte real, nominell war ein Rückgang zu verzeichnen. Auch die Beschäftigung mußte um 2% gesenkt werden. Die Arbeitskosten stiegen dennoch um 3,5%.

Karl Aiginger

Bauwirtschaft als Stütze der Gesamtkonjunktur

Die rege Bautätigkeit war 1991 die stärkste Stütze der Gesamtwirtschaft. Im Gegensatz zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hielt die gute Baukonjunktur bis Ende 1991 an. Die

Die Bauproduktion stieg 1991 real um fast 6%. Im Gegensatz zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hielt die gute Baukonjunktur — nach einer bereits vier Jahre dauernden Expansion — weiter an. Der Bausektor war somit 1991 die stärkste Stütze der Gesamtwirtschaft.

Bauproduktion erreichte einen durchschnittlichen realen Zuwachs von 5,8%. Damit wuchs der Bausektor nun bereits das vierte Jahr hindurch kräftig.

Besonders lebhaft war die Nachfrage nach Wirtschafts-, Industrie-, Büro- und Verwaltungsgebäuden, der Wohnungsneubau expandierte im Laufe des Jahres 1991 erstmals seit 1988 wieder deutlich. Die rege Nachfrage nach Modernisierungs- und Adaptierungsarbeiten hatte eine hohe Kapazi-

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Brutto-Inlandsprodukt

Zu Preisen von 1983

	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	Jahresdurchschnitt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1986	+ 2,2	+ 2,9	- 0,2	+ 1,3	+ 1,3
1987	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 1,6
1988	+ 9,8	+ 3,3	- 0,1	+ 3,3	+ 2,9
1989	+ 11,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,4
1990	+ 4,2	+ 6,2	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,2
1991	+ 1,0	+ 6,6	+ 6,8	+ 6,1	+ 5,8

tätsauslastung des Baunebengewerbes zur Folge. Die Baubeschäftigung nahm deutlich zu, und die Auftragsgänge stiegen Ende 1991 erneut kräftig. Die Indikatoren für die Baukonjunktur 1992 sind weiterhin günstig. Derzeit zeichnet sich kaum eine deutliche Abschwächung der Nachfrage in der kommenden Bausaison ab.

Die Unternehmen schätzen die Baukonjunktur auch für die nächsten Monate relativ günstig ein. Sowohl die derzeitige Geschäftslage als auch jene der nächsten 6 Monate wurden im jüngsten Konjunkturtest (Jänner 1992) etwas besser beurteilt als im IV. Quartal 1991. Die Hochbauunternehmen sind allerdings deutlich optimistischer als jene im Tiefbau, die Auftragsbestände werden hier weniger günstig gesehen. Vor allem im Brücken- und Kraftwerksbau sind die Bauleistungen derzeit deutlich rückläufig. Dem steht eine zufriedenstellendere Entwicklung im Straßenbau und sonstigen Tiefbau gegenüber.

Insgesamt expandierten die Umsätze im Hoch- und Tiefbau im Durchschnitt

Umsätze der Bauindustrie und des Bauhauptgewerbes

Hoch- und Tiefbau

	1990	1991	1991 Oktober	1991 November	1991 Dezember
	Mill. S ohne Mehrwertsteuer				
Hochbau	48 919	57 172	6 139	5 848	4 997
Tiefbau	41 773	45 636	5 189	4 560	3 616
Adaptierungen	10 164	10 361	1 029	1 050	872
Insgesamt	100 855	113 169	12 356	11 458	9 485
Bauindustrie	42 013	48 859	5 339	4 734	3 960
Baugewerbe	58 843	64 311	7 017	6 724	5 525
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Hochbau	+ 9,5	+ 16,9	+ 21,1	+ 21,6	+ 20,6
Tiefbau	+ 8,2	+ 9,2	+ 13,2	+ 8,7	+ 6,0
Adaptierungen	+ 19,5	+ 1,9	- 4,7	+ 6,1	- 0,3
Insgesamt	+ 9,9	+ 12,2	+ 15,1	+ 14,6	+ 12,5
Bauindustrie	+ 10,2	+ 16,3	+ 15,1	+ 16,9	+ 13,5
Baugewerbe	+ 9,6	+ 9,3	+ 15,1	+ 13,1	+ 11,9

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände							
	Insgesamt		Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten		Hochbau		Tiefbau	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1990 I Quartal	50 889	+ 7,1	46 243	+ 12,9	27 068	+ 13,3	20 515	+ 3,0
II Quartal	53 840	+ 10,5	45 484	+ 10,7	28 511	+ 17,9	21 758	+ 4,6
III Quartal	54 847	+ 8,3	47 361	+ 7,6	32 236	+ 29,9	18 978	- 15,0
IV Quartal	49 781	+ 5,4	41 402	+ 3,0	29 617	+ 23,2	16 875	- 17,1
1991 I Quartal	58 483	+ 14,9	51 928	+ 12,3	34 790	+ 28,5	19 735	- 3,8
II Quartal	62 631	+ 16,3	50 355	+ 10,7	35 098	+ 23,1	23 555	+ 8,3
III Quartal	64 258	+ 17,2	52 963	+ 11,8	38 605	+ 19,8	21 798	+ 14,9
IV Quartal	58 595	+ 17,7	46 843	+ 13,1	35 566	+ 20,1	19 897	+ 17,9

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt vierteljährliche Erhebung

des vergangenen Jahres um 12,2%, nach +9,9% im Jahr 1990. Damit wurden die höchsten Zuwächse seit den siebziger Jahren erreicht. Der sonstige Hochbau (Wirtschaftsbau) setzte um ein Fünftel mehr um als im Vorjahr (+19,9%); dies ist insofern beachtlich, als diese Bausparte seit 1986 (mit Ausnahme von 2 Jahren) jährlich zweistellige Zuwachsraten erreicht hat. Gut beschäftigt war 1991 — nach einer relativ schwachen Entwicklung 1989 und 1990 — auch der Wohnungsneubau (rund +12%); besonders im 2. Halbjahr war die Wohnbautätigkeit rege. Die Angebotsengpässe nach der drastischen Einschränkung der Neubautätigkeit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und die große Nachfrage nach Wohnungen stimulierten vor allem den Geschoßbau. Die Auftragsvergaben und Zusicherungen der Wohnbauförderung sind nach Vorliegen der neuen Wohnbauförderungsgesetze deutlich gestiegen. Daneben wurden auch Bauleistungen im Ein- und Zweifami-

lienhausbau verstärkt nachgefragt; dies kommt im hohen Bedarf an Wohnbaudarlehen der Bausparkassen zum Ausdruck. Insgesamt expandierte der Hochbau 1991 mit +16,9% stärker als der Tiefbau (+9,2%). Innerhalb des Tiefbaus mußten der Kraftwerksbau (-39%) und der Brückenbau (-15%) deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen; der Straßenbau übertraf das Vorjahresniveau um nur 4%, hingegen war die Bautätigkeit im sonstigen Tiefbau mit +19,1% besonders rege. Insgesamt erzielte die Bauindustrie dank der großen Nachfrage nach Wohnungsneubauten und Wirtschaftsbauten 1991 einen Umsatzzuwachs von 16,3%, das Bauhauptgewerbe von 9,3%.

Die Auftragslage war in der Bauwirtschaft Ende 1991 unverändert günstig. Vor allem die Bauindustrie ist mit geplanten Großprojekten (Wohnungsneubauten und U-Bahnbau in Wien, Verwaltungszentrum St. Pölten usw.) auf längere Sicht gut ausgelastet. Der gesamte Auftragsbestand im Hoch- und Tiefbau lag Ende des Jahres laut der Vierteljahresmeldung des ÖSTAT um 17,2% über dem Vorjahresniveau (Hochbau +20,1%, Tiefbau +17,9%). Die Zahl der Aufträge, die innerhalb der nächsten 12 Monate aufzuarbei-

ten sind, überstieg den Vergleichswert von 1990 um 13%. Die Investitionsbereitschaft der Bauherren ist in Österreich dank den geplanten großen Bauvorhaben (Donau-City Wien, Verwaltungszentrum St. Pölten, Staustufe Wien) trotz der allgemeinen und internationalen Konjunkturabschwächung relativ groß. Auch erweist sich Ostösterreich als attraktiver Standort für die Erschließung des osteuropäischen Marktes. In Westeuropa ist hingegen insbesondere der Wirtschaftsbau bereits deutlich rückläufig, an Bürobauten bestehen Überkapazitäten.

Baupreise ziehen an

Aufgrund der regen Nachfrage nach Bauleistungen haben die Baupreise merklich angezogen. Insgesamt lag der Preisindex für den Hoch- und Tiefbau um 5,5% über dem Vorjahresniveau und damit deutlich höher als die allgemeine Inflationsrate von 3,3%. Besonders stark verteuerten sich die Hochbauleistungen (6,1%; Tiefbau +3,8%). Aufgrund der 1992 erwarteten weiterhin guten Baukonjunktur dürfte diese Tendenz anhalten.

Deutliche Expansion der Baubeschäftigung bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit

Ähnlich wie im vergangenen Jahr nahm die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft 1991 um 3,5% zu. Nach einem jahrzehntelangen Schrumpfungsprozeß nimmt die Bauwirtschaft seit 1988 wieder Arbeitskräfte auf. Besonders deutlich war der Anstieg in den letzten zwei Jahren (1990 +3,8%, 1991 +3,5%). Der Beschäftigtenstand von 237 800 im Jahresdurchschnitt 1991 entspricht etwa

Beschäftigte und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
1988	217 454	+ 1,8
1989	221 378	+ 1,8
1990	229 769	+ 3,8
1991	237 796	+ 3,5
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
1988	26 548	- 8,4
1989	22 968	- 13,5
1990	23 255	+ 1,3
1991	25 682	+ 10,4

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. — ¹⁾ Einschließlich Baubengewerbe. — ²⁾ Zuletzt in einem Betrieb des Bauwesens beschäftigt gewesene Arbeitslose

Baustoffproduktion

	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Insgesamt	+ 3,3	+ 4,9	+ 11,4	+ 6,3	+ 3,8	+ 0,8
Ausgewählte Baustoffe						
Zement	+ 0,2	- 1,0	+ 6,7	- 1,4	+ 3,0	+ 2,3
Sand und Brecherprodukte	+ 0,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 9,1	- 0,8	- 5,5
Hohlziegel	- 1,3	+ 3,1	+ 13,1	+ 1,6	+ 5,8	+ 6,2
Betonmauersteine	+ 5,3	+ 0,2	+ 3,7	+ 3,2	+ 1,3	- 1,7

Produktionsindex „Vorleistungen für die Bauwirtschaft“ vorläufige Ergebnisse unbereinigte Werte (2. Aufarbeitung)

jenem von Anfang der achtziger Jahre.

Das Arbeitskräfteangebot hat sich im Bausektor vor allem durch den starken Zustrom von Ausländern drastisch erhöht. Diese Entwicklung hatte jedoch auch eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge. Mit der Begrenzung der Zulassung der Ausländerbeschäftigung wird voraussichtlich 1992 eine Entspannung eintreten. Im Jahresdurchschnitt 1991 waren rund 25 700 Bauarbeiter arbeitslos um 10% mehr als im Jahr zuvor. Diese Zahl stand einem Angebot von 6 400 offenen Stellen gegenüber. Dank der regen Bautätigkeit gegen Ende 1991 blieb die Arbeitslosigkeit im Dezember um 5% unter dem Vorjahresniveau. Die weiterhin gute Baukonjunktur wird auch in der kommenden Bausaison einen — allerdings etwas schwächeren — Beschäftigungszuwachs ermöglichen.

Baustoffproduktion expandierte 1991 nur schwach

Insgesamt produzierte die österreichische Industrie — trotz reger Bautätigkeit — 1991 real um nur 0,8% mehr Baustoffe als 1990 (nach +3,8% 1990, +6,3% 1989 und +11,4% 1988). Dies dürfte einerseits auf zusätzliche Importe und andererseits auf den verstärkten Abbau der Lagerbestände zurückzuführen sein. Insgesamt war die Nachfrage nach Baustoffen relativ groß. Allein die Baumärkte konnten ihre Umsätze im vergangenen Jahr um 10% ausweiten. Insgesamt steigerten die wichtigsten Bauzulieferungsbranchen (Stein- und keramische Industrie, Glas- und Holzverarbeitende Industrie) dank der guten Hochbaukonjunktur ihre Produktion real um 2,5% (nominell +5,8%) und erzielten somit stärkere Zuwächse als die Industrie insgesamt. Besonders deutlich stieg die Produktion von Hohlziegeln (real +6,2%). Die heimische Zementproduktion nahm um 2,3% zu. Der Importdruck von Billigzement aus der ČSFR ist derzeit besonders groß und verursacht der österreichischen Zementindustrie zunehmend Probleme. Mit der anhaltend guten Baukonjunktur dürfte die Baustoffherzeugung 1992 insgesamt real wieder stärker steigen.

Margarete Czerny

Steiler Anstieg des Energieverbrauchs

Der Energieverbrauch erhöhte sich 1991 um 6,0% (Endenergieverbrauch +7,4%), somit deutlich rascher als die gesamtwirtschaftliche Produktion (BIP real +3%). Eine ähnlich hohe Verbrauchszunahme hatte es zuletzt Mitte der siebziger Jahre gegeben. Die in jüngster Zeit auffallend großen Zuwächse des Energieverbrauchs erklären sich allerdings nicht mit einer Trendwende, sondern mit dem Zusammentreffen mehrerer Sondereinflüsse: 1991 waren die Witterungsverhältnisse viel ungünstiger als 1990; niedrigere Temperaturen vermehrten die Energienachfrage, und der Produktionsausfall durch schlechtere Bedingungen für Wasserkraftwerke verursachte zusätzlichen Energieimportbedarf. Mitte des Jahres wurde in Deutschland die Mineralölsteuer deutlich erhöht (z. B. jene auf unverbleites Normalbenzin um 1,5 S je Liter). In der Folge nahmen die Treibstoffkäufe im österreichischen Grenzgebiet sprunghaft zu. Mit dem Ende des Golfkrieges hat sich das Konsum- und Investitionsklima wieder rasch verbessert. Die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen stieg stark, und der Reiseverkehr erlebte einen kräftigen Aufschwung. Außerdem konnte Österreich nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen in Jugoslawien im internationalen Tourismus Marktanteile gewinnen. Die politische Öffnung der Oststaaten setzte Wanderungsbewegungen in Gang, und dies trug in Österreich zum deutlichen Anstieg der Wohnbevölkerung bei. Auch statistisch nicht gesondert erfaßte Lagerbewegungen haben den Energiebedarfszuwachs vergrößert. In Österreich wurde die Mineralölsteuer mit Jahresbeginn 1992 spürbar erhöht (z. B. jene auf unverbleites Normalbenzin um 0,7 S je Liter); am Jahresende 1991 waren deshalb beträchtliche Lagerkäufe zu verzeichnen. Wie wohl die Industriekonjunktur sich abschwächte, war die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen rege. Das ging vor allem auf die anhaltende Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft zurück. Insgesamt war allerdings der Energiebedarf für Produktionszwecke

deutlich rückläufig, was sich mit der raschen Verschlechterung der Auftragslage in weiten Bereichen der Grundstoffindustrie erklärt.

Mit einem kräftigen Energieverbrauchszuwachs mußte gerechnet werden, sobald die Temperaturen während der Heizperiode wieder auf den langjährigen Durchschnitt sinken würden. Infolge verbrauchssteigernder Sondereffekte war die Erhöhung aber besonders groß (Verbrauchszuwachs 1989/1991 10%). Die Rezession der Weltwirtschaft und die Verteuerung der Energie hatten Anfang der achtziger Jahre auch in Österreich einen deutlichen Rückgang des Energieverbrauchs ausgelöst. 1983 kam die österreichische Wirtschaft aus der Flaute, und seither wächst auch der Energieverbrauch wieder. Anfangs wurde der Verbrauchsanstieg durch sinkende Energiepreise begünstigt, Ende der achtziger Jahre bremsen anhaltend günstige Witterungsverhältnisse das Verbrauchswachstum. 1991 war die gesamtwirtschaftliche Produktion um 24% höher als 1983, der dafür erforderliche Energieaufwand um 23%. Die Rationalisierung des Energieeinsatzes verliert zunehmend an Tempo (Energieverbrauch je Einheit des realen BIP 1973/1983 -2% pro Jahr, 1983/1991 -1%). Die Bereinigung der Verbrauchswerte um die unterschiedlichen Temperaturen in den Vergleichsjahren hat auf das Ergebnis nur wenig Einfluß, wohl aber die ungünstige Entwicklung des Jahres 1991 (BIP real +3%, Energieverbrauch +6%, relativer Energieverbrauch +3%). Bei durchschnittlichen Witterungsverhältnissen könnte 1992 der Anstieg des Energieverbrauchs vorübergehend zum Stillstand kommen. Danach rechnen die längerfristigen Prognosen nur noch mit einer schwachen Verbrauchszunahme.

Die Energiewirtschaft dürfte sich in den EG-Staaten 1991 ähnlich entwickelt haben wie in Österreich (die verfügbaren Statistiken reichen allerdings derzeit nur bis September, für Vergleichszwecke wurden die Daten ohne Deutschland berücksichtigt). Der Energieverbrauch der EG (+4%) wuchs viel rascher als das reale BIP (+1,4%) mehr Energie dürfte vor allem für Beheizung, für den Gütertransport und die Stromerzeugung benötigt worden sein, weni-

Energiebilanz für die Jahre 1990 und 1991

	Förderung	Einfuhr	Ausfuhr	Lager und Statistische Differenz	Gesamtverbrauch	Umwandlung	Erzeugung abgeleiteter Produkte	Eigenverbrauch des Sektors Energie	Nicht-energetischer Verbrauch	Energetischer Endverbrauch
TJ										
Kohle										
1990	26 680	130 184	68	11 040	167 837	127 370	48 640	46	—	89 061
1991	22 680	137 611	94	12 898	173 094	126 667	43 415	21	—	89 820
Veränderung in %	- 15 0	+ 5 7	+37 5	—	+ 3 1	- 0 6	- 10 7	-53 1	—	+ 0 9
Erdöl und Mineralölprodukte										
1990	48 815	429 909	16 426	-10 842	451 457	423 342	392 237	24 569	56 829	338 954
1991	54 395	438 949	13 798	7 274	486 820	444 914	410 469	23 798	57 227	371 350
Veränderung in %	+ 11 4	+ 2 1	- 16 0	—	+ 7 8	+ 5 1	+ 4 6	- 3 1	+ 0 7	+ 9 6
Gas										
1990	46 376	187 917	0	-16 411	217 882	60 254	912	14 642	16 615	127 283
1991	47 861	184 651	0	- 1 945	230 568	60 352	574	15 456	15 213	140 120
Veränderung in %	+ 3 2	- 1 7	—	—	+ 5 8	+ 0 2	-37 1	+ 5 6	- 8 4	+ 10 1
Elektrischer Strom										
1990	146 210	24 620	26 273	—	144 557	146 210	181 487	5 130	—	174 704
1991	147 249	30 607	27 857	—	149 999	147 249	185 314	5 648	—	182 416
Veränderung in %	+ 0 7	+ 24,3	+ 6 0	—	+ 3 8	+ 0 7	+ 2 1	+ 10 1	—	+ 4 4
Fernwärme										
1990	—	—	—	—	—	—	26 859	—	—	26 859
1991	—	—	—	—	—	—	28 812	—	—	28 812
Veränderung in %	—	—	—	—	—	—	+ 7,3	—	—	+ 7,3
Insgesamt										
1990	268 080	772 631	42 767	-16 213	981 733	757 176	650 135	44 387	73 444	756 861
1991	272 185	791 818	41 749	18 228	1 040 482	779 183	668 583	44 924	72 441	812 518
Veränderung in %	1 5	+ 2 5	- 2 4	—	+ 6 0	+ 2 9	+ 2 8	+ 1 2	- 1 4	+ 7 4

ger für Produktionszwecke. Die Energiegewinnung der EG-Staaten stagnierte, dennoch erhöhte sich der Importbedarf nur mäßig (+2%). Offenbar haben die Großabnehmer ihren Bedarf zum Teil aus Vorräten gedeckt und die Brennstofflager reduziert.

Der Energieverbrauch der österreichischen Industrie schrumpfte 1991 um 2,8%, die Industrieproduktion erhöhte sich um 1,6%. Der spezifische Energieverbrauch verbesserte sich rascher als im langjährigen Durchschnitt (1973/1990 -3% pro Jahr, 1990/91 -4%). Von der Konjunkturabkühlung wurden die energieintensiven Industriezweige überdurchschnittlich getroffen. Fast ein Drittel des Energiebedarfs der Industrie entfällt auf die Eisenhütten, die bereits 1990 in eine schwere Rezession geraten waren und 1991 weitere große Produktionskürzungen vornehmen mußten (Produktion -6%). In der chemischen Industrie und in der Stein- und Keramikindustrie erreichte die Produktion nur knapp das Niveau des Vorjahres. Darüber hinaus hat die Industrie 1991 ihre Bemühungen zur besseren Energienutzung erfolgreich fortgesetzt und durch den vermehrten Einsatz von Erdgas anstelle von Kohle und Heizöl ihre Schadstoffemissionen spürbar verringert.

Der Energiebedarf für den Betrieb von Verkehrsmitteln ist 1991 sprunghaft

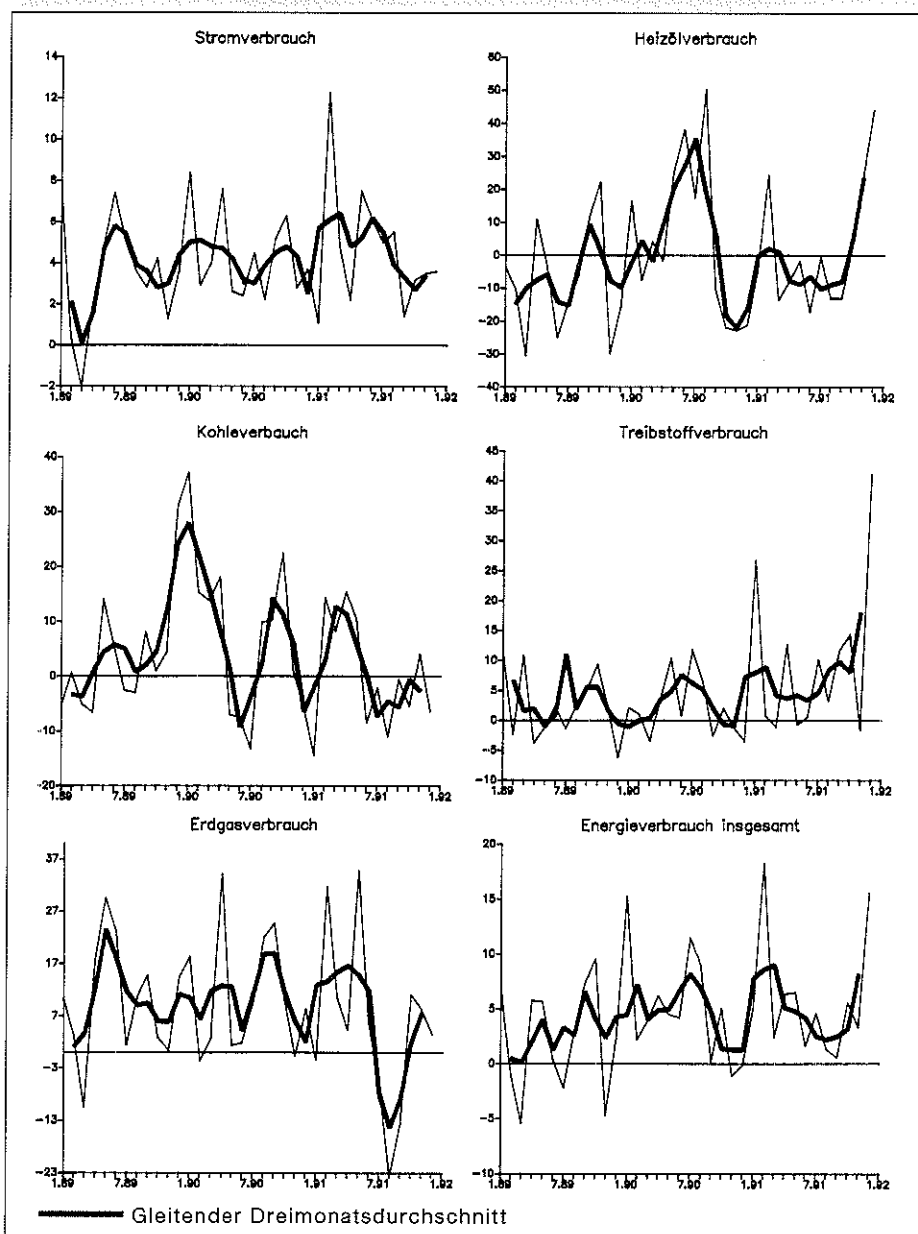
gestiegen (+11%). Etwa je zur Hälfte erklärt sich der Mehrbedarf mit Auswirkungen der deutschen Mineralölsteuererhöhung Mitte 1991 (Preisvorteile österreichischer Anbieter in Grenznähe) und der österreichischen Mineralölsteuererhöhung Anfang 1992 (statistisch nicht gesondert erfaßte Lagerkäufe am Jahresende 1991) einerseits sowie mit der lebhaften Nachfrage nach Güter- und Personentransportleistungen andererseits. Der Güterverkehr profitierte von der anhaltend guten Baukonjunktur und der nur langsamen Konjunkturabschwächung in einigen frachtintensiven Branchen. Das zusätzliche Transportvolumen kam vor allem dem Verkehr auf der Straße zugute (Verbrauch von Dieseltreibstoff), aber auch die Bahn erzielte, insbesondere im Transitverkehr, hohe Leistungssteigerungen (Stromverbrauch der Bahn +9%). Der Reiseverkehr profitierte von der Belebung im internationalen Tourismus nach dem Ende des Golfkrieges, von den Marktanteilsgeinnen des österreichischen Fremdenverkehrs infolge der Kämpfe in Jugoslawien, von der im Inland wieder rascher wachsenden Motorisierung (Zahl der Pkw-Neuzulassungen +5% gegenüber dem Vorjahr), den kräftigen Realeinkommenszuwächsen und niedrigen Treibstoffpreisen (Benzinpreis -3%, Dieselpreis +0%). Der Trend zum Diesel-Pkw setzte sich

fort, und die Nachfrage nach den verbreiteten Benzinsorten ging weiter zurück (Superbenzin verbleit -7%, unverbleite Benzinsorten +25%).

Besonders stark nahm 1991 der Energiebedarf der Kleinabnehmer (Haushalte, Landwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungsbetriebe) zu. Nach ersten Schätzungen betrug der Zuwachs 13%. Mehr Energie dürften dank guter Beschäftigung Handel, Banken, Tourismussektor und Bauwirtschaft benötigt haben vor allem aber stieg der Bedarf der Haushalte für Heizzwecke (+12%). Drei Jahre waren die Temperaturen im Winter sehr mild gewesen, 1991 erreichten sie erstmals wieder annähernd den langjährigen Durchschnitt. (1991 war die Heizgradsumme um 12% höher als 1990, jedoch um 2% niedriger als in einem „Normaljahr“). Im vergangenen Jahrzehnt war ein Temperaturanstieg festzustellen gewesen, im Durchschnitt war die Heizgradsumme um 6% unter dem Mittelwert der vorangegangenen drei Jahrzehnte gelegen.) Außerdem hat die Wohnbevölkerung in jüngster Zeit stark zugenommen (1979/1989 +1,0%, 1989/1991 +2,6%), und dies hatte einen Aufschwung im Wohnungsbau zur Folge und vergrößerte den privaten Energiekonsum. Der Energieverbrauchszuwachs der Kleinabnehmer enthält auch Lagerkäufe. Wegen der

Entwicklung des Energieverbrauchs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Golfkrise nahm Ende 1990 zwar die Nachfrage nach Mineralölprodukten sprunghaft zu, sie konnte allerdings nur zum Teil befriedigt werden. Aufgrund von Produktionsengpässen mußten die Auslieferungen kontingentiert werden. Keine Schwierigkeiten bereitete dagegen die Deckung der Lagernachfrage Ende 1991. Vor der für Jahresbeginn 1992 beschlossenen Erhöhung der Mineralölsteuer stockten die Verbraucher ihre Vorräte kräftig auf.

Der Energiebedarf der Energieversorgungsunternehmen stieg nur mäßig (Verbrauch für Energiegewinnung, -umwandlung und -verteilung +3%), obwohl der Endenergieverbrauch

kräftig zunahm und witterungsbedingt die Stromerzeugung mehr Energieaufwand erforderte. Der Abbau von Brennstoffvorräten und zusätzliche Importe dämpften den Bedarfsanstieg 1991 führten die Flüsse noch weniger Wasser als im Jahr davor (1990 erzeugten die Wasserkraftwerke um 7%, 1991 sogar um 11% weniger Strom, als sie in einem Jahr mit durchschnittlicher Wasserführung produziert hätten). Nur dank dem forcierten Einsatz der Speicherkraftwerke sank die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke (+1%) nicht unter das Niveau des Vorjahres. Der Mehrbedarf mußte durch Importe (+24%) und den verstärkten Einsatz der Wärmekraftwerke (+5%) gedeckt wer-

den. Wegen allmählich knapper werdender Produktionskapazität müssen zunehmend Importverträge für die Wintermonate abgeschlossen werden. Für 1992 ist die Inbetriebnahme eines großen Wärmekraftwerkes geplant, dies sollte die Versorgungslage vorübergehend wieder verbessern. 1991 wurde mehr elektrischer Strom importiert als je zuvor (bisheriger Höchstwert 1990: 6,8 TWh), Österreich wurde erstmals Nettoimporteur (Importüberschuß 1991 0,8 TWh, durchschnittlicher Exportüberschuß 1981/1990 2,8 TWh).

Hatten die Energiepreise 1990 die Inflation beschleunigt (Verbraucherpreisindex ohne Energie +3,2%, Energie +4,2%), so bremsten sie 1991 den allgemeinen Preisaufrtrieb (Verbraucherpreisindex ohne Energie +3,6%, Energie +0,1%). Die Energievertteuerung infolge der Golfkrise hatte bereits im Spätherbst 1990 ihren Höhepunkt erreicht. Noch vor dem Ausbruch des Golfkrieges am Jahresbeginn 1991 hatten die Preise wieder nachgegeben und verharrten auch nach Kriegsende im wesentlichen auf diesem Niveau. In Österreich kostete Energie im Jahresdurchschnitt 1991 etwa gleich viel wie 1990. Billiger wurden Treibstoffe (Benzin -3%, Dieselöl +0%, insgesamt -3%), teurer Brennstoffe und Heizmaterial (+3%). Die Stromtarife stiegen nur wenig (+1%). Die preisbestimmte Wettbewerbsposition des Heizöls, die sich 1990 stark verschlechtert hatte, verbesserte sich 1991 geringfügig. Mit Jahresbeginn 1992 wurde die Mineralölsteuer kräftig angehoben (außerdem werden erstmals auch die Heizölsorten leicht, mittel und schwer mit Mineralölsteuer belastet). In der Folge verteuerten sich die Treibstoffe um 8%, und der Preisabstand zu Deutschland wurde weitgehend ausgeglichen.

Trotz höherer Energieimporte günstigere Energierechnung

1990 hatten die Energieimporte besonders stark zugenommen, 1991 erhöhten sie sich um 3%. Der Importbedarf wäre 1991 noch viel größer gewesen, wäre nicht ein großer Teil des zusätzlichen Energiebedarfs aus Vorräten gedeckt worden. Im Inland wurde nur etwa gleich viel Energie gefördert

wie im Vorjahr. Die energetische Nutzung der Wasserkraft stagnierte wegen der Trockenheit die Braunkohleförderung schrumpfte wegen zunehmender Wettbewerbsnachteile

Die Energieimporte haben zwar zugenommen, jedoch die Handelsbilanz weniger belastet als vor einem Jahr. Die Importkosten stiegen um nur 1% (Wärmewert der Importe +3%) implizit verbilligten sich die Importe somit um 2%. Per Saldo mußten 1,6% des Brutto-Inlandsproduktes für Energiebezüge aus dem Ausland aufgewendet werden (Importsaldo 1990 30,3 Mrd S, 1991 30,8 Mrd S), im Vorjahr waren es 1,7% und 1981, am Höhepunkt der zweiten Energiepreisschwelle, 5,5% gewesen. Der Preisrückgang erklärt sich mit der Energieverbilligung auf dem Weltmarkt, als die OPEC den Ausfall der Erdölexporte des Irak und Kuwaits rasch durch erhöhte Förderung ausgleichen konnte. Die Wechselkursgewinne des Dollars (+3%) haben die österreichischen Energiekäufe etwas verteuert. Zugenommen haben die Importe von Kohle, Erdöl, Benzin und elektrischem Strom, stark abgenommen die Heizölimporte. Erdgas wurde etwas weniger eingeführt als 1990. Importiertes Erdöl kostete weniger als im Jahr davor. Erdgas wurde teurer. Entsprechend der Preisgleitklausel wirkte sich der Anstieg der Erdölpreise infolge der Golfkrise erst in der ersten Jahreshälfte 1991 auf den Importpreis für Erdgas aus. Die Struktur der Rohölimporte Österreichs hat sich weiter zugunsten der OPEC und zu Lasten der UdSSR (bzw. GUS) verlagert. Wichtigste Rohöllieferanten waren 1990 Algerien, Libyen und Nigeria, 1991 Algerien, Nigeria und der Iran. Die Erdölbezüge aus der (ehemaligen) UdSSR sind 1991 um 39% geschrumpft und waren um fast zwei Drittel niedriger als drei Jahre zuvor.

Erdölpreise unter Druck

Wegen der gewaltsamen Besetzung Kuwaits durch den Irak im August 1990 verhängte die UNO ein Handelsembargo gegen den Irak. Damit fehlten auf dem Weltmarkt etwa 4 1/2 Mill. Barrel Rohöl pro Tag. Die übrigen Erdölanbieter konnten die Angebotslücke, insbesondere dank den Pro-

Mineralölprodukte

	1990	1991	1990/91
	1 000 t		Veränderung in %
Erzeugung	9 374	9 804	+ 4,6
Einfuhr	3 394	3 404	+ 0,3
Ausfuhr	393	331	-15,8
Lager und Statistische Differenz	- 300	- 156	-
Verbrauch	12 075	13 033	+ 7,9
Flüssiggas	187	182	- 2,7
Normalbenzin	805	913	+13,4
Superbenzin	1 758	1 889	+ 7,5
Leuchtpetroleum	25	7	-72,0
Flugpetroleum	336	383	+14,0
Dieseltreibstoff	2 128	2 318	+ 8,9
Gasöl für Heizzwecke	1 247	1 546	+24,0
Heizöle	2 268	2 319	+ 2,2
Sonstige Produkte	1 653	1 537	- 0,7
Produkte für die Weiterverarbeitung	1 668	1 939	+16,2

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

duktionsreserven Saudi-Arabiens, bereits nach wenigen Monaten füllen. Daraufhin brachen die Weltmarktpreise, die zeitweise bereits bis auf 40 \$ je Barrel (Juli 1990 15 \$ je Barrel) gestiegen waren, zusammen. Mitte Jänner 1991 kam es mit Billigung der UNO zum Krieg gegen den Irak; er endete nach sechs Wochen (offizieller Waffenstillstand Anfang März) mit der Befreiung Kuwaits, schweren Verlusten in der irakischen Bevölkerung und großen Zerstörungen. Allein das Löschen der brennenden Ölquellen dauerte fast ein Jahr. Der Irak durfte bisher kein Erdöl exportieren, die Verkäufe Kuwaits steigen nur langsam. Dennoch hat der Druck auf die Erdölpreise 1991 zugenommen. Die Preisspekulation im Herbst dauerte kurz. Die Weltwirtschaft befindet sich im Abschwung, der Energiebedarf wächst langsamer, und strengere Umweltschutzbestimmungen gehen oft zu Lasten des Heizölabsatzes. Im Februar 1992 einigten sich die OPEC-Staaten wieder auf Förderlimits und Förderquoten (diese waren wegen der Golfkrise 1990 freigegeben worden). Trotz vereinbarter Förderkürzungen rechnen die OPEC-Staaten aber nicht damit, das offizielle Preisziel von 21 \$ je Barrel zu erreichen.

Auf dem Weltmarkt kostete Erdöl im Jahresdurchschnitt 1990 21 \$ je Barrel (Arabian Light), 1991 17 \$ je Barrel (-16%). Im IV Quartal 1990 lag der Erdölpreis bei 28 \$ je Barrel, im I Quartal 1991 bei 17 \$ und zum Jahreswechsel 1991/92 nur noch bei 16 \$ je Barrel. In Österreich sanken die Importpreise nicht ganz so stark: Die österreichischen Importeure zahlten

frei Grenze 1990 2.115 S, 1991 1.910 S je t (-10%)

Stromverbrauch kräftig gestiegen

Das Wachstum des Stromverbrauchs war in den vergangenen Jahren hoch und hat sich zuletzt - trotz Abkühlung der Konjunktur - noch beschleunigt (1991 +4,6%). Der Stromverbrauch wuchs damit viel rascher als die gesamtwirtschaftliche Produktion (BIP real +3%), der Anstieg lag weit über den längerfristigen Prognosewerten (Prognose 1990/2000 +2,2%). Fast drei Viertel des Zuwachses entfallen auf den Mehrbedarf der Haushalte und sonstigen Kleinabnehmer (+6%): Die modernen Heizsysteme benötigen für den Betrieb von Pumpen und Regeleinrichtungen elektrischen Strom. Einen Teil der Verbrauchssteigerung erklärt, daß die Heizanlagen 1991 witterungsbedingt viel länger im Einsatz waren als im Vorjahr. Außerdem trugen die steigende Zahl der Haushalte, die Verbesserung des Wohnkomforts und die zunehmende Ausstattung mit stromverbrauchenden Geräten zum Mehrverbrauch der Haushalte bei. Von den sonstigen Kleinabnehmern dürften vor allem die Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe mehr Strom benötigt haben. Der Stromverbrauch der Industrie stieg nur mäßig (+1%), weil in der Grundstoffindustrie die Konjunktur bereits merklich schwächer wurde. Stark zugenommen hat der Strombedarf der Bahn (+9%): Die Auftragslage im Güterverkehr ist anhaltend gut, und die Bemühungen, insbesondere im Transitverkehr Teile

Elektrischer Strom

	1990	1991	1990/91
	GWh		Veränderung in %
Erzeugung	50 413	51 476	+ 2,1
Wasserkraft	32 491	32 722	+ 0,7
Wärmeleistung	17 922	18 754	+ 4,6
Einfuhr	6 839	8 502	+24,3
Ausfuhr	7 298	7 738	+ 6,0
Verbrauch	49 954	52 240	+ 4,6

Q: Bundeslastverteiler

des Transportvolumens von der Straße auf die Bahn zu verlagern, haben Erfolg.

Weil die Wasserkraftwerke wegen Trockenheit nur gleich viel Strom erzeugten wie vor einem Jahr, mußte der Verbrauchszuwachs durch höhere Importe (+24%) und mit kalorischen Kraftwerken gedeckt werden (+5%). Für den Betrieb der Dampfkraftwerke wurde mehr Kohle und Heizöl eingesetzt, Erdgas blieb jedoch der wichtigste Energieträger für die Unterfeuerung der Kessel. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben 1991 ihre Brennstoffvorräte etwas abgebaut. Die Steinkohlelager bei den Dampfkraftwerken sanken von 1,6 Mill t (Ende 1990) auf 1,3 Mill t (Ende 1991), die Braunkohlevorräte von 2,3 Mill t auf 1,9 Mill t, und die Heizölvorräte blieben mit rund 0,5 Mill t nahezu unverändert. Die Brennstoffvorräte decken (gemessen am Verbrauch 1991) insgesamt etwa 80% eines Jahresverbrauchs der Kraftwerke.

Feste Brennstoffe verlieren, Kohlenwasserstoffe gewinnen Marktanteile

Von der lebhaften Energienachfrage profitierten vor allem Erdgas und Mineralölprodukte, weniger die Kohle. Der Verbrauch von Kohlenwasserstoffen nahm um 7% zu, der von Kohle

um 2% (gemessen am Heizwert um 3%). Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen benötigten mehr Kohle (+10%) als im Vorjahr, die Endverbraucher nur gleich viel (+1%). Die kalorischen Kraftwerke standen 1991 forciert im Einsatz, weil der Stromverbrauch rasch wuchs und die Erzeugung der Wasserkraftwerke witterungsbedingt stagnierte. In den Vorjahren hatten deutlich steigende Brennstoffvorräte bei den Kohlekraftwerken deren Produktionskosten zunehmend belastet. 1991 mußten auch die Kohlekraftwerke länger eingesetzt werden, und die hohen Lagerbestände konnten reduziert werden. Die Kohlenachfrage der Endverbraucher entwickelte sich je nach Abnehmer unterschiedlich: Die Industriebetriebe benötigten weniger (-4%), die Kleinabnehmer viel mehr Kohle als 1990 (+16%). Der Rückgang in der Industrie erklärt sich mit der Rezession in der Eisen- und Stahlindustrie und in Teilen der Baustoffindustrie sowie mit der Verdrängung der Kohle durch Erdgas. Die Haushalte benötigten vor allem wegen der niedrigen Temperaturen am Jahresbeginn mehr Kohle. Außerdem dürften der Golfkrieg und die Kriegshandlungen in Jugoslawien die Verbraucher veranlaßt haben, ihre Vorräte aufzustocken und höhere Lager zu halten.

Der Verbrauch von Mineralölprodukten stieg 1991 um 8%. Sowohl der

Heizölverbrauch (+10%) als auch der Treibstoffabsatz (+9%) erhöhten sich sprunghaft. Der starke Zuwachs erklärt sich zum Teil mit Sondereinflüssen: Die kräftige Erhöhung der Mineralölsteuer in Deutschland Mitte des Jahres veränderte das Treibstoffpreisgefälle zugunsten Österreichs. In der Folge nahmen die Treibstoffkäufe bei österreichischen Tankstellen in der Nähe der deutschen Grenze stark zu. Anfang 1992 wurde auch in Österreich die Mineralölsteuer auf Treibstoffe und Ofenheizöl angehoben. Außerdem sind nun erstmals auch die

Verbrauch von Erdölprodukten und Erdgas viel höher als im Vorjahr

übrigen Heizölsorten mit Mineralölsteuer belastet. Das löste Ende 1991 einen Nachfrageboom und den Aufbau von statistisch nicht gesondert erfaßten Treibstoff- und Heizölvorräten aus. Überdies ist zu beachten, daß das Verbrauchsniveau 1991 vermutlich durch die zeitweise Kontingentierung der Produktenverkäufe während der Golfkrise gedrückt wurde. Der Heizölverbrauch der Elektrizitätswirtschaft und der Kleinabnehmer hat stark zugenommen, jener

Entwicklung der Preise von Mineralölprodukten

Datum der Preisänderung	Benzin		Gasöl steuerbegünstigt
	Normal	Super verbleit	
	Schilling je Liter an der Pumpe		
1991			
3. Jänner	—	—	5,20
8. Jänner	—	—	4,90
12. Jänner	9,30	9,90	5,20
16. Jänner	9,60	10,30	5,60
19. Jänner	9,10	9,80	5,30
22. Jänner	8,80	9,50	5,10
12. Februar	—	—	5,30
14. Februar	—	—	5,50
19. Februar	—	—	5,10
27. Februar	—	—	4,70
5. März	—	—	4,30
8. März	9,10	9,80	—
24. April	9,30	10,00	4,60
3. Oktober	9,10	9,80	—
12. Oktober	—	—	4,80
23. November	—	—	4,60
29. November	8,90	9,60	—
7. Dezember	—	—	4,40
12. Dezember	8,70	9,30	4,20
31. Dezember	8,50	—	—
1992			
1. Jänner	9,34	10,62	4,40
13. Jänner	—	—	4,20
21. Jänner	—	—	4,40
14. Februar	9,54	—	—

Kohle

	1990	1991	1990/91
	1 000 t		Veränderung in %
Erzeugung	4 173	3 620	-13,3
Einfuhr	4 753	5 020	+ 5,6
Ausfuhr	5	5	± 0,0
Lager und Statistische Differenz	+ 386	+ 808	—
Verbrauch	9 307	9 443	+ 1,5
Steinkohle	4 160	4 065	- 2,3
Steinkohlenkoks	2 398	2 410	+ 0,5
Braunkohle	2 461	2 685	+ 9,1
Braunkohlenbriketts	288	283	- 1,7

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Erdgas

	1990	1991	1990/91
	Mill m ³		Veränderung in %
Förderung	1.288	1.330	+ 3,3
Einfuhr	5.220	5.129	- 1,7
Lager und Statistische Differenz	- 456	- 54	-
Verbrauch	6.052	6.405	+ 5,8

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

der Industrie beträchtlich abgenommen. Insgesamt verlagerte sich die Nachfrage deutlich von den schweren Heizölen zu den leichteren Sorten mit geringerem Schwefelgehalt (Ofenheizöl +24%, Heizöl leicht +11%).

Seit den späten achtziger Jahren wächst die Nachfrage nach Erdgas kräftig. Diese Entwicklung setzte sich 1991 fort (1990/91 +6%, 1988/1991 +25%). Die preisbestimmte Wettbewerbsposition von Erdgas ist günstig, und seine Umwelteigenschaften sind besser als die vieler Substitutionskonkurrenten. 1991 nahm der Erdgasabsatz an die Haushalte (+21%) und die Fernheizwerke (+14%) stark, der an die Industrie mäßig zu (+2%). Die Elektrizitätswirtschaft hatte ihre Erdgasbezüge 1990 sprunghaft erhöht und verfeuerte 1991 gleich viel wie im Vorjahr. Sowohl in der Industrie als auch im privaten Konsum konnte Erdgas Anteile auf dem Markt für Heizmaterial gewinnen. Weil 1991 die Lager nicht weiter aufgestockt wurden, konnte der hohe zusätzliche Bedarf ohne Steigerung des Aufkommens (Produktion plus Importe -1%) gedeckt werden. Die Erdgaslager betragen am Jahresende 1,6 Mrd m³ (Ende 1990 1,5 Mrd m³), sie decken (gemessen am Verbrauch 1991) etwa 25% eines Jahresverbrauchs.

Karl Musil

Abschwächung im Güterverkehr

Die seit Anfang 1988 kontinuierlich wachsende Güterverkehrsnachfrage dürfte im II. Quartal 1991 einen Wendepunkt erreicht haben. Die beginnende Konjunkturabschwächung im Grundstoffbereich traf bereits die Massengütertransporte. Insgesamt waren aber im Jahr 1991 die Gütertransportleistungen höher als im Vor-

jahr. Dazu trug vor allem der lebhaftere Einzelhandel bei (+4,7% gegenüber 1990). Auch der Außenhandel nahm noch spürbar zu (Tonnage +3,5%). Die Industrie produzierte um nur 1,9% mehr als im Vorjahr, einem Produktionsrückgang in den transportintensiven Eisenhütten (-6,0%) stehen kräftige Zuwächse in der Nahrungsmittelindustrie (+6,2%) und der Papierindustrie (+4,1%) gegenüber. Die Sägen produzierten um 4% weniger, die Baustoffindustrie konnte ihr Vorjahresergebnis knapp erreichen (+0,8). Dagegen war die Bautätigkeit sehr lebhaft (+6,2%). Die Transportwirtschaft profitierte auch von den Produktionssteigerungen in der Erdölindustrie (+6,7%).

Die Gütertransportleistungen der ÖBB erreichten 1991 12,86 Mrd n-t-km (+1,4% gegen 1990). Ab Jahresmitte setzte saisonbereinigt eine rückläufige Tendenz in den Bahntransporten ein. Das positive Jahresergebnis kam dank dem starken Einfuhrverkehr zustande (+11,2%), der Inlandverkehr ging um 5,5%, der Transitverkehr um 0,3% zurück. Im Ausfuhrverkehr (+0,8%) wurde das sehr gute Vorjahresergebnis leicht übertroffen. 1991 entfielen von den Gütertransportleistungen der Bahn 26% auf den In-

land-, 28% auf den Einfuhr-, 24% auf den Ausfuhr- und 22% auf den Transitverkehr.

Ergebnisse über die Transportleistungen im Straßengüterverkehr liegen für 1991 noch nicht vor. Die Nachfrage nach fabriksneuen Schwerfahrzeugen hat stark nachgelassen (Lkw über 7 t Nutzlast -14%, Sattelfahrzeuge -11% gegenüber 1990). Das Fuhrgewerbe schränkte seine Fahrzeuginvestitionen um 17% ein. Kleinere Transportfahrzeuge waren lebhaft nachgefragt (Neuzulassungen unter 2 t Nutzlast +6%), sodaß die gesamten Lkw-Neuzulassungen 1991 mit 27.506 um 2,8% höher waren als 1990.

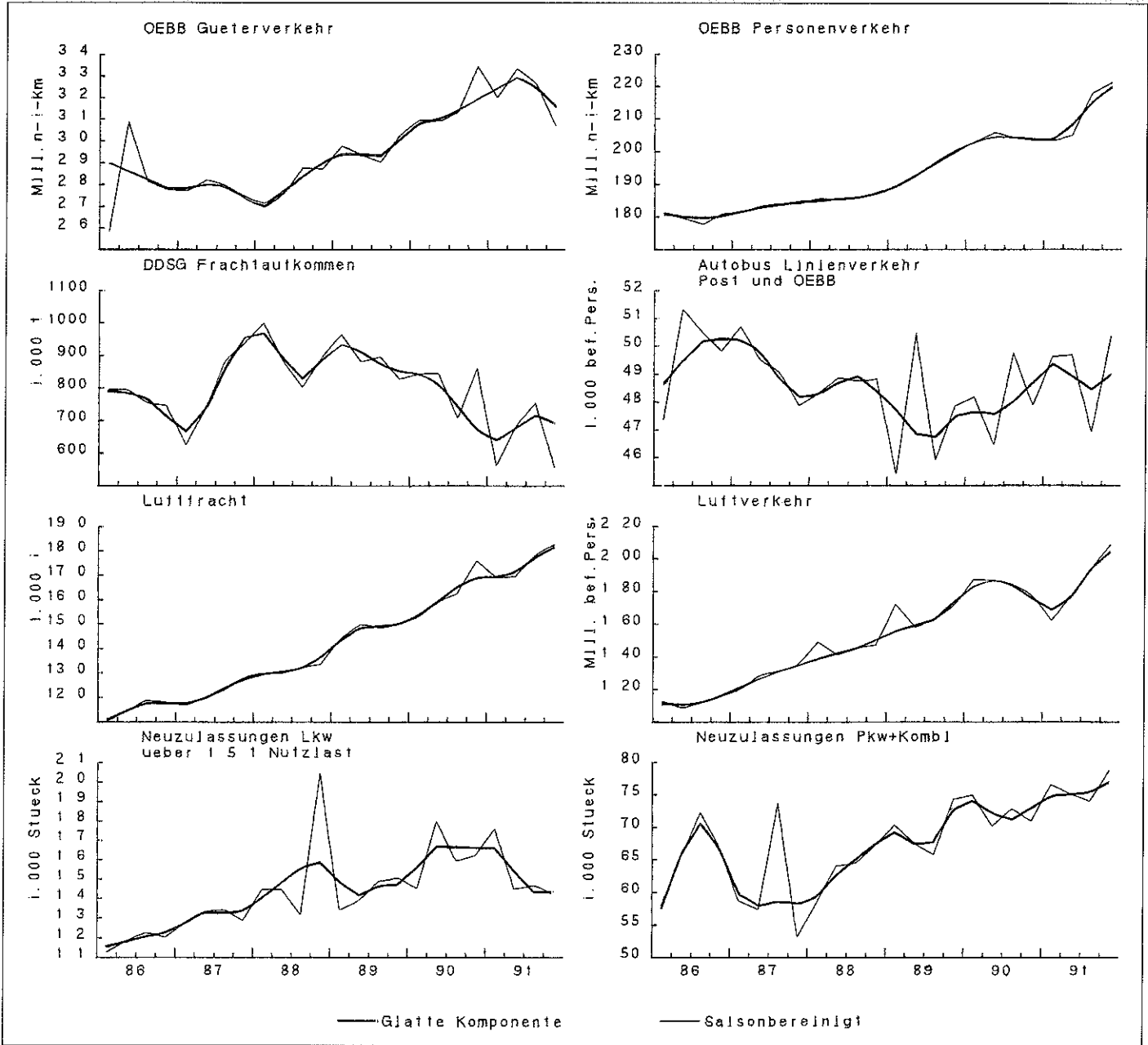
Einen weiteren schweren Rückschlag mußte 1991 die Donauschifffahrt hinnehmen. Die Flaute in der Stahlkonjunktur, die Umwälzungen in den Oststaaten, Niederwasser auf der Donau und die kriegerischen Auseinandersetzungen im kroatisch-serbischen Grenzraum trugen dazu bei, daß die Transportleistungen auf der Donau in Österreich nach dem Einbruch 1990 (-11% gegenüber 1989) im Berichtsjahr 1991 erneut um 11,3% abnahmen. Das Transportaufkommen der DDSG sank gar um fast 20%. Die Bemühungen zur Sanierung der DDSG brachten 1991 wichtige Ergebnisse: Die Pensionslasten werden mit finanzieller Hilfe des Bundes durch die ÖIAG-Pensionskasse abgesichert. Das Unternehmen besteht nun aus einer DDSG-Holding mit zwei Gesellschaften - der DDSG-Donaureisen GmbH und der DDSG-Cargo GmbH. Derzeit laufen Verkaufsverhandlungen über die DDSG-Cargo. Im Herbst 1992 ist

Güterverkehr

		1991	1991	Ø 1985/1990
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill n-t-km	12.862,0	+ 1,4	+ 1,4
Inland	Mill n-t-km	3.281,0	- 5,5	- 0,7
Einfuhr	Mill n-t-km	3.543,0	+11,2	+ 2,9
Ausfuhr	Mill n-t-km	3.010,0	+ 0,8	+ 7,0
Transit	Mill n-t-km	2.855,0	- 0,3	- 3,1
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	77.516,9	- 5,5	+ 2,9
Fuhrgewerbe	in t	17.651,4	-20,8	- 1,7
Werkverkehr	in t	59.865,5	+ 0,2	+ 4,9
Verbrauch an Dieselmotorkraftstoff	in t	2.314,9	+11,1	+ 6,4
Schifffahrt DDSG	1 000 t	2.599,1	-19,9	+ 2,5
Rohrleitungen Mineralöl	Mill n-t-km	6.608,2	+ 5,0	+ 4,3
Einfuhr und Inland	Mill n-t-km	3.268,6	+ 4,7	+ 0,6
Transit	Mill n-t-km	3.339,6	+ 5,4	+ 8,9
Luftfahrt ²⁾	1 000 t	70,1	+ 7,5	+ 7,8
AUA	1 000 t	26,3	+10,6	+ 6,7

¹⁾ Vorläufige Werte - ²⁾ Fracht An- und Abflug

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



die Eröffnung der durchgehenden Rhein-Main-Donauwasserstraßen geplant. Die österreichische Binnenschifffahrt und Hafenverwaltungen erwarten davon eine starke Belebung der Wassertransporte. Wesentlich wird aber sein, wie sich die Volkswirtschaften der östlichen Donaustaaten entwickeln werden.

Nach zweistelligen Wachstumsraten in den zwei Jahren zuvor verzeichnete die Luftfracht 1991 nur noch einen Zuwachs von 7,5%. Die kräftige Mineralölnachfrage verstärkte den Durchsatz in den Rohrleitungen (+5,0% gegen 1990); die Transitleistung (+5,4%) nahm etwas stärker zu als

der Einfuhr- und Binnentransport (+4,7%).

Starker Personenverkehr

Der Personenverkehr erhielt im Berichtsjahr kräftige Impulse durch den Tourismus (Nächtigungen +5,2%) und das Beschäftigungswachstum (+2,3%). Der rückläufige Trend im Ausbildungsverkehr hat sich, demographisch bedingt abgeschwächt. Die ÖBB meldeten im Personenverkehr einen Zuwachs von 4,8%. Wie die saisonbereinigten Reihen zeigen, ist ein Großteil des Zuwachses dem NAT (Neuer Austrotakt) zuzuschreiben,

obschon die Vertaktung und Systematisierung des Fahrplanes anfangs mit einigen Mängeln behaftet war. Mit dem Sommerfahrplan 1992 soll ein Großteil der Schwächen des NAT bereinigt sein.

Der rückläufige Trend im Linienbusverkehr von Post und ÖBB kehrte sich 1991 um, die Busse beförderten um 3,3% mehr Passagiere als 1990. Die städtischen Verkehrsbetriebe verzeichneten nur leicht steigende Benutzerfrequenzen (+1,2% gegenüber 1990). Die Luftfahrt litt 1991 unter den Auswirkungen der Golfkrise. Der Nachfrageeinbruch im I. Quartal konnte aber im Laufe des Jahres aus-

Personenverkehr

		1991 Absolut	1991 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1985/1990 Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill P-km	8 990 0	+ 4,8	+ 3,7
Linienbus Post ÖBB	Mill Pers	197 9	+ 3,3	- 1,0
Städtische Verkehrsbetriebe	Mill. Pers	868 0	+ 1,2	+ 0,5
Luftfahrt ²⁾	1 000 Pers	7 444 1	+ 0,9	+ 10,6
AUA	1 000 Pers.	2 645 7	- 4,0	+ 7,0
Benzinverbrauch	Mill l	3 676 6	+ 9,5	+ 14

¹⁾ Vorläufige Werte — ²⁾ Linien- und Charterverkehr An- und Abflug

geglichen werden, in der Jahressumme ergab sich ein leichtes Plus (+0,9% gegenüber 1990) Der Zuwachs ist hauptsächlich der verstärkten Bedienung des Wiener Flughafens durch internationale Fluggesellschaften zu danken. Die AUA (-4,0% gegenüber 1990) haben dadurch deutlich Marktanteile verloren Die saisonbereinigten Werte weisen darauf hin, daß sich die Passagierluftfahrt seit dem II Quartal 1991 wieder in einem kräftigen Aufwind befindet

Der Benzinverbrauch, üblicherweise ein guter Indikator für das Wachstum des motorisierten Individualverkehrs, stieg 1991 um 9,5% Diese starke Zunahme erklärt sich aber fast ausschließlich durch die Änderung der Benzinpreisrelation zwischen der BRD und Österreich Benzin war seit 1974 in Österreich teurer als in der BRD Am 1 Juli 1991 wurde in der BRD die Mineralölsteuer kräftig erhöht, womit Benzin teurer wurde als in Österreich. In der Folge tankten vermehrt deutsche Autofahrer in Österreich und umgekehrt weniger österreichische Autofahrer in Deutschland. Dementsprechend stieg nach einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 1,1% im I und 3,2% im II Quartal der Benzinabsatz in Österreich im III. Quartal um 13,1% und im IV Quartal um 20,5% Mit 1. Jänner 1992 wurde auch in Österreich die Mineralölsteuer erhöht, Benzin ist aber weiterhin billiger als in Deutschland Die Reaktion des „Tanktourismus“ auf Änderungen der zwischenstaatlichen Treibstoffpreisrelationen wurde vom WIFO eingehend analysiert (Puwein, W, „Einfluß des Benzinpreises auf den Personenverkehr“, WIFO-Monatsberichte, 1981, 54(1), S 10-18). So sehr eine den sozialen Kosten (Kosten von Verkehrsunfällen, Umweltschäden, Verkehrswegen) entsprechende Belastung des Treibstoff-

verbrauchs anzustreben ist, so zeigt die jüngste Entwicklung des Benzinabsatzes in Österreich die Grenzen der Treibstoffbesteuerung auf Ein kleines, nach allen Seiten offenes Land kann sein Treibstoffpreisniveau nicht allzusehr von den Nachbarländern abheben, ohne dadurch den umweltpolitisch wenig wünschenswerten „Tanktourismus“ zu beleben Eine international einheitliche Abgabe auf Treibstoffe wäre daher für Österreich besonders wünschenswert Es ist zu hoffen, daß im Zuge der Steuerharmonisierung in der EG die Treibstoffsteuern im Binnenmarkt nach den tatsächlichen sozialen Kosten des motorisierten Individualverkehrs ausgerichtet werden

Mit 1 Jänner 1992 wurde die Umsatzsteuer für Pkw von 32% auf 20% gesenkt Dafür wurde eine Zulassungsabgabe in Form der Normverbrauchsabgabe (NOVAG) eingeführt, deren Höhe sich nach dem Treibstoffverbrauch des Fahrzeuges richtet Durch diese Umstellung wurden Pkw mit kleinem Hubraum um bis zu 6% billiger, Pkw mit großem Hubraum um

höchstens 1½% teurer Dementsprechend flaute die Nachfrage nach Kleinfahrzeugen gegen Jahresende ab (Neuzulassungen von Pkw mit einem Hubraum bis zu 1 000 cm³ Dezember 1991 -3,2% gegenüber dem Vorjahr), und große Fahrzeuge wurden kräftig vorgekauft (Pkw mit über 2 000 cm³ Hubraum Dezember 1991 +176,5%). Insgesamt wurden 1990 303 727 fabriksneue Pkw angemeldet (+5,2%); die Zulassungen von Fahrzeugen mit einem Hubraum unter 1 000 cm³ stiegen um 7,7%, von Fahrzeugen mit einem Hubraum zwischen 1 000 cm³ und 1 500 cm³ um 12,2%. Mittelklassewagen (1 500 cm³ bis 2 000 cm³) waren wenig nachgefragt (-1,4%), große Pkw (2 000 cm³ und mehr) wurden viel mehr gekauft als 1990 (+23,7%) Die Einfuhr von fabriksneuen Pkw erreichte 1991 einen Wert von 39,8 Mrd S (+4,7%)

Transitvertrag und ÖBB-Gesetz

Die verkehrspolitischen Diskussionen konzentrierten sich im Vorjahr auf den Vertrag mit der EG über den Straßengütertransit durch Österreich und den Entwurf eines neuen ÖBB-Gesetzes. Der Transitvertrag wurde am 4 Dezember 1991 in Brüssel zwischen der EG und Österreich paraphiert Das Abkommen soll eine Laufzeit von zwölf Jahren haben und auch nach einem EG-Beitritt Österreichs gelten. Mittels eines „Ökopunktesystems“ sollen die Schadstoffemissionen bis zum Jahr 2003 auf 40% des Niveaus von 1991 gesenkt werden

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	1991 Stück	1991 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1985/1990 Veränderung in %
Pkw			
Bis 1 500 cm ³	92 132	+ 11,9	- 8,9
1 501 cm ³ und mehr	211 572	+ 2,6	+ 10,3
Insgesamt	303 723	+ 5,2	+ 3,0
Lkw			
Bis 1 999 kg	22 632	+ 6,0	+ 5,5
2 000 bis 6 999 kg	2 615	- 5,5	+ 6,8
7 000 kg und mehr	2 259	- 14,0	+ 6,1
Insgesamt	27 506	+ 2,8	+ 5,7
Anhänger			
Bis 2 999 kg	17 198	+ 3,7	+ 2,7
3 000 bis 6 999 kg	301	- 4,1	- 1,7
7 000 kg und mehr	1 423	- 7,7	- 3,9
Insgesamt	18 922	+ 2,6	+ 2,0
Sattelfahrzeuge			
Insgesamt	1 634	- 11,3	+ 11,7

Die Zahl der Lkw-Fahrten darf aber 1,3 Mill. nicht überschreiten Gerade diese Begrenzung sowie die Erhöhung der Brennermaut lösten im Frühjahr 1992 erneut Diskussionen über das Transitabkommen aus, dessen Unterzeichnung für Juni 1992 geplant ist Das Transitabkommen sieht auch eine Aufstockung der Beförderungskapazität der Bahn zwischen der BRD und Italien durch Österreich vor Der Bund wird 10 Mrd S in die Inntal-Brennerstrecke investieren

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr legte dem Ministerrat im Vorjahr den Entwurf eines Bundesbahngesetzes zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Bundesbahnen vor Die ÖBB sollen von einem Wirtschaftskörper des Bundes in eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit umgewandelt werden, mit dem Ziel, entsprechend den Vorgaben des Arbeitsübereinkommens der Regierungsparteien die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bahn im Personen- und Güterverkehr zu erhöhen Die Einnahmensituation der ÖBB hat sich 1991 verbessert, im Güterverkehr stiegen die Tarifeinnahmen um 5,1%, im Personenverkehr um 11,2%. Am 1. Juli 1991 wurden die Personentarife um durchschnittlich 4,9% angehoben Die Investitionen in die Bahninfrastruktur über die Hochleistungsstrecken-AG werden in vier Abschnitten mit einem Bauvolumen von 5 Mrd. S fortgeführt Es sind dies die Umfahrung Innsbrucks, die Westbahnstrecke Krummnußbaum—Säusenstein, eine Verbindungsschleife von West- und Pyhrnbahn zwischen Traun und Marchtrenk und die Tunnelumfahrung von Lambach Der Baubeginn des Semmering-Basistunnelprojekts verzögert sich, die Bundesländer Niederösterreich und Steiermark befassen sich zur Zeit mit dem eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren

Wilfried Puwein

Rückschlag im Agrarsektor

Nach zwei guten Jahren hat der Agrarsektor 1991 einen Rückschlag erlitten Volumen und Wert der agrari-

schen Produktion und Wertschöpfung sind gesunken Auch die Agrareinkommen fielen zurück Das negative Gesamtergebnis wurde durch eine scharfe Rücknahme des Holzeinschlags geprägt Eine für den Agrarsektor nachteilige Preisentwicklung akzentuierte den Abfall in der nominalen Rechnung.

Nach Produktionssparten waren die Ergebnisse des Jahres 1991 ungewöhnlich differenziert Hohen Einbußen in der Forstwirtschaft standen geringe, angesichts der guten Werte für das Vorjahr aber akzeptable Zuwächse im Pflanzenbau und in der Tierproduktion gegenüber Die starke Einschränkung der Holznutzung ist als Reaktion auf den durch schwere Windwürfe erzwungenen Rekordeinschlag des Vorjahres und den dadurch ausgelösten Marktdruck zu sehen.

Die westeuropäischen Bauern mußten nach Angaben von Eurostat (1992 (6)) wie 1990 auch im Jahre 1991 reale Einkommensverluste hinnehmen Die deutsche Landwirtschaft war davon besonders betroffen Die Einbußen gehen auf einen Verfall der realen Erzeugerpreise zurück

Nach den vorliegenden Ergebnissen der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung war die *agrарische Endproduktion 1991* real um rund 4½% geringer als im Vorjahr Bewertet zu den aktuellen Preisen fiel sie um etwa 5% auf rund 78,1 Mrd S zurück

Die Bauern sparten zwar am Betriebsmitteleinsatz, trotzdem sank die *Brutto-Wertschöpfung* der Land- und Forstwirtschaft noch etwas stärker (real -5½%; nominell 53 0 Mrd S, -6½%) als der Rohertrag Die aus der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung einschließlich öffentlicher Beihilfen erzielten Einkommen (*Beitrag zum Volkseinkommen*) waren mit rund 39,1 Mrd. S um etwa 9% niedriger als im Vorjahr.

Der Abfall der *realen Endproduktion* geht auf eine scharfe Rücknahme des Holzeinschlags (-27%) zurück Im Pflanzenbau waren die Erträge im allgemeinen zufriedenstellend (+2%) An Ölsaaten Hackfrüchten und Gemüse wurde mehr geerntet; Getreide, Obst und Wein fielen etwas weniger an Auch die Tierproduktion wurde nach leichten Einbußen seit 1984 wieder etwas ausgeweitet Die Marktleistung an Vieh und Fleisch nahm zu (insbesondere mehr Rinder und Geflügel), der Viehbestand wurde reduziert Die Milchlieferung war rückläufig, weil mehr Betriebe auf die volle Ausschöpfung ihrer Quote gegen Prämie verzichteten

Die *agrарischen Erzeugerpreise* blieben 1991 im Durchschnitt unverändert Im Pflanzenbau erzielten Obst und Gemüse dank einer günstigen Marktlage im allgemeinen sehr gute Erlöse Die Weinpreise blieben gedrückt, die Getreidepreise wurden leicht zurückgenommen Rinder (-2½%) waren im Jahresdurchschnitt

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1990 Ø 1982/1984 = 100	1991 ¹⁾	1990	1991 ¹⁾
			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	103,6	105,6	+ 3,5	+ 1,9
Tierhaltung	98,4	99,8	- 0,0	+ 1,3
Landwirtschaft	100,1	101,6	+ 1,1	+ 1,5
Forstwirtschaft	124,1	89,3	+14,5	-28,0
Land- und Forstwirtschaft	104,1	99,5	+ 3,5	- 4,4
Minus Vorleistungen	101,5	98,5	+ 2,3	- 2,9
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen) ²⁾	105,6	100,1	+ 4,2	- 5,3
Futtermittelimport	101,8	99,2	+ 5,8	- 2,6
Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft	100,0	101,7	+ 0,9	+ 1,7
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	79,0	75,7	- 3,7	- 4,2
Arbeitsproduktivität ³⁾	133,7	132,3	+ 8,2	- 1,0
Landwirtschaftliche Nutzfläche	97,0	97,5	- 1,3	+ 0,5
Flächenproduktivität netto ⁴⁾	103,1	104,3	+ 2,2	+ 1,2

Q: Eigene Berechnungen. — ¹⁾ Vorläufige Werte. — ²⁾ Korrigiert. — ³⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP je Beschäftigten. — ⁴⁾ Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1990 Zu laufenden Preisen Mill S	1991 ¹⁾ Zu laufenden Preisen Mill S	1990 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1991 ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	22 480	22 650	+ 9,5	+ 1
Tierhaltung	43.304	44.000	+ 3,4	+ 1½
Landwirtschaft	65 784	66 650	+ 5,4	+ 1½
Forstwirtschaft	16.386	11.500	+ 11,4	- 30
Land- und Forstwirtschaft	82 170	78 150	+ 6,5	- 5
Minus Vorleistungen	25.491	25 150	+ 2,6	- 1½
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen) ²⁾	56 679	53 000	+ 8,4	- 6½
Plus Subventionen minus indirekte Steuern ³⁾	+ 3.332	+ 3.800	+ 14,1	+ 14
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Faktorkosten)	60 011	56 800	+ 8,7	- 5½
Minus Abschreibungen	16.916	17.650	+ 3,1	+ 4½
Beitrag zum Volkseinkommen	43 095	39 150	+ 11,1	- 9
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Inlandsprodukt in %	33	29		

Q: Eigene Berechnungen; netto ohne Mehrwertsteuer. - ¹⁾ Vorläufige Werte - ²⁾ Korrigiert - ³⁾ Einschließlich Netto-Zahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Mehrwertsteuer

billiger, Schweine (+ 1½%) etwas teurer als 1990. Der durchschnittliche Milcherlös überstieg den Vorjahreswert um etwa 3%. Im Durchschnitt stagnierten die Erzeugerpreise tierischer Produkte etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+ ½%). Die Holzpreise waren um 2½% niedriger. Landwirtschaftliche Vorleistungen waren 1991 im Durchschnitt um 2% Investitionsgüter um 4½% teurer als im Vorjahr,

die Austauschrelationen verschoben sich zu Lasten des Agrarsektors

Der Wert der agrarischen Endproduktion¹⁸⁾ fiel mit 78 1 Mrd S um rund 5% unter das Vorjahresniveau. Der tiefe Einbruch in der Forstwirtschaft (-30%) konnte durch leichte Zuwächse im Pflanzenbau (+ 1%) und in der Tierproduktion (+ 1½%) bei weitem nicht ausgeglichen werden. Bes-

sere Roherträge waren für Gemüse und Obst zu verzeichnen. Die Kartoffelbauern konnten das sehr gute Vorjahresergebnis nicht halten. Milch, Schweine, Geflügel und Eier brachten etwas bessere Erträge. Die Rinderproduzenten erlitten leichte Einbußen.

Zahl der bäuerlichen Betriebe relativ stabil

Im Jahresdurchschnitt waren 1991 208 200 Personen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt (ohne Arbeitslose), um 4,2% weniger als im Vorjahr. Damit hielt die seit 1989 beobachtete leichte Beschleunigung der Abwanderung von Arbeitskräften aus der Land- und Forstwirtschaft an. Dies deutet darauf hin, daß die Bauern ihre Zukunftschancen als schlechter einschätzen als zuvor. Eine der Ursachen hierfür könnte die Diskussion um den EG-Beitritt Österreichs (von dem die Bauern Nachteile befürchten) sowie den weltweiten Abbau des Agrarschutzes sein.

Die Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1990 zeigen, daß auch in den achtziger Jahren im westeuropäischen Ver-

Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familienangehörige ¹⁾	Beschäftigte ²⁾	Unselbständige Arbeitslose		Insgesamt	Beschäftigte ³⁾	Berufstätige ⁴⁾	Beschäftigte ³⁾	Berufstätige ⁴⁾
			In 1 000						
1951	765 0	201 8	4 2	206 0	966 8	971 0	31,3	30,3	
1961	585 1	113 2	10 4	123 6	698 3	708 7	21 7	21 6	
1971	365 9	53 6	4 4	58 0	419 5	423 9	13,6	13 6	
1981	251 4	36 0	3 1	39 1	287 4	290 5	8 8	8 7	
1989	197 8	27 9	3 7	31 6	225 7	229 4	6 9	6 7	
1990	189 5	27 9	3 8	31 7	217 4	221 2	6,5	6 3	
1991	180 5	27 7	4 2	31 9	208 2	212 4	6 1	5 9	
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %									
1951/1961	- 2 6	- 5 6	+ 9 5	- 5 0	- 3 2	- 3 1	- 5 0	- 3 1	
1961/1971	- 4 6	- 7 2	- 8 2	- 7 3	- 5 0	- 5 0	- 3 7	- 3 7	
1971/1981	- 3 7	- 3 9	- 3 4	- 3 9	- 3 7	- 3 7	- 3 1	- 3 1	
1981/1991	- 3 3	- 2 6	+ 3 1	- 2 0	- 3 2	- 3 1	- 4 1	- 4 1	
1989	- 4 3	- 1 8	- 9 8	- 2 8	- 4 0	- 4 1	- 3 6	- 3 6	
1990	- 4 2	0 0	+ 2 7	+ 0 3	- 3 7	- 3 6	- 4 0	- 4 0	
1991	- 4 7	- 0 7	+ 10 5	+ 0 6	- 4 2	- 4 0			

Q: Schätzung des WIFO aufgrund der Volkszählungen, Angaben der Land- und forstwirtschaftlichen Landes-Buchführungs-Gesellschaft, der Bauernkrankenkasse, der Bauernpensionsversicherung, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Es gelten die Definitionen der Volkszählung 1981 (1971). - ¹⁾ Ohne Ehefrauen von Landwirten, die sich als nicht berufstätig deklarierten. - ²⁾ Einschließlich Präsenzdiener, Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen usw. - ³⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte - ⁴⁾ Selbständige, unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose

¹⁸⁾ In den ausgewiesenen Endproduktionswerten sind die Prämien für den Anbau von Ölsaaten und Körnerleguminosen, die Kälbermast, die Mutterkuhhaltung oder den freiwilligen Verzicht auf die volle Nutzung des Milchlieferrechtes usw. nicht enthalten. Sie werden in der Volkseinkommensrechnung als Subventionen an die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verbucht.

gleich überraschend wenig bäuerliche Betriebe aufgelöst wurden (–1% pro Jahr) Zugleich hielt der Zug zum Nebenerwerb an. Derzeit wird nur noch etwa ein Drittel aller Höfe im Vollerwerb bewirtschaftet. Der Agrarpolitik ist es demnach gelungen, eine hohe Dynamik (rasch wachsende Bedeutung von Berufs- und Einkommenskombinationen für die bäuerlichen Haushalte) mit einer regionalpolitisch erwünschten hohen Stabilität der Zahl bäuerlicher Betriebe zu kombinieren.

Durchschnittsernten im Pflanzenbau

Der Pflanzenbau brachte 1991 meist befriedigende Erträge. Mit 5,04 Mill. t (–4,6%) wurde eine mittlere *Getreidernte* eingebracht. Die Erzeugerpreise (abzüglich Verwertungsbeiträge) wurden unter dem Druck einer schwierigen Marktlage um etwa 4% und damit erstmals merklich zurückgenommen. Zur Markträumung müssen rund 1 Mill. t Getreide exportiert werden. Die internationalen Märkte haben sich zwar ab dem Herbst 1991 etwas erholt. Der Verkauf der österreichischen Überschüsse ist trotzdem schwierig und erfordert nach wie vor hohe Zuschüsse. Die Getreidewirtschaft leidet zunehmend unter dem mit dem Umbruch in Osteuropa verbundenen Verlust traditionell wichtiger Absatzmärkte.

Der Anbau von *Ölsaaten* und *Körnerleguminosen* konnte – nach einer Stagnation im Vorjahr – wieder ausgedehnt werden. Insgesamt wurden rund 139 000 ha (+5½%) mit alternativen Kulturen einschließlich Kleinalternativen bestellt. Auch die geförderte Grünbrache (22 500 ha) stieß auf etwas mehr Interesse. Dadurch konnte die Getreidefläche (923 000 ha, –2,6%) merklich reduziert werden.

Der Getreidemarkt und seine Finanzierung bereiten der Agrarpolitik nach wie vor Probleme. Als Ausweg werden der Anbau alternativer Kulturen und die Grünbrache weiter forciert (höhere Flächenprämien, Auflagen im Rahmen der 1992 erstmals ausgezahlten Fruchtfolgeförderung). Prämien für den Verzicht auf die Nutzung des Brotgetreidekontingents sollen das Angebot des in der Verwertung besonders teuren Brotgetreides verrin-

gern. Eine endgültige Entscheidung über das „Austroprot“-Projekt dürfte im Rahmen des Getreideprotokolls 1992 fallen. Die von der Landwirtschaft forcierte Verarbeitung von rund 350 000 t Getreide und Körnerleguminosen zu Ethanol würde den Bauern neue Absatzmöglichkeiten erschließen. Sie scheiterte bisher an den relativ hohen Kosten. Zur Finanzierung des Erzeugeranteils an der Verwertung der Getreideüberschüsse einschließlich Förderung alternativer Kulturen und der Grünbrache wurde mit Ende Juli 1991 die Abgabe auf Handelsdünger angehoben. Bleibt die Lage im Export angespannt, müssen die Bauern im nächsten Wirtschaftsjahr mit neuen Belastungen rechnen.

Hackfrüchte brachten schwache Erträge. *Zuckerrüben* wurden trotzdem etwas mehr geerntet (2,52 Mill. t, +1,1%) als im Vorjahr, weil die Anbaufläche ausgedehnt wurde. Der Rübenpreis lag 1991 parallel zum Zuckergehalt nur knapp über dem Vorjahresniveau. Die Rübenenernte 1991 wurde erstmals nach einem neuen Modell abgerechnet, das den individuellen Zuckergehalt der Lieferungen einzelner Betriebe berücksichtigt. Die Weltzuckererzeugung dürfte 1991/92 nach fünf Jahren kontinuierlicher Zunahmen zwar etwas unter dem Rekordwert des Vorjahres liegen, ein stagnierender Verbrauch hält aber die

Preise unter Druck. Die *Kartoffelernte* stagnierte trotz vermehrter Anbaufläche auf dem Vorjahresniveau (790 000 t, –0,4%). Speisekartoffeln wurden rege nachgefragt, die Rekordpreise des Vorjahres konnten allerdings nicht gehalten werden. Die Stärkeindustrie hat mehr Kartoffeln als im Vorjahr übernommen (161 000 t, +25%). In den nächsten Jahren soll die Erzeugung von Stärkekartoffeln schrittweise auf rund 300 000 t ausgedehnt werden.

Die *Obsternte* war schwach, *Feldgemüse* fiel etwas mehr an als im Vorjahr. Die Märkte entwickelten sich für die Bauern vorteilhaft. Die Preise zogen kräftig an und ermöglichten sowohl im Obst- als auch im Gemüsebau höhere Roherträge. Die Winzer haben mit 3,09 Mill. hl (–2,3%) eine durchschnittliche *Weinernte* eingebracht. Die Weinpreise sind nach der guten Ernte 1988 verfallen. Hohe Lager halten seither den Markt unter wachsendem Druck. Die Weinexporte (207 000 hl, +66%) sind 1991 (vornehmlich durch gestützte Lieferungen an Oststaaten) zwar kräftig gestiegen, sie blieben allerdings noch immer knapp unter den Weinimporten (218 000 hl, –8,5%). Eine Normalisierung des Marktes setzte einen Abbau der hohen Vorräte (Ende November 1991: 5,54 Mill. hl) auf etwa 4 Mill. hl voraus.

Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft

	1989	1990 Zu laufenden Preisen	1991 ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mill. S			
Pflanzenbau				
Getreide (einschließlich Mais)	6 051	6 374	6 300	
Hackfrüchte	2 834	3 288	3 000	
Feldgemüse ²⁾	3 793	3 980	4 300	
Obst	3 521	3 985	4 100	
Wein	3 247	3 897	3 800	
Sonstiges	1 087	956	1 150	
Insgesamt	20 533	22 480	22 650	+ 1
Tierhaltung				
Rinder (einschließlich Kälber) ³⁾	12 378	12 534	12 400	
Schweine ³⁾	11 495	12 017	12 250	
Geflügel ³⁾	1 852	1 890	2 100	
Kuhmilch	12 669	13 640	14 000	
Eier	1 772	1 812	1 800	
Sonstiges ⁴⁾	1 716	1 411	1 450	
Insgesamt	41 882	43 304	44 000	+ 1½
Landwirtschaft	62 415	65 784	66 650	+ 1½
Forstwirtschaft	14 707	16 386	11 500	–30
Land- und Forstwirtschaft insgesamt	77 122	82 170	78 150	– 5

Q: Eigene Berechnungen; netto, ohne Mehrwertsteuer. – ¹⁾ Vorläufige Werte. – ²⁾ Einschließlich Gartenbau und Baumschulen. – ³⁾ Schlachtungen. Export Viehbestandsänderung. – ⁴⁾ Einschließlich Ertrag der Jagd, Fischerei und Imkerei.

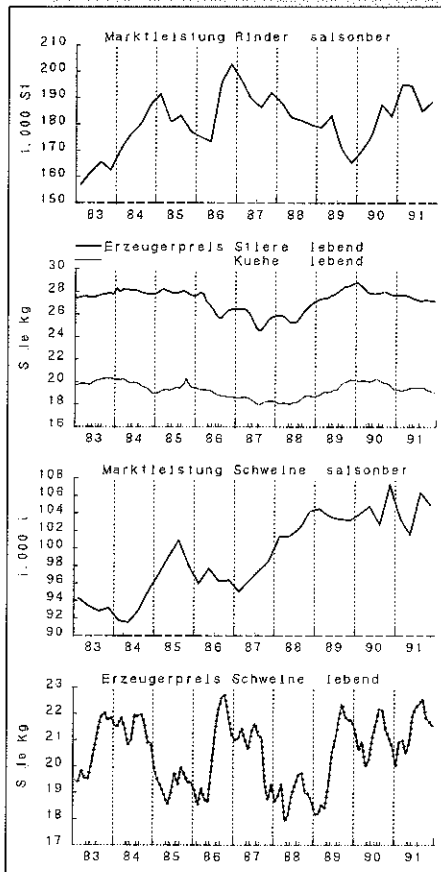
Der Versuch, über Rodeprämien das Angebot zu verringern, stieß 1990/91 trotz der schwierigen Marktlage auf mäßiges Interesse und wurde Anfang 1992 durch eine Weingarten-Stille-gungsaktion abgelöst. Im Rahmen dieser Aktion sollen bis zu 6 000 ha Weingärten gerodet und das Aus-pflanzrecht auf sechs Jahre befristet stillgelegt werden. Die zu Jahresende verabschiedete Weingesetz-novelle 1991 sieht für Land-, Qualitäts- und Prädikatsweine Mengenbeschränkungen vor (Möglichkeit der Überlage-rung). Neben höherer Qualität sollte dadurch auch der Ertrag etwas ge-dämpft werden. Neben den angeführ-ten Maßnahmen zur Beschränkung des Angebotes und zur Förderung der Qualität sieht das neue Weinkon-zept des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft verstärkte Bemühungen um den Weinabsatz im In- und Ausland vor.

**Mehr Rinder und Geflügel,
etwas weniger Schweine**

Die Marktleistung an Schlachtvieh und Fleisch stieg (bereinigt um Sai-soneinflüsse) bis zum Frühjahr 1991 und stagniert seither auf hohem Ni-veau. Im Kalenderjahr 1991 war das Angebot um knapp 2% höher als im Vorjahr. Der Zuwachs konzentrierte sich auf Rindfleisch (+5½%) und Ge-flügel (+6½%); Schweinefleisch fiel knapp weniger an (-½%). Weil der In-landsverbrauch an Fleisch nur schwach zunahm (+1%), mußte zur Markträumung der Export forciert werden.

Der *Rindermarkt* war 1991 durch ein hohes Angebot und zunehmende Ex-portprobleme geprägt. Die Erzeuger-preise gaben nach. Im Kalenderjahr 1991 kamen 764 000 Rinder auf den Markt, um 6,8% mehr als im Vorjahr. Im Inland wurde zwar etwas mehr Rindfleisch konsumiert (+2%), die Markträumung erforderte trotzdem viel höhere Exporte. Netto (abzüglich der Importe) wurden rund 341.000 Rinder ausgeführt (+15½%), das sind etwa 45% des gesamten Angebotes. Ein Verfall der Rinderpreise auf den wichtigsten Absatzmärkten in der EG erschwerte und verteuerte den Ex-port. Die Erzeugerpreise sind seit An-fang 1990 leicht rückläufig. Im Jahres-durchschnitt waren 1991 Schlacht-

Rinder- und Schweinemarkt



stiere nach Angaben des ÖSTAT um 2,2% billiger als 1990. *Kalb-fleisch* (+½%) wurde knapp mehr vermarktet als im Vorjahr, Schlachtkälber waren um 5% billiger.

1991 wurde der Rinderbestand um 2% reduziert. Die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft erwartet für 1992 ein Angebot von rund 730 000 Rindern, etwa 30 000 oder 4% weniger als im Vorjahr. Das geringere Angebot und etwas niedrigere Abschöpfungen der EG sollten die Markträumung erleich-tern.

Der *Schweinemarkt* entwickelte sich 1991 besser als erwartet; der für 1991/92 prognostizierte Schweine-berg blieb aus. Die Marktleistung lag mit 4,72 Mill. Stück (-1,4%) deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Er-zeugerpreise zogen — nach einem Abfall im IV. Quartal 1990 — ab An-fang 1991 an. Im Jahresmittel waren Schlachtschweine nach Angaben des ÖSTAT mit 21,47 S je kg lebend um 1,7% teurer als im Vorjahr. Die Vieh-zählung vom 3. Dezember 1991 ergab 3,63 Mill. Schweine, um 1,6% weniger als im Vorjahr. Die darauf basierenden Prognosen lassen auch für 1992 einen

ausgeglichenen und damit für die Bauern zufriedenstellenden Markt er-warten.

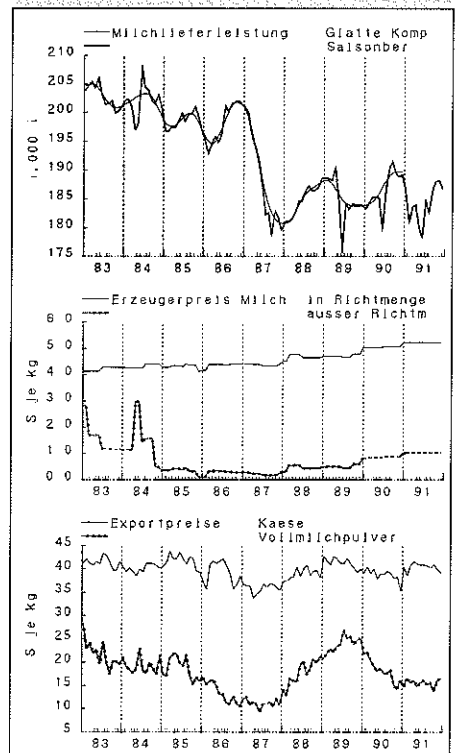
Um den für 1991/92 prognostizierten Schweineberg zu vermeiden, wurden im 1. Halbjahr 1991 erstmals Prämien für die freiwillige Stilllegung von Schweinebeständen (primär Zucht-sauen) angeboten. Im Rahmen dieser Aktion wurden rund 5 100 Zuchtsauen geschlachtet. Im Lichte der Markt-entwicklung 1991 und der Prognosen für 1992 war die Aktion ein Erfolg. Für ein endgültiges Urteil wären die mittelfri-stigen Folgen für die Produktionsent-scheidungen der Bauern abzuwarten.

Schlachtgeflügel wurde um etwa 6½% mehr erzeugt als im Vorjahr; die Nachfrage nach Putenfleisch wächst weiterhin sehr dynamisch. Auch die *Eierproduktion* war etwas höher (+1%). Die Erzeugerpreise von Ge-flügel und Eiern stagnierten.

Weniger Milch

Im Kalenderjahr 1991 wurden rund 2,21 Mill. t Milch (-1½%) an Molke-reien und Käsereien geliefert. Die leichte Verringerung ist vor allem Folge einer höheren Beteiligung an der Prämienaktion zur befristeten Lie-ferrücknahme. Diese Aktion wurde

Milchmarkt



durch die Marktordnungsgesetz-Novelle 1991 ausgeweitet. Der Erzeugerlös für Milch war 1991 mit durchschnittlich 5,29 S je kg um 3% höher als im Vorjahr. Im Wirtschaftsjahr 1990/91 ist die Anlieferung erstmals seit Einführung der Quotenregelung im Jahre 1978 unter 116% des Inlandsbedarfes gesunken. Diese Marke ist deshalb bedeutsam, weil der Bund bis zu diesem Ausmaß die vollen Kosten der Überschußverwertung trägt. Die Bauern müssen seither über ihren Verwertungsbeitrag nur die Prämie für den Milchlieferverzicht (1991/92 rund 600 Mill. S) finanzieren.

Zurückhaltende Betriebsmittelkäufe

1991 haben die Bauern weniger Betriebsmittel zugekauft und auch weniger investiert als im Vorjahr. Nach ersten Berechnungen und Schätzungen wendete die Land- und Forstwirtschaft rund 25,2 Mrd. S für *Vorleistungen* auf (-1½%). Real waren die Bezüge um 3% niedriger als 1990, die Preise stiegen um durchschnittlich 2%. An *Eiweißfuttermitteln* wurde weniger importiert als im Vorjahr (503 000 t, -6,1%), weil die Viehbestände reduziert wurden. Sojaschrot blieb billiger als inländische Futtergerste. Die Käufe an *Handelsdünger* stiegen sprunghaft. Nach Angaben des Getreidewirtschaftsfonds wurden (in Reinnährstoffen gerechnet) rund 365 000 t Dünger abgesetzt, um 20% mehr als im Vorjahr. Die stärkste Zunahme war im Absatz von Stickstoffdüngern zu beobachten (+30,9%). Der Mehrabsatz geht zu einem erheblichen Teil auf Vorkäufe wegen der ab Ende Juli angehobenen Bodenschutzabgabe zurück (es waren auch Vorfakturierungen möglich). Die Düngerpreise (ohne Abgabe) stiegen um etwa 3%. Für *Energie* wendete die Land- und Forstwirtschaft 1991 etwa 3,9 Mrd. S auf.

Mit der 2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1991 wurde die Abgabe auf Handelsdünger (Bodenschutzabgabe) mit 25. Juli auf 6,50 S je kg N, 3,50 S je kg P₂O₅ und 1,90 S je kg K₂O angehoben. Der Abgabepreis an die Bauern einschließlich Mehrwertsteuer wird durch die Abgabe derzeit im Falle der gängigsten Stickstoffeinzeldünger um etwa 50%, für Phosphat um 20% und

für Kalidünger um 40% erhöht (Volldünger +45%). Für das Wirtschaftsjahr 1991/92 werden Einnahmen von rund 1,2 Mrd. S erwartet. Die den landwirtschaftlichen Betrieben bisher gewährte Mineralölsteuervergütung ist mit 1991 ausgelaufen. An ihre Stelle trat 1992 eine in gleicher Höhe (970 Mill. S) dotierte ökologisch ausgerichtete Fruchtfolgeförderung.

Nach zwei guten Jahren hat sich die Investitionsneigung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab dem Frühjahr 1991 rasch verschlechtert. Im Kalenderjahr 1991 investierten die Bauern mit insgesamt rund 11,0 Mrd. S nominell etwa gleich viel in Ausrüstungen wie im Jahr zuvor (real -4½%).

Große Marktordnungsreform 1992

Mitte 1992 stehen bedeutende Agrargesetze wie das Landwirtschaftsgesetz, Marktordnungsgesetz, Viehwirtschaftsgesetz usw. zur Verlängerung an. Die Gelegenheit soll zu einer Neugestaltung der gesamten Agrarmarktordnung genutzt werden, um die Agrar- und Ernährungswirtschaft auf die bevorstehenden internationalen Herausforderungen besser vorzubereiten. Die tiefgreifendsten Neuerungen sind für den Verarbeitungsbereich (insbesondere Milchwirtschaft) vorgesehen. Ein Abbau der überzogenen Reglementierung soll mehr Effizienz und Marktorientierung sichern.

Matthias Schneider

Schwacher Holzmarkt

Die Lage auf dem internationalen Holzmarkt hat sich im Berichtsjahr 1991 weiter verschlechtert. Der scharfe Rückgang der Bautätigkeit in den USA und in Großbritannien brachte einen beträchtlichen Ausfall in der Schnittholznachfrage. In Westeuropa liegen nach wie vor große Mengen von „Sturmholz“ aus dem Katastrophenwinter 1990 auf Lager, die Vorräte werden erst 1993 nicht mehr den Rundholzmarkt belasten. Die Sägerundholzpreise (Fichte, Tanne) blieben in Österreich im Jahresdurchschnitt leicht unter dem Niveau von

1990 (-0,3%). Im Jänner 1992 war Rundholz um 14% billiger als vor zwei Jahren. Die Exportpreise für Nadel-schnittholz sind 1991 gegenüber 1990 um 10% gesunken; die Preismeldungen der letzten Monate zeigen nach wie vor eine rückläufige Tendenz. Der Angebotsdruck auf dem Papier- und Zellstoffmarkt hat sich weiter verstärkt. Die heimische Industrie mußte 1991 im Export von Sulfat-Zellstoff einen Preisrückgang von fast 19% hinnehmen, nachdem bereits von 1989 auf 1990 die Exportpreise um fast 28% gefallen waren. Die Exportpreise für Druck- und Schreibpapier sanken gegenüber 1990 um 1,7%. Die Zellstoffwerke konnten Faserholz um 13% billiger aus dem Ausland beziehen als im Vorjahr, im Inland senkten sie die Preise um 5% (steirische Faserholzpreise). Die Exportpreise für Spanplatten sind nach dem kräftigen Anstieg im Jahre 1990 (+16% gegenüber 1989) im Berichtsjahr leicht gefallen (-2,4%). Die Rohstoffprognose der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute erwartet für 1992 einen weiteren leichten Rückgang der Schnittholzpreise, erst 1993 ist mit einer Marktstabilisierung zu rechnen. Die bereits für 1992 optimistischen Prognosen für den Zellstoffmarkt sind vermutlich kaum zu halten. Die nordamerikanischen Zellstoffhersteller sehen noch kein Ende der Baisse. Insbesondere fürchten sie das steigende Angebot aus den neuen südamerikanischen Zellstoffwerken, die im Laufe der nächsten Monate die Produktion anlaufen lassen werden.

Nach Sturmschäden 1990 geringer Holzeinschlag 1991

Nach den hohen Zwangsnutzungen infolge der Sturmkatastrophe 1990 schränkten die Waldbesitzer 1991 ihren Einschlag stark ein. Mit 11,5 Mill. fm (-27% gegenüber 1990) blieb das Jahresergebnis um 7½% unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Der Starkholzeinschlag wurde um ein Drittel, der Schwachholzeinschlag um ein Fünftel und die Brennholznutzung um 12% gekürzt. Schadholz fiel zwar um 59% weniger an als im Katastrophenjahr 1990. Mit fast 30% war aber der Schadholzanteil am Gesamteinschlag noch immer überdurchschnittlich. Die Forstwirtschaft

Holzeinschlag und Einschnitt

	1990	1991	1990	1991
	1 000 fm ohne Rinde		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Starknutzholz	9 890,8	8 630,4	+ 19,8	- 32,9
Schwachnutzholz	3 058,2	2 424,2	+ 5,4	- 20,7
Brennholz	2 771,5	2 437,4	+ 3,6	- 12,1
Insgesamt	15 710,5	11 492,0	+ 13,7	- 28,9
Einschnitt von Sägerundholz ¹⁾	11 691,6	11 269,4	+ 9,3	- 3,6
Schnittholzlager ²⁾	965,6	1 091,6	+ 28,8	+ 10,8

Q. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Fachverband der Sägeindustrie - ¹⁾ 1 000 fm - ²⁾ 1 000 m³ Jahresendstand

konnte im Laufe des Jahres ihre hohen Rundholzlager abbauen; Ende Dezember waren die Waldlager um 46% geringer als vor einem Jahr

Im Verlauf des Einschlags nach Besitzkategorien schlägt sich die Entwicklung des Jahres 1990 nieder. Der private Kleinwald (unter 200 ha Waldfläche), der 1990 den größten Einschlagszuwachs verzeichnet hatte, nutzte 1991 um 35% weniger Holz, die privaten Forstbetriebe schälgeren um 18% und die Bundesforste um 16% weniger als 1990. Es sei daran erinnert, daß die Bundesforste trotz hohen Schadholzanfalls 1990 den Gesamteinschlag um 5% zurückgenommen hatten. Dadurch war regional der Holzmarkt entlastet worden. Mit 1. Jänner 1991 wurden die Rohholzexporte im Rahmen der Zollämterermächtigung liberalisiert (BGBl. 737/1990). Für die heimische Forstwirtschaft bedeutet diese Änderung eine grundsätzliche Stärkung ihrer Stellung gegenüber der nachgelagerten Industrie, die ihrerseits auch schon vorher Rohholz bewilligungsfrei einführen konnte. Der starke Angebotsdruck auf dem europäischen Rohholzmarkt ließ die ohnedies geringen Rundholzexporte vorerst noch sinken (-44% gegenüber 1990).

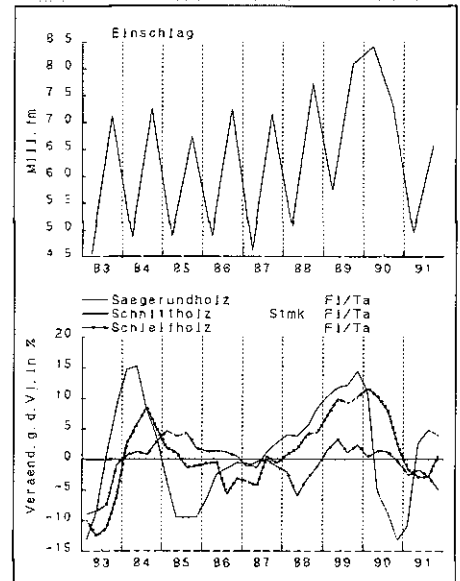
Die Sägeindustrie verarbeitete 1991 11,3 Mill fm Rundholz (-4% gegenüber 1990). Dank der lebhaften Baukonjunktur konnte sie im Inland um 2% mehr Schnittholz absetzen als im Vorjahr. Die anhaltend gute Auftragslage im Bauwesen (Auftragsbestand im Herbst 1991 nominell +15% gegenüber 1990) läßt für 1992 eine stabile Inlandsnachfrage nach Schnitt-

Schnittholzlager steigend

holz erwarten. Die Schnittholzexporte nahmen 1991 um 5% ab. Waren 1989 noch 57% des Absatzes in das Ausland gegangen, so waren es 1991 nur noch 52%. Starke Einbußen ergaben sich in den Nadelschnittholzexporten in die BRD (-23%) und in die Schweiz (-27%). Die Italienexporte (-1%) konnten das Vorjahresergebnis fast erreichen. Kräftig gestiegen sind die Transitlieferungen über Jugoslawien sowie die Exporte nach Saudi-Arabien und Libyen. Ungarn entwickelt sich weiter zu einem wichtigen Käufer von österreichischem Schnittholz.

Die Schnittholzlager der Sägen erreichten Ende 1991 1,09 Mill m³ und

Holzversorgung und Preise



waren damit um 11% höher als vor einem Jahr. Der Lageraufbau setzte saisonbereinigt im II. Quartal 1991 ein. Die Sägen deckten ihren Rundholzbedarf in erhöhtem Maße im Ausland (Nadelrundholzimporte 3,3 Mill fm, +71% gegenüber 1990). Das Holz stammte zum überwiegenden Teil aus Süddeutschland, wo derzeit noch immer große Mengen an naß gelagertem „Sturmholz“ angeboten werden.

Die Papierindustrie erhöhte 1991 ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr um 3,9%. Auch die Holzverarbeitung meldete einen weiteren Produktionszuwachs (+5,5%), wobei die holzintensive Plattenindustrie eine Steigerung von 6% erzielte. Allerdings waren die Zuwachsraten in den letzten Quartalen deutlich rückläufig.

Wilfried Puwein